

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

Europa der Generationen ab Seite 8



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Interview: **Steckenpferd Streikrecht**

Europaparlamentarierin Evelyn Regner über
Jung, Alt und ArbeitnehmerInnenrechte **8**

Schwerpunkt: **Prognosen für die EU**

EU-Kommission, Club of Rome und Cen-
trum für angewandte Politikforschung **16**

Gesellschaftspolitik: **Geschichtswettbewerb**

Veranstaltet vom Bundespräsidenten und
dem Theodor Körner Fonds **40**



8



16



28



36

Schwerpunkt:

Wachstum und Beschäftigung gegen die Krise 11

Nur langsam setzen sich gewerkschaftliche Lösungsansätze in der EU durch.

Was Sokrates wohl dazu sagen würde? 14

Immer häufiger ertönt der Ruf nach mehr direkter Demokratie für Europa.

Vorhersagen sind schwierig ... 16

... besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Dieser Satz leitete den Bericht „The World in 2025“ der EU-Kommission ein.

Betagte Mythen 18

Alte Menschen sind griesgrämig; Junge haben keine Ideale – solche Klischees sind ebenso weit verbreitet wie unrealistisch.

Die Jugend von heute 20

„Erwartungen – Die Zukunft der Jugend“ – unter diesem Motto stand das Forum Alpbach 2012.

Auf der Suche 22

Von „Generation Sorglos“ darf keine Rede sein. Die 15- bis 24-Jährigen haben derzeit alles andere als rosige Zukunftsaussichten.

Europas Kinder 24

Sie sind aufgewachsen mit dem Euro, offenen Grenzen, internationalen Austauschprogrammen und ohne Ostblock.

Das Leben steht still 26

Spaniens Arbeitslose zwischen Verzweiflung und Hoffnung – das Land leidet unter der höchsten Arbeitslosenrate der Welt.

My Generation? 28

Manche konstruieren aus der Euro-Krise einen großen Generationenkonflikt und jammern das Pensionssystem krank.

Engagement der Erfahrenen 30

„Global Generation“ liefert für Menschen der Generation 50 plus Bildung und jede Menge Denkanstöße.

Pensionsdebatte neu denken 32

Gerade in Krisenzeiten ist ein stabiles und solidarisches Pensionssystem notwendig.

Kein Grund zur Panik 34
Die Perspektiven der öffentlichen Alterssicherung sind wesentlich besser, als uns viele weismachen wollen.

Wachstum als Problemlöser? 36
Stetig auf Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts zu schielen kann nicht die einzige Antwort auf die Krise sein.

Interview:

„Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen hat Priorität“ 8
Europaparlamentarierin Evelyn Regner über die EU und die Generationen.

Gesellschaftspolitik :

Geschichte ist nicht nur Vergangenheit, sondern Zukunft 40

Internationales:

Quo vadis, Italia? 42

Roter Ahorn 44

Standards:

Standpunkt: Mein Europa 4

Veranstaltung: Die ganze Palette 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Jugend öffnet Grenzen 11

Zahlen, Daten, Fakten 38

Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader

Wir alle sind Europa

Redaktion intern

„Im Europäischen Parlament kannst du wirklich etwas bewirken. Auch wenn ich nur eine von 754 Abgeordneten bin und nicht zaubern kann, sitzen wir an der Quelle der Entscheidungen und können richtig mitmischen. Das ist ein tolles und sehr konstruktives Gefühl“, betont Europaabgeordnete Evelyn Regner im Interview mit der „A&W“ 9/2012. Und das kann sie tatsächlich, denn kurz nach unserem Interview wurde sie zur offiziellen Korruptionsjägerin im Europaparlament bestellt. ArbeitnehmerInnenrechte sind Regner ein besonderes Anliegen,

auch wenn sich gewerkschaftliche Lösungsansätze nur langsam in der EU durchsetzen (S. 11).

Besonders wichtig sind ihr die Probleme der jungen EuropäerInnen und deren Zukunft (S. 16, S. 20). Von einer „Generation Sorglos“ kann hier nicht die Rede sein (S. 22).

Und sie warnt davor, dass sich Jung und Alt vor allem in Hinblick auf das Pensionssystem auseinanderdividieren und in einen Generationenkonflikt jagen lassen (S. 28, S. 32). Die Perspektiven der öffentlichen Alterssicherung sind nämlich

weit besser, als uns gerne vermittelt wird (S. 34).

Außerdem in diesem Heft: der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (S. 40), der italienische Sozialpakt (S. 42) und Kanadas Zukunft (S. 44).

Sie finden die A&W übrigens auch auf Facebook, in unserem prodblog.arbeit-wirtschaft.at oder auf unserer Homepage: www.arbeit-wirtschaft.at.

Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Katharina Klee
Chefredakteurin



Standpunkt

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Mein Europa

Mein Sommer vor 30 Jahren war der Sommer mit Interrail. Ein Monat Arbeit in der Touristeninformation von Innsbruck reichte für das Ticket, die Eintrittskarte nach Europa, ins Erwachsenwerden, die große Freiheit. Nicht bloß Jesolo mit den Eltern und Schüleraustausch in England und Frankreich.

Mein Europa bestand aus schmutzigen Bahnhöfen, Baguette, Rotwein, Paris, der Bretagne, dem flirrenden Amsterdam. Ich bezahlte mit Lira, Francs, Gulden und Pfund – und verwendete mit Schilling gekaufte Travelerschecks. Es war ein schöner Sommer, genossen in vollen Zügen.

Vor 20 Jahren

Mein Sommer vor 20 Jahren war ein Radiosommer. Grenzübertritte gehörten zu meinem Alltag, mein Arbeitsplatz lag jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs, irgendwie fern von Europa. Meine Spesen erhielt ich in 100-Kronen-Scheinen, den Rest in Schilling, ich kaufte noch immer Travellerschecks für den Italienurlaub und wechselte Bargeld wegen der Maut. Europa vermittelte ich in den Nachrichten, der Vertrag von Maastricht wurde unterschrieben, in Österreich gab es nach wie vor ein Rundfunkmonopol.

Mein Sommer vor zehn Jahren war ein europäischer. Österreich war der EU beigetreten, hatte Schengen unterzeichnet und der Euro hatte gerade erst den Schilling ersetzt. Im Lande regierte Schwarz-Blau, die Folge waren u. a. die EU-Sanktionen. Und ich reiste an den äußersten Rand der Union – nach La Reunion, in das französische Überseedepartement, Europa unter Palmen.

Eben bin ich aus Spanien zurückgekehrt, dem Land mit der weltweit höchsten Arbeitslosenquote: 24,5 Prozent. Noch schlimmer: Mehr als die Hälfte der unter 24-Jährigen haben keinen Job, ein Weltrekord. Das ergab die Länderanalyse der internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Ani aus Barcelona vermietete uns ein Zimmer in ihrer winzigen Wohnung, um über die Runden zu kommen. Arbeit hat sie nicht. Wenigstens muss sie nicht bei ihren Eltern wohnen, wie ihr Verlobter und viele ihrer Generation. In der U-Bahn trifft man Studierende aus aller Welt, ein, zwei Auslandssemester in Spanien sind trotz der widrigen Wirtschaftslage noch immer sehr beliebt.

Das Land führt nach wie vor beim EU-Programm Erasmus, das es schon seit 25 Jahren gibt, in Österreich seit 20 Jahren. Und das obwohl die Auslandsplätze im sonnigen Süden begrenzt

sind und ebenso die Jobs, um sich neben dem Studium was dazu zu verdienen.

Auch junge Menschen aus Spanien gehen ins Ausland. Die am besten ausgebildeten, die Mutigsten, die Mobilsten fliehen vor der tristen Situation in ihrer Heimat auf der Suche nach Jobs, nach einer Zukunft irgendwo in der EU, in den Niederlanden zum Beispiel oder in Österreich – dorthin, wo man sich manchmal die Ausbildung von FacharbeiterInnen gespart hat.

Dunkle Wolken über unserem Europa

Für Spanien bedeutet das nichts Gutes, denn Fachkräfte bräuchte das Land, um wieder aus der Krise zu kommen. An der es übrigens nicht allein schuld ist. Die Zahlen der ILO belegen nämlich, dass die Verantwortlichen von IWF, EU und EZB die negativen Effekte der Sparprogramme auf die Konjunktur und die Jobentwicklung in den betroffenen Ländern in der Vergangenheit eklatant unterschätzt haben.

Über meinem Europa 2012 ballen sich da oder dort Wolken zusammen – und doch glaube ich an diese EU, glaube daran, dass wir sie gemeinsam gestalten können, über alle Länder- und Generationengrenzen hinweg – wir müssen nur wollen.

Die ganze Palette

Mitte Juni wurde die aktuelle Broschüre der Interessengemeinschaft work@social in der GPA-djp in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags präsentiert.

„Die ganze Palette... vom Gespräch bis zum Streik“, um für Gerechtigkeit in der Arbeitswelt zu sorgen, haben engagierte GewerkschafterInnen der GPA-djp-Interessengemeinschaft work@social gesammelt und in der gleichnamigen Broschüre festgehalten. Diese wurde bereits Mitte Juni in der ÖGB-Fachbuchhandlung präsentiert. Die Begrüßung erfolgte durch GPA-djp-Vorsitzenden Wolfgang Katzian, der feststellte, dass eine Zusammenfassung der vielfältigen Möglichkeiten von Interessenvertretung in der Arbeitswelt sinn-

voll, zeitgemäß und höchst notwendig ist. Das Podium war mit einigen AutorInnen (Selma Schacht, Günter Haberl und Axel Magnus) sowie mit Sandra Stern (Sozialwissenschaftlerin, Uni Linz) und Reinhard Bödenauer (BAGS-Kollektivvertragsverhandler) gut besetzt. Moderiert wurde die gut besuchte Veranstaltung von Katharina Klee. Es herrschte Konsens darüber, dass die Bewältigung von arbeitsrechtlichen und anderen Problemen in der Arbeitswelt bei jeder und jedem Einzelnen selbst beginnt.

BUCHTIPP

Bestellungen der aktuellen Broschüre der Interessengemeinschaft work@social können Sie entweder bei gabriele.papp@gpa-djp.at oder in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, fachbuchhandlung@oegbverlag.at vornehmen.





Den AutorInnen der Broschüre geht es darum, Methoden und Wege aufzuzeigen, um die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit im Betrieb und in der Branche zu erhöhen.



GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian lobte die Initiative und berichtete von eigenen Erfahrungen. Die Zusammenfassung sei sinnvoll und zielführend.



Sozialwissenschaftlerin Sandra Stern teilte in der Broschüre und am Podium ihre internationalen Erfahrungen mit Mitteln des gewerkschaftlichen Protests.



Eine lebendige Diskussion mit BAGS-Kollektivvertragsverhandler Reinhard Bödenauer, Selma Schacht, Moderatorin Katharina Klee, Günter Haberl und Axel Magnus.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.Katharina Klee (Chefredak-
teurin): 39269 Dw.Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis
14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw.E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer,
Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig,
Richard Halwax, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Pia Lichtblau,
Markus Marterbauer, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer,
Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever,
Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Martin Bolkovac,
John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei,
Daniel Flamme, Martin Haiden, Barbara Kasper, Nani Kauer,
Harald Kolerus, Michael Mazohl, Michael Mesch,
Klaus-Dieter Mulley, Brigitte Pellar, Oliver Röpke, Lisa Seidl,
Martina Steiner, Robert Stöger, Paul Sturm, Thomas Varkonyi,
Josef Wöss, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.E-Mail: Renate.Wimmer@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-,
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-
Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.
stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

WEGE AUS DER KRISE:**Es reicht für alle!****Österreichweiter Aktionstag am 6. Oktober 2012.**

Fehlende Kinderbetreuungsplätze, unter-
finanziertes Bildungswesen, mangelhaf-
ter öffentlicher Verkehr, zu wenig
Pflegermöglichkeiten, und, und, und –
der öffentlichen Hand fehlt das Geld
für wichtige Investitionen in die Zu-
kunft. Auch die Kluft zwischen Arm
und Reich wird immer größer. Dem
stehen gigantische private Vermögen
gegenüber. Wir wollen eine gerechte
Verteilung des Kuchens: Große Ver-
mögen müssen ihren Beitrag leisten, um
in die Zukunft investieren zu können.
Es reicht – für ALLE!

Die Allianz „Wege aus der Krise“
lädt alle Menschen und Organisati-
onen zum österreichweiten Aktionstag
am 6. Oktober ein. Wir präsentieren

unsere Alternativen und stellen das
dritte Zivilgesellschaftliche Zukunfts-
budget vor.

In Wien, Niederösterreich, der Stei-
ermark, Oberösterreich, Salzburg und
Tirol werden verschiedene Initiativen
im Rahmen des Aktionstages Veran-
staltungen und Kundgebungen abhal-
ten, auf denen Sie sich mit den vielfäl-
tigen AkteurInnen der Allianz „Wege
aus der Krise“ austauschen und darü-
ber hinaus zu solidarischen Krisen-
lösungsstrategien und deren Durch-
setzung vernetzen können!

Informationen zu Veranstaltungen
in Wien und den Bundesländern ab
Anfang September:

www.wege-aus-der-krise.at/?id=342

GPA-djp:**LiMAregional Wien****6. bis 7. Oktober: Fachvorträge, Workshops, Diskussionen.**

LiMA steht für Linke Medienakademie, die
sich als Akademie für Journalismus, Öff-
entlichkeitsarbeit, Bürgermedien und
Medienkompetenz sieht. Seit 2002 ver-
anstaltet die LiMA in Deutschland
Medienkongresse. Die LiMAregional
trägt das Konzept der kritischen, offenen
Medienakademie weiter in viele Städte
der Bundesrepublik Deutschland und
im Oktober 2012 erstmals auch nach
Österreich.

In Kooperation mit der Österrei-
chen HochschülerInnenschaft (ÖH),
der Studienvertretung Politikwissen-
schaft Uni Wien, ZIGE.TV, ORANGE
94.0, GPA-djp, ÖGB-Verlag u. a. fin-
det eine zweitägige LiMAregional an
der Universität Wien statt. Das Motto
lautet: Medien kompetent nutzen, ge-
stalten und diskutieren.

Die LiMAregional bietet maßge-
schneiderte Workshops: Basis, Aufbau
und Pro – für StarterInnen, Fortge-
schrittene und Fachleute. Sie bringt

ehrenamtliche und hauptamtliche Jour-
nalistInnen und Öffentlichkeitsarbeite-
rInnen, klassische und neue Medien
zusammen.

Sie fördert Wissen und Fertigkeiten
sowie eine kritische Auseinanderset-
zung mit der derzeitigen Medienland-
schaft, macht also MedienmacherInnen
fit für die Praxis.

SchülerInnen und Studierende, ge-
werkschaftlich organisierte Betriebs-
rätinnen und Betriebsräte sowie GPA-
djp-Mitglieder können die Workshops
kostenfrei besuchen.

» **Datum:** Freitag, 5. Oktober, bis Sonn-
tag, 7. Oktober 2012

» **Ort:** Neues Institutsgebäude (NIG)
der Universität Wien, Universitätsstraße
7, 1010 Wien

Anmeldung ab sofort unter:
tinyurl.com/cf5va97



ÖGB:

Europadialog des ÖGB und der ÖGfE

Am 11. Oktober unter anderem mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz.

Zum **fünften Mal** veranstaltet der ÖGB in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) am 11. Oktober einen ÖGB-Europadialog, unter anderem mit ÖGB-Präsident Erich Foglar und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments.

Im Herbst 2010 startete der ÖGB gemeinsam mit der ÖGfE die Veranstaltungsreihe zu aktuellen europäischen Themen. „Europapolitik ist bereits Tagesgeschäft des ÖGB und prägt zunehmend auch den Berufsalltag der ArbeitnehmerInnen in Österreich. Wir wollen allen Interessierten eine Plattform bieten, kritisch über europapolitische Themen zu diskutieren“, sagt Foglar. Wer trifft die Entscheidungen, wie stehen Gewerkschaften dazu, und

wie können ArbeitnehmerInnen sich gezielt einbringen? – diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Diskussionsreihe.

Der Startschuss des Europadialogs war im November 2010 die Diskussion zum Thema Lobbying. „Wer zieht die Fäden?“ war und ist gerade im Lichte der Finanzkrise eine berechtigte Frage.

Eine andere Veranstaltung widmete sich dem Thema „Offene Arbeitsmärkte in Europa – Risiko oder Chance“. Am 1. Mai 2011 fielen in Österreich die Übergangsfristen und seitdem gilt ein offener Zugang zum Arbeitsmarkt zwischen Österreich und den acht neuen EU-Mitgliedsstaaten. Welche Herausforderungen sind damit verbunden? Auch dieser Frage wurde

im Rahmen des ÖGB-Europadialogs nachgegangen.

„Europas Zukunft – runter mit den Löhnen und Wettbewerb um jeden Preis?“. Über den Weg, auf den sich die EU mit der Verschärfung der Sparpolitik begibt, diskutierten u. a. Bernadette Ségol, Generalsekretärin des EGB, und Gertrude Tumpel-Gugerell, ehemalige Direktorin der Europäischen Zentralbank. Beim vierten ÖGB-Europadialog zum Thema „Europas Zukunft – Sparen statt Wachsen?“ u. a. mit Bundeskanzler Faymann kritisierte Foglar die bisherigen Lösungsmaßnahmen für die Schuldenkrise und forderte eine „grundlegende Kurskorrektur der EU“.

Mehr Info:

tinyurl.com/9I2rh76

AK OÖ:

Aktueller Arbeitsklima Index

42 Prozent der Arbeitnehmerinnen sehen sich beim Einkommen benachteiligt.

Die **aktuelle Auswertung** des Österreichischen Arbeitsklima Index mit dem Schwerpunkt Frauen zeigt, dass sich 42 Prozent der österreichischen Arbeitnehmerinnen beim Einkommen „gelegentlich“ bis „sehr häufig“ als benachteiligt einschätzen. Fast ein Drittel hat schon persönlich Diskriminierungen oder Belästigungen erlebt. Bei Beförderungen sieht sich rund ein Drittel der unselbstständig arbeitenden Frauen übergangen, bei der Jobvergabe nach einer Bewerbung betrachten sich 27 Prozent und bei der Übertragung von Verantwortung in der Arbeit 26 Prozent als übervorteilt. 24 Prozent sind der Meinung, dass ihre Arbeit zu wenig geschätzt wird. Ein Viertel der befragten Frauen hat in der Arbeit schon persönlich abfällige Bemerkungen erlebt. Acht Prozent haben persönlich körperliche Übergriffe und sexuelle Belästigung im Job erfahren.

Hilfe und Unterstützung erhalten betroffene Frauen kaum im Unterneh-

men. Laut Arbeitsklima Index meinen nur zehn Prozent der weiblichen Beschäftigten, dass sich ihre Unternehmensführungen aktiv für Gleichbehandlung bzw. gegen Diskriminierung einsetzen. 36 Prozent aber sagen, dass sich die Arbeiterkammer stark für Gleichberechtigung engagiert, 35 Prozent nennen das Frauenministerium und 23 Prozent die Gewerkschaften.

Auch leistbare Kinderbetreuung ist oft noch ein Problem. AK-OÖ-Präsident Johann Kalliauer: „Unternehmen wollen qualifizierte, motivierte und flexible Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dem oft beklagten wachsenden Fachkräftemangel soll u. a. auch mit mehr berufstätigen Frauen begegnet werden. Aber wie so oft zeigt sich, dass die Unternehmen kaum wirkliche Unterstützung bieten.“ Für nur elf Prozent der weiblichen Beschäftigten, die einen männlichen Vorgesetzten haben, gibt es Angebote oder Regelungen für Kinder-

betreuung (für 18 Prozent mit einer weiblichen Vorgesetzten). Davon gibt es für 16 Prozent einen Betriebskindergarten und für nur zehn Prozent eine andere Betreuungsmöglichkeit in der Arbeit.

Frauenministerin Heinisch-Hosek: „Jede vierte Frau würde gerne mehr arbeiten. Aber in einigen Branchen werden gar keine Vollzeitjobs angeboten. Und oft fehlt es an Kinderbetreuung. Da braucht es dringend Verbesserungen, etwa einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr des Kindes. Und wir brauchen eine faire Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit: Mehr Windeln wechselnde Papas, besser bezahlte Mamas – das wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt.“ Der Arbeitsklima Index wird seit 1997 von den Instituten IFES und SORA im Auftrag der AK OÖ erhoben.

Alle Infos:

www.arbeitsklimaindex.at

„Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen hat Priorität“

Europaparlamentarierin Evelyn Regner über die EU und die Generationen.

ZUR PERSON

Mag.a Evelyn Regner



Geboren am 24. Jänner 1966
in Wien

Gymnasium mit Matura
Studium der Rechtswissenschaften
1994–1995 Gerichtsjahr

1996 Forschungsstipendium in Paris und Genf

1992–1993 Flüchtlingsberaterin bei Amnesty International

1996–1999 Mitarbeiterin im sozialpolitischen Referat des ÖGB

1999–2008 Leiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel

Jänner–Juli 2009: Leiterin der Stabsstelle EU und Internationales im ÖGB

Mitglied des EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss)

Mitglied des EGB-Vorstandes (Europäischer Gewerkschaftsbund)

Mitglied des Ausschusses Sozialer Dialog

Vorstandstätigkeit im IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund)

Präsidiumsmitglied im TUAC (Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD) in Paris

Seit 14. Juli 2009: Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Stv. Delegationsleiterin

Mitglied des ÖGB-Vorstandes

Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes

Mitglied des FSG-Präsidiums

Mitglied des FSG-Bundesfraktionsvorstandes

raus: „Ich bin sehr daran interessiert, Europa zu den Menschen zu bringen, aber dafür braucht es auf der anderen Seite eben auch eine entsprechende Offenheit.“ Bist du in den letzten drei Jahren dieser Offenheit begegnet?

Evelyn Regner: Sehr wohl – Offenheit bedeutet, so meine Erfahrung, dass es schon wahnsinnig viele Menschen gibt, nicht nur im BetriebsrätInnen- und Gewerkschaftsumfeld, sondern ganz generell: SchülerInnen, junge Menschen, Studierende, Jugendliche in Ausbildung, die sehr interessiert sind, wie das europäische Parlament, wie Europa funktioniert. Ist es ein Moloch oder können sie sich einbringen? Das merke ich vor allem auch, wenn ich in Österreich unterwegs bin. Ich bin sehr oft in den Bundesländern, auch in unterschiedlichen Milieus unterwegs, in Betrieben, in Gesundheitsberufen, im Tourismus, in der Fertigung, aber auch sehr viel in Schulen und an den Universitäten. Ich versuche hier viele Kontakte zu pflegen.

Mein Eindruck ist, dass die Skepsis gegenüber der EU schon sehr groß ist, allem gegenüber, was einem nicht gefällt und nicht ganz nah ist. Wenn man darauf dann im Gespräch eingeht, werden meist alle EuropäerInnen. Was ich wirklich merke ist Leidenschaft. Und zwar ab dem Moment, wo man um die Themen nicht mehr herumredet, sondern sie anschneidet, wie Griechenland oder Spanien und die Situation der Menschen dort, die Migration, ACTA, Arbeitslosigkeit usw.

Diejenigen, die sich heute politische Diskussionen geben über die Finanzkrise und was wir nun machen können,

auch ökologische Themen – das hängt ja alles zusammen –, das sind wirklich tolle junge Menschen.

Neben der Spaßgesellschaft gibt es genug, die sagen: Das ist auch meine Welt und ich will etwas beitragen, viel mehr, als man glaubt.

Wie geht es dir mit dem Misstrauen vieler ÖsterreicherInnen gegenüber allem, was aus Brüssel kommt?

Positiv ist: Im Europäischen Parlament kannst du wirklich etwas bewirken. Auch wenn ich nur eine von 754 Abgeordneten bin und nicht zaubern kann, sitzen wir an der Quelle der Entscheidungen und können richtig mitmischen. Das ist ein tolles und sehr konstruktives Gefühl. Natürlich gibt es auch schwierige Situationen. Wir Österreicher haben z. B. „Lobbyist“ Ernst Strasser und den Fraktionslosen Hans-Peter Martin. Aber viele von uns sind absolut daran interessiert, etwas weiterzubringen und zusammenzuarbeiten. Für mich sind Ulrike Lunacek von den Grünen oder Othmar Karas von der ÖVP keine Feinde. Das Ziel auch bei anderen Fraktionen ist es ja, gute Lösungen für Österreich, für uns alle zu finden. Und das ist natürlich schwierig, wenn so viele daran beteiligt sind. Die Bauern wollen etwas anderes als die Beschäftigten und die Italiener was anderes als wir.

Im Europäischen Parlament ist der Geist, etwas konstruktiv bewegen zu wollen, sehr stark. Aber das Interesse der meisten Regierungen als solche – da haben wir die Strafverschärfung mit den ganzen Arbeitnehmerfeindlichen, Neoliberalen, Konservativen – ist: Nur nichts

Arbeit&Wirtschaft: Als du 2009 für das Europaparlament kandidiert hast, haben wir mit BetriebsrätInnen ein Interview mit dir gemacht. Ein Zitat da-

Mein Steckenpferd ist das Streikrecht und mein großes Ziel ist, dass es eine eigene Gerichtsbarkeit gibt, dort, wo ein Streik stattgefunden hat. Das ist nämlich derzeit nicht so und die Arbeitgeber können ausweichen.



ändern! Man kann aber nicht Europa voranbringen, ohne etwas zu ändern.

Tendenzen in der EU deuten auf immer stärkere Beschneidung von ArbeitnehmerInnenrechten und Flächen-KVs hin – welche Chancen und Rechte haben wir als ArbeitnehmerInnenvertretungen?

Im Vertrag von Lissabon steht vieles – nicht alles – was gut und billig und recht und im Sinne der ArbeitnehmerInnen ist. Wir haben die Verankerung der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben das Vollbeschäftigungsziel. Wir haben Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Wir haben einen Katalog, auch Grundsatzekatalog, der bemerkenswert ist. Das ist die Grundlage, auf der die EU funktionieren sollte.

Wir haben dann als zweites runtergebrochen die EU-2020-Strategie mit Armutsbekämpfung, einer hohen Beschäftigungsquote – mit guten und schönen Zielen.

Und jetzt die Wirklichkeit: Wir haben auf der anderen Seite einen verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt und all das, was auf der Ebene der Regierungschefs passiert. Das heißt, wir haben den Fokus immer nur auf eins gerichtet und halten uns nicht an das andere. Und die Botschaft ist die: Mit dem politischen richtigen Willen und entsprechendem Anpacken könnten wir sehr wohl vieles ganz anders gestalten, zum Beispiel in Ausbildung investieren.

Zu den Arbeitnehmerrechten: Die rechtliche Grundlage ist da. Das, was aber passiert, ist relativ wenig. Ich bin im Beschäftigungs- und Sozialausschuss, mache viel im Rechtsausschuss, bin im

konstitutionellen Ausschuss. Ich sehe an gesetzgeberischen Initiativen für die Arbeitnehmerrechte herzlich wenig. Es ist ab und zu mal etwas zum Arbeitnehmerschutz auf der Tagesordnung, was gut und richtig ist. Bei den Arbeitnehmerrechten passiert wenig, was Fortschritt bedeuten würde. Wir sind viel zu sehr mit der Abwehr von Einschränkungen beschäftigt.

Mein Steckenpferd ist das Streikrecht und mein großes Ziel ist, dass es eine eigene Gerichtsbarkeit gibt, dort, wo ein Streik stattgefunden hat. Das ist nämlich derzeit nicht so und die Arbeitgeber können ausweichen. Dafür zu kämpfen, die Gerichtsstände so zu schaffen, dass dort, wo gestreikt wird, wo die ArbeitnehmerInnen ausgebeutet werden, auch verhandelt wird – das ist das große Ziel. Damit steht und fällt alles. Daran arbeite ich sehr intensiv und wir haben auch schon einiges weitergebracht.

Unser Schwerpunktthema ist Europa der Generationen. Wo siehst du hier die Knackpunkte?

Ich versuche, aus den vielen Punkten zwei, drei herauszugreifen: Die Jugendarbeitslosigkeit soll und muss bekämpft werden – das hat absolute Priorität. Das hat der Europäische Rat auch erkannt und da muss Geld fließen. Es muss so etwas wie eine europäische Jugendgarantie geben. Jetzt geht es darum, dass wir schauen, wie stark die ausgeprägt ist.

Am klügsten wäre eine Garantie auf europäischer Ebene, heruntergebrochen auf die Nationalstaaten, die ja sehr unterschiedliche Ausbildungssysteme ha-

ben. Es ist ganz wichtig, wie bei uns in Österreich den jungen Menschen eine Art Sicherheit, eine Art Garantie zu geben, dass sie beim Einstieg ins Berufsleben nicht von der Hand in den Mund leben müssen. Das ist ja die Basis für all die atypischen Beschäftigungsverhältnisse. Und da muss auch der Staat eingreifen, darum ist es so wichtig, dass auf europäischer Ebene der Staat wieder eine größere Rolle spielt. Wir brauchen eine starke Sozialpartnerschaft. Wir brauchen starke Institutionen und daran muss auch die EU mit ihren Institutionen arbeiten. Diese Garantie für die Jugend muss verankert werden.

Zweitens arbeiten wir im EU-Parlament an einer Art „Statut für die Rechte von PraktikantInnen“. Da muss man sehr vorsichtig sein mit der Definition. Es soll auf keinen Fall eine Art Arbeitsrecht zweiter Klasse werden, sondern es geht darum, arbeitsrechtliche Eckpfeiler festzulegen, die auf alle Fälle erfüllt werden müssen. Es geht um mehr Schutz und nicht um das Einzementieren einer Unart, die existiert. Es geht um Arbeitszeit, Sozialversicherung usw. Da arbeiten wir sehr intensiv daran, da sind viele junge Leute dabei und vor allem jüngere Abgeordnete.

Das dritte sind die Generationen als solche: Es ist offenbar sehr lukrativ, in Salamtaktik einen Generationenkonflikt zu erzeugen. Junge Leute und ältere und mittlere tun gut daran, sich nicht darauf einzulassen. Da verdienen wieder einmal einige sehr, sehr gut daran. Vor allem diejenigen, die schon seit Jahrzehnten insbesondere die 3., aber auch die 2. Säule in der Pension propagieren.

Alles, was mit dem Pensions- und Sozialversicherungssystem zusammenhängt, ist ja national. Aber Koordination und Absprache finden trotzdem auf europäischer Ebene statt; die 1. Säule der Pensionen ist ein großer Posten bei den Budgets. Da kommt dann immer das europäische Rohrstaberl: Schauts, dass eure Budgets in Ordnung bleiben. Die Kommission geht leider in die falsche Richtung. Sie beharrt in ihren politischen Schlussfolgerungen darauf, dass in die 2. und 3. Säule investiert werden soll – gegen jede Logik. In der Analyse sieht die Kommission allerdings das Problem: Man kann nicht sagen, hier sind die Arbeitenden und da die PensionistInnen, sondern man muss zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen unterscheiden. Da ist es eben wichtig, jene Menschen mit Förderungen zu ermuntern, die zwar arbeitsfähig, aber nicht erwerbstätig sind. Damit meine ich: Bedingungen, die für Ältere notwendig sind, um länger arbeiten zu können, Stichwort Gesundheit; Prävention; Integration von Behinderten; Kinderbetreuungsplätze, Rahmenbedingungen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Das allerwichtigste ist aber: Man muss in Jobs investieren, die wachsen auch nicht auf den Bäumen.

Jetzt ist es notwendig, die Wirtschaft anzukurbeln. Das haben mittlerweile alle erkannt. Die USA praktizieren das ja auch. Dazu brauchen wir Innovation und es gibt viel, wo Europa zusammenhalten muss, um Europa voranzubringen.

Vor zwanzig Jahren, als wir beide in unseren Zwanzigern waren, war das ein ganz anderes Europa – wo siehst du die Änderungen für junge Menschen heute in der EU?

Ich habe sehr viel mit jungen Menschen zu tun, viele bewerben sich und ich bin viel unterwegs. Mein Eindruck ist, dass Europa selbstverständlich ist. Es ist etwas, was man nicht infrage stellt. Die EU selbst ist zwar nicht das Gelbe vom Ei, aber es ist absolut selbstverständlich, woanders in Europa zu leben, nicht nur in den Urlaub hinzureisen. Auch, dass andere herkommen. Es ist einfach unendlich viel durchlässiger.

Auf der anderen Seite sind schon sehr viele, die es gerne so hätten, wie es

war, als wir jung waren. Dass man zu Hause bleibt, bleiben kann, einen Job findet und alles ist gemütlich. Das, was uns zu wenig offen war, ist vielen jungen Menschen heutzutage – durchaus berechtigt – zu wenig sicher. Nur dann, wenn du einigermaßen soziale Sicherheit um dich herum hast, kannst du mutig sein und raus gehen. Und wieder sind wir beim Grundbedarf: Investitionen in Energiewende, in den Technologiebereich. Wie sagte man in unserer Jugend: Lernst was, kannst was. Kannst was, wirst was. Wirst was, hast was. Das muss auch heute noch zutreffen.

Und wo siehst du uns in 20 Jahren, mit Mitte 60?

Da gehen wir wohl gerade in Pension, wenn wir gesund sind. Dann wird das Frauen- und Männerpensionsalter in Europa gleich sein. Das ist aber kein Horrorszenario, es kommt darauf an, wie man in Pension geht – wenn man einigermaßen gesund ist und einen die Arbeit freut.

Bauarbeiter oder Verkäuferin werden vielleicht auch dann nicht so lange durchhalten ...

Die Arbeitswelt und Berufsbilder verändern sich – die Frage ist, ob es uns gelingt, die Verteilung der interessanten Arbeit entsprechend vorzunehmen. Die Produktivität ist ja was Positives, es geht auch um die Verteilung der interessanten Jobs und auch dazu brauchen wir Gewerkschaften. Zu Europa: Es ist sehr einfach, Dinge kaputt zu machen und kaputtzureden, etwas aufzubauen ist sehr langwierig, vor allem, wenn es wie in der EU große Unterschiede gibt. Ich bin überzeugt davon, dass wir in Europa mehr Gas geben sollten. Ich sehe uns in 20 Jahren noch immer in der EU, die sich ändern wird. Ich sehe nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Eine echte Währungs-, eine echte Fiskalunion ist eine Vision, auf die wir hinarbeiten können. Ich sehe uns mit mehr Integration enger zusammenarbeiten.

Werden wir Pensionen bekommen?

Ich glaube, wirtschaftlich wird es uns nicht schlechter gehen, ökologisch müssen wir aufpassen, das hat ja Wirkung auf

die Jobs. Ich sehe auch die Gefahr, dass wir uns viel zu viel gefallen lassen. Wichtig ist, nicht nur zu grummeln und zu jammern, sondern sich selbst eigenverantwortlich zu engagieren. Ich möchte nicht als Politikerin Verantwortung abschieben, aber wenn Menschen Verbesserungen für ihr Leben wollen, müssen sie sich engagieren. Das tun die meisten zu theoretisch und zu wenig praktisch.

Und wie?

Zum Beispiel in einer Partei oder der Gewerkschaft. Das wird immer unterschätzt. Ich weiß das aus dem EU-Parlament: Je mehr Mitglieder eine Gewerkschaft hat, desto ernster wird sie genommen. Die Abgeordneten hören den Gewerkschaften zu. Die öffentliche Meinung ist wichtig, das wird unterschätzt.

Was sind deine nächsten politischen Ziele?

Das Riesenziel sind Jobs, und dass wir in Europa gemeinsam die Kurve kratzen. Nur dann, wenn die europäischen Länder zusammenhalten – so wie Wien zu Kärnten hält –, profitieren wir alle, die Menschen in Griechenland wie die in Österreich. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam dem Finanzmarkt die Stirn bieten, indem wir mit wesentlich größerem Tempo nicht nur die Bankenunion, sondern auch eine wesentlich strengere Marktregulierung mit allem was dazugehört auf die Reihe kriegen. Das sind zwei Riesenthemen. So geht es gleich im September weiter.

Dafür Glück auf.

Seit Anfang September leitet Evelyn Regner den EU-Ausschuss gegen Korruption.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/cambak4
www.evelyn-regner.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Jugend öffnet Grenzen

Beim Gewerkschaftsjugendtreffen 1953 konnten sich junge Menschen aus verschiedenen Ländern erstmals wieder friedlich treffen.

1953 stand Österreich noch unter der Kontrolle der vier Alliierten, die Hitler-Deutschland besiegt hatten, und war in vier Besatzungszonen geteilt. Über die Zonengrenzen zu reisen war nicht einfach und noch schwieriger gestaltete sich die Einreise nach und die Ausreise aus Österreich. Deshalb galten die ganz wenigen internationalen Großveranstaltungen, die bis zum Staatsvertrag 1955 in Österreich stattfanden, als Sensation – und das nicht nur im Inland. Nicht umsonst widmete das filmische Monatsmagazin des IBFG, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, dem Pfingsttreffen der Gewerkschaftsjugend in Salzburg 1953 einen langen Beitrag. Dieser zeigte zu Beginn, wie die Grenzbalken an der österreichisch-deutschen Grenze in Salzburg in die Höhe gingen, um die Fahrzeuge mit den Jugendlichen aus dem Nachbarland passieren zu lassen, mit dem Kommentar „Die Grenze öffnet sich ...“.

Viel nüchterner als der Film berichtete darüber Alfred Ströer, der ÖGB-Jugendsekretär, der die Großveranstaltung organisiert hatte, im ÖGB-Tätigkeitsbericht.

... Unter den Teilnehmern haben sich rund 5000 Jugendgewerkschafter aus Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien, Triest und weitere 9000 ... aus allen Teilen unseres Landes befunden. Die Teilnehmer sind zum Teil mit Sonderzügen, zum Teil mit Autobussen gekommen. Insgesamt sind 9 Sonderzüge und 130 Autobusse gezählt worden. ... Die Tage in Salzburg sind mit sportlichen und künstlerischen Veranstaltungen ausgefüllt worden. Gleichzeitig haben die Teilnehmer Gelegenheit gehabt, die Sehenswürdigkeiten der Stadt Salzburg und ihre nähere Umgebung kennenzulernen. Außerdem sind Sonderfahrten nach Hallein, in das Seen-



Für die jungen GewerkschafterInnen wurde in Salzburg 1953 eine große Zeltstadt mit über 700 Zelten errichtet. Links ein Werbeplakat der Gewerkschaftsjugend aus der Zeit vor 1955.

gebiet, nach Hellbrunn und Golling organisiert worden.

Am Abend des Pfingstsonntags hat in Salzburg eine große Kundgebung der Jugend, verbunden mit einem Fackelzug, der von zehntausenden Salzburger begrüßt wurde, stattgefunden. Zu den Jugendlichen haben Landeshauptmannstellvertreter Payerl, Bürgermeister Pacher, der Untergeneralsekretär des IBFG, Hans Gottfurcht, Generalsekretär Nationalrat Proksch und der Leiter der Hauptabteilung Jugend des DGB, Willi Ginhold, gesprochen. Dabei ist der österreichischen Gewerkschaftsjugend von der deutschen Gewerkschaftsjugend als Zeichen der Verbundenheit eine Fahne übergeben wor-



den. Die Unterbringung der Jugendlichen ist in einer riesigen Zeltstadt erfolgt, in der mehr als 700 Zelte gestanden sind.

Der im Bericht erwähnte Ausflug ins Salzkammergut war mit einer Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte Ebensee verbunden. Alfred Ströers Appell, die Gefahr des Faschismus immer ernst zu nehmen und sich ihr entgegenzustellen, hatte für die Jugendlichen und die internationalen BeobachterInnen hohe Glaubwürdigkeit, denn sie wussten, dass er nicht einmal ein Jahrzehnt zuvor im Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror aktiv gewesen war.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Wachstum und Beschäftigung gegen die Krise

Nur langsam setzen sich gewerkschaftliche Lösungsansätze in der EU durch.

Autor: Oliver Röpke

Leiter ÖGB-Europabüro

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stehen sich zwei Lösungsmodelle gegenüber. Die neoliberalen Eliten der EU propagierten nach kurzer Schockstarre ihre alten Rezepte: verstärkte Sparpolitik, neoliberale Strukturreformen und weitere Verschärfung des Wettbewerbs um die niedrigsten Löhne und Sozialstandards. Diese Politik ist gescheitert, die verheerenden Ergebnisse für ArbeitnehmerInnen und für die Stabilität des Euro sind bekannt. Europas Gewerkschaften haben von Anfang an eine umfassende Strategie für Wachstum und Beschäftigung, eine Stärkung der sozialen Rechte und eine Entmachtung der Finanzmärkte gefordert. EU-Kommission und Mitgliedsstaaten haben jedoch jahrelang den umgekehrten Weg propagiert und korrigieren nur langsam ihre Politik.

Staatsschulden nicht Krisenauslöser

Obwohl die Staatsschulden nicht der Auslöser der Finanz- und Wirtschaftskrise waren, legte die EU-Kommission den Fokus in den letzten Jahren einseitig auf eine Reduzierung der Staatsausgaben und auf sogenannte „Strukturreformen“, mit denen Wachstum geschaffen werden sollte. Die Gewerkschaften haben diesen Ansatz stets als unsozial, sogar als ökonomisch kontraproduktiv kritisiert.

Tatsächlich haben die von der Troika erzwungenen Strukturreformen, Ausgabenkürzungen, Lohnsenkungen und rigorosen Einschränkungen des Sozial-

staates nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. Der wirtschaftliche Abschwung hält weit länger an als prognostiziert – mit schlimmer Wirkung auf die Beschäftigungslage. Die katastrophalen Ergebnisse in Griechenland sind nicht der einzige, aber leider der eindrucksvollste Beleg für das Scheitern dieser wachstumsfeindlichen Politik. Nach einem Rückgang des BIP um 3,5 Prozent im Jahr 2010 und um 6,9 Prozent 2011 setzt sich der Schrumpfungsprozess in Griechenland auch im Jahr 2012 fort und wird voraussichtlich 5,3 Prozent betragen. Selbst für 2013 sagt die OECD einen weiteren Rückgang um 1,3 Prozent voraus.

Rezession und Arbeitslosigkeit

Das Wachstum in der Eurozone kommt zum Erliegen und die Arbeitslosigkeit steigt. Für 2013 wird ein weiterer Anstieg auf 11,1 Prozent vorausgesagt. Gleichzeitig schlittert die Eurozone in die Rezession und wird auch im nächsten Jahr nur ein bescheidenes Wachstum von unter einem Prozent erzielen. In den USA liegen sowohl Defizit als auch Wachstum deutlich höher. So soll in der Eurozone das Defizit von 4,1 Prozent (2011) auf 2,0 Prozent im Jahr 2013 sinken. In den USA verharrt es im gleichen Zeitraum zwischen 9,7 Prozent und 6,5 Prozent. Dafür stehen die USA sowohl beim Wachstum als auch beim Rückgang der Arbeitslosigkeit deutlich besser da als die EU (alle Zahlen laut OECD, Economic Outlook 91, 2012).

Das Ergebnis: Die EU ist im OECD-Raum Musterschülerin beim Budgetde-

INFO & NEWS

- » Die EU ist zwar eine Musterschülerin beim Defizitabbau, aber Schlusslicht bei Wachstum und Beschäftigung.
- » Die verheerende Sparpolitik wurde immer weiter vorangetrieben, die sozialen Rechte der ArbeitnehmerInnen geraten mehr und mehr unter Druck.
- » Eine Politik für Wachstum und Beschäftigung ist längst überfällig, setzt sich aber in der EU nur langsam durch.
- » Voraussetzung dafür ist eine stärkere Heranziehung großer Privatvermögen zur Konsolidierung der Staatshaushalte.
- » Umverteilung und Vermögenssteuern sind ein Gebot sozialer und ökonomischer Notwendigkeit.

fizit, aber gleichzeitig Schlusslicht bei Wachstum und Beschäftigung. Der angebliche Motor „Strukturreformen“ hat versagt. Die EU spart sich immer tiefer in die Krise und lässt sich von den Finanzmärkten weiter treiben.

Fiskalpakt als Höhepunkt

Mit dem verabschiedeten Fiskalpakt haben sich 25 der 27 EU-Staaten auf eine Art „logische Fortsetzung“ der bereits zuvor im sogenannten „Six-Pack“ beschlossenen verschärften Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geeinigt. Neben strengeren Budgetregeln und automatischen Sanktionen gegen Schuldensünder wurde darin auch die verpflichtende Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse vereinbart, die vom EuGH überprüft und durch Geld-

strafen erzwungen werden kann. Die EU-Politik muss nun innerhalb dieses engen finanzpolitischen Korsetts eine wirksame Strategie für Wachstum und Beschäftigung entwickeln. ÖGB und EGB haben sich stets zu einer Rückführung der Budgetdefizite bekannt, doch wie können gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung gefördert werden?

Wachstum und Beschäftigung stärken

Die „Anpassungsprozesse“ in den Defizitstaaten müssen durch Wachstumsinitiativen auf europäischer Ebene ergänzt werden. Dabei kann der vom Europäischen Rat Ende Juni 2012 geschlossene „Pakt für Wachstum und Beschäftigung“ nur ein bescheidener Anfang sein. Die Summe von 120 Mrd. Euro, auf die sich der Gipfel zur Ankurbelung der Wirtschaft geeinigt hatte, setzt sich weitgehend aus Geldern der EU-Strukturfonds, aus Projektförderungen der Europäischen Investitionsbank und zu einem kleinen Teil aus sogenannten Projektbonds zusammen. Es werden kaum neue Finanzmittel eingesetzt, von einem wirkungsvollen Konjunkturprogramm kann also nicht gesprochen werden.

Bei gleichzeitiger Rückführung der Budgetdefizite müssen neue, möglichst wachstumsschonende Einnahmequellen für die öffentlichen Haushalte erschlossen werden. Neben der Finanztransaktionssteuer gilt es endlich auch auf europäischer Ebene vermögensbezogene Steuern in den Fokus zu rücken. Jüngst hat selbst das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung** (DIW) diese Forderung der Gewerkschaften aufgegriffen (DIW-Wochenbericht Nr. 28, 2012): Die Sparprogramme und Strukturreformen hätten in den betroffenen Ländern rezessive und deflationäre Wirkungen und soziale Verwerfungen ausgelöst, so der zutreffende Befund. Für eine Rückführung der öffentlichen Defizite und Wachstumsförderung werden Vermögenssteuern und/oder Zwangsanleihen empfohlen. „Die Konzentration der Belastungen auf die Vermögens- und Einkommenseliten wirkt zudem der zunehmenden Verteilungsungleichheit entgegen“, so das DIW wörtlich.

Die OECD hat kürzlich Privatvermögen und Staatsschulden in ausgewählten Staaten untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass die privaten Vermögensbestände erheblich höher liegen als die Staatsschulden – in den großen OECD-Staaten zum Großteil deutlich über 400 Prozent des BIP, beim Spitzenreiter Italien sogar bei 555 Prozent des BIP (OECD, Economic Outlook 91, Mai 2012). Deshalb ist es dringend notwendig, große private Vermögen für die Reduzierung der Defizite und die Finanzierung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung heranzuziehen – ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und vor allem eine ökonomische Notwendigkeit.

Selbst die EU-Kommission empfiehlt nun in ihrem Beschäftigungspaket eine wachstumsfreundliche Steuerreform: Eine stärkere Belastung von Vermögen und eine deutliche Entlastung des Faktors Arbeit. Auch die geforderten Strukturreformen sollten nicht länger dem neoliberalen Dogma von Flexibilisierung und Deregulierung folgen, sondern endlich bei einer gerechten Reform des Steuersystems ansetzen und die aktive Arbeitsmarktpolitik fördern.

Angriff auf die Lohnpolitik

Für die Binnennachfrage und das makroökonomische Gleichgewicht in der Eurozone war die Politik der Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren vor allem in Deutschland der falsche Weg. Konsum- und Immobilienblasen in Peripheriestaaten wurden durch die enormen Überschüsse in der Leistungsbilanz der „Kernländer“ erst möglich gemacht. Die europäischen Gewerkschaften haben sich von Anfang an dagegen ausgesprochen, den nun notwendigen Anpassungsprozess einseitig durch Lohnkürzungen und Ausgabenenkungen in den Krisenstaaten herbeizuführen, da das eine soziale und ökonomische Abwärtsspirale in Gang setzt.

Die in einigen Krisenländern eingeleitete Politik der Schwächung von Gewerkschaften und von (Flächen-)Kollektivverträgen zeigt bereits Wirkung. Auch davor hat der EGB von Beginn an massiv gewarnt. Beteuerungen der EU-Kommission, es gehe nicht um einen

Angriff auf die Gewerkschaften, werden jetzt als Märchen entlarvt: „Gesetze, die den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen, wollen EU, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds in vielen Südstaaten der Eurozone durchsetzen“, schreibt in aller Offenheit das „Wall Street Journal“. Deshalb gerate nun die Abschaffung der Flächentarifverträge in den Blick von EU, EZB und IWF. „Mit derartigen Veränderungen würden die Arbeitsmärkte in Südeuropa denen der USA und Großbritanniens ähnlicher“, jubelt denn auch die Zeitung.

Kampf für soziale Rechte

Dies werden die Gewerkschaften weiter intensiv bekämpfen. Alle EGB-Mitgliedsbünde haben sich deshalb auf die Forderung nach einem Sozialpakt geeinigt, der die wichtigsten Schritte für den notwendigen Kurswechsel beinhaltet. Neben einer Wirtschaftspolitik für Wachstum und Beschäftigung und der überfälligen Regulierung der Finanzmärkte müssen in der EU die sozialen Interessen endlich den gleichen Stellenwert wie wirtschaftliche Marktfreiheiten erhalten.

Das aktuelle Ungleichgewicht lässt sich allein durch ein soziales Fortschrittsprotokoll überwinden, das in die europäischen Verträge integriert werden muss. Nur so, da sind sich alle EGB-Mitglieder einig, kann auch die Akzeptanz des europäischen Projekts bei den ArbeitnehmerInnen wieder gestärkt werden, die aufgrund der neoliberalen Ausrichtung der Anti-Krisenpolitik derzeit auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt ist.

Internet:

ÖGB-Europabüro:
www.oegb-eu.at

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB):
www.etuc.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
oliver.roepke@oegb-eu.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Was Sokrates wohl dazu sagen würde?

Immer häufiger ertönt der Ruf nach mehr direkter Demokratie für Europa.

Autorin: Martina Steiner

Öffentlichkeitsarbeit ÖGB Kärnten

S tellen Sie sich vor, Sie müssten heute über eine europäische Bankunion, den Fiskalpakt oder den europäischen Stabilitätsmechanismus abstimmen. Vertreten Sie eine Meinung dazu? Haben Sie das Gefühl, ausreichend informiert zu sein, um darüber entscheiden zu können? Faktum ist, dass die Themen, mit denen sich die europäische Politik mittlerweile beschäftigt, enorm komplex geworden sind. Vertrauen – vor allem in Expertinnen und Experten – scheint in der heutigen Zeit ein zentraler Bestandteil der politischen Willensbildung geworden zu sein. Dass die Europäische Union in Schwierigkeiten steckt und dass selbst unter den Expertinnen und Experten keine Einigkeit darüber herrscht, wie diesen am besten begegnet werden soll, ist längst kein Geheimnis mehr. „Die Anforderungen an die BürgerInnen, aber auch an die PolitikerInnen sind massiv gestiegen“, bestätigt Hannes Swoboda, Präsident der S&D-Fraktion (Fraktion der **Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten**) im Europäischen Parlament. „Häufig sind Entscheidungen notwendig, wo wir Experten auf allen möglichen Gebieten sein müssten.“

Sind wir mündig?

Es drängt sich also die Frage auf, ob die Bevölkerung heute noch über die notwendigen Voraussetzungen verfügt, um aktiv an politischen Prozessen in Europa mitwirken zu können oder überhaupt, um als „mündig“ bezeichnet werden zu können.

Wer sich ein wenig mit Demokratietheorien beschäftigt, wird schnell feststellen, dass sie – so unterschiedlich sie auch sein mögen – alle der Meinungsbildung einen außerordentlich hohen Stellenwert einräumen. Denn jede Form der Partizipation setzt natürlich ausreichende Kompetenz voraus. Und obliegt das Entscheidungshandeln letztendlich ausschließlich den politischen VertreterInnen, so muss die Bevölkerung zumindest die Fähigkeit besitzen, über die jeweils getroffenen Entscheidungen urteilen zu können. Eine politisch informierte Gesellschaft stellt also die Basis einer funktionierenden Demokratie dar und die mündigen BürgerInnen sind die Voraussetzung einer vom Volk getragenen Gesellschafts- und Regierungsform.

Bereits in der griechischen Antike, als die ersten Demokratien entstanden (auch wenn damals nur die sogenannten Vollbürger – also keine Frauen, Sklaven oder gar Besitzlose – mitbestimmen durften), setzte sich schnell die Erkenntnis durch, dass die Volksaufklärung notwendige Grundvoraussetzung ist. Die **Sophisten** versuchten dieser – gegen Bezahlung und meist im Auftrag der Herrschenden – Rechnung zu tragen. Als Experten auf den verschiedensten Wissensgebieten und wahre Redekünstler (sie beherrschten eine ausgezeichnete Rhetorik) unterrichteten sie Bürger, mit dem Ziel, diese für die aktive Teilnahme an der Politik zu befähigen. Die Agora, also der Marktplatz der Stadt, bildete dafür die nötige Öffentlichkeit (der Begriff der Öffentlichkeit ist übrigens mindestens so alt wie die Demokratie selbst). Hier versammelten sich die Bewohner

BUCHTIPP

Christoph Kniest
Sokrates zur Einführung
 Junius Verlag, 2012,
 200 Seiten, € 14,30
 ISBN 978-3-8850-6356-8



Bestellung:
 ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
 Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

der Polis, tauschten ihre Meinungen aus und diskutierten über alle möglichen politischen Themen. Für Sokrates ging die Arbeit der Sophisten aber nicht weit genug, da diese seiner Ansicht nach lediglich die Kunst der politischen Rede vermittelten. Er hingegen erkannte im Dialog das geeignete Instrument, um die Bürger über Gut und Böse, Leben und Sitten nachdenken zu lassen. Durch das Stellen geeigneter Fragen half er „bei der Geburt zur richtigen Einsicht“ (Hebammenkunst).

Medien vs. Marktplatz

Auch heute noch erfolgt die Vermittlung von Politik über Kommunikation in der Öffentlichkeit – ein wenig anders eben als damals. Sich öffentlich zu äußern bedeutet heute eher, etwas „über die Medien“ auszurichten und wohl nicht mehr, etwas auf einem Marktplatz zu verkünden. Überhaupt sind die Medien mittlerweile die nahezu einzige Quelle geworden, die der Gesellschaft zur Verfügung steht, um politische Realität zu erfahren. War früher die Performance der

Reden schwingenden **Polis**-Bewohner ausschlaggebend, so ist heute die Informationsleistung der Massenmedien von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, sich eine Meinung zu einem politischen Thema zu bilden. Doch wenn Sokrates die öffentlichen Reden der damaligen Zeit als „monologische Manipulation“ kritisierte, was würde er wohl zur „Volksaufklärung“ der heutigen Zeit sagen?

Die Agora des 21. Jahrhunderts

„Die Logik der Medien ist zu einer extremen Herausforderung geworden, was die politische Kommunikation von heute betrifft“, meint jedenfalls auch Swoboda. „Alles muss heute schnell erfolgen. Sich dann gegen sofortiges Entscheiden zur Wehr zu setzen und Zeit zum Überlegen zu verlangen ist sehr schwierig geworden.“ Sie haben es eben auch nicht leicht, die Medien. Trotz politischer Bildungsfunktion müssen sie letztendlich ebenso überleben. Sie sind nichts anderes als Organisationen, die nach ökonomischen Kriterien funktionieren und ihre „Produkte“ verkaufen müssen. Politische Inhalte werden daher mit Unterhaltendem gemischt und der Informationsgehalt wird zum Teil auf ein Minimum reduziert. Provokante Themen, Emotion, Farbe und Aktion erfreuen sich daher einer weit größeren Beliebtheit als nüchterne und sachliche Berichterstattung zu politischen Themen. Und in dieser „Agora des 21. Jahrhunderts“ versuchen sich politische VertreterInnen, Expertinnen und Experten, Interessensgruppen sowie BürgerInnen Gehör zu verschaffen. Kann in einer derartigen Öffentlichkeit wirklich ein vernünftiger Prozess der politischen Meinungsbildung stattfinden?

Handlungsbedarf jedenfalls hätten laut Swoboda sowohl MedienvertreterInnen als auch die politischen AkteurInnen. „Es liegt an uns PolitikerInnen, manchmal einfach Widerstand zu leisten, wenn verlangt wird, sofort eine Meinung zu etwas zu haben. Gleichzeitig liegt es an den Medien, zu erkennen, was die eigentliche Aufgabe der Politik ist. Daher muss uns auch Zeit für Überlegungen und Entscheidungen vonseiten der Medien einräumt werden.“ Laut dem Präsidenten der S&D-Fraktion verdrängt die Fokussierung auf das

„Skandalträchtige“ oftmals eine ehrliche Auseinandersetzung mit wichtigen Themen. „Medien müssen davon wegkommen, irgendwelche Vorurteile zu verbreiten. Ihre Aufgabe sollte es sein, hinter die Vorurteile zu blicken, um zu sehen, wie die Lage wirklich ist.“ Swoboda nennt das Beispiel Griechenland: „Die Menschen müssen darüber informiert sein, was in Griechenland wirklich schiefgelaufen ist und was es wirklich an Möglichkeiten gibt, um aus dieser Krise wieder hinauszukommen.“

Ungefährlich für Europa ist es natürlich keineswegs, wenn das Volk Beschlüsse aus Brüssel nicht mehr nachvollziehen kann. Denn vor allem in Zeiten, in denen Vertrauen in die Politik abnimmt, ist es besonders schwierig, Entscheidungen mitzutragen, ohne zuvor in die Meinungs- und Willensbildungsprozesse miteinbezogen gewesen zu sein. EuropaparlamentarierInnen machen sich jedenfalls Gedanken darüber, wie es weitergehen soll. „Man sollte sich in Zukunft auf europäische Abstimmungen konzentrieren. Ich habe auch nichts gegen Abstimmungen auf nationaler Ebene, solange sie den europäischen Fortschritt nicht verhindern“, betont Swoboda.

Politik im Dialog mit der Bevölkerung

Das Augenmerk sollte seiner Ansicht nach aber dennoch woanders liegen: „Das wichtigste ist, dass die Politik wieder verstärkt in den Dialog mit der Bevölkerung tritt. Man muss wieder erkennen, wann die Menschen etwas verstehen und wann nicht. Je weniger etwas verstanden wird, umso mehr muss darüber gesprochen werden. Ich sehe den Dialog aber auch als Mittel dafür, dass Politiker und Politikerinnen in Zukunft mehr überlegen müssen, was sie entscheiden – und das auch begründen müssen. Es geht letztendlich nicht um Abstimmung, es geht um den Dialog.“ Sokrates würde wahrscheinlich zustimmen ...

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
martina.steiner@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Ungefährlich für Europa ist es natürlich keineswegs, wenn das Volk Beschlüsse aus Brüssel nicht mehr nachvollziehen kann. Denn vor allem in Zeiten, in denen Vertrauen in die Politik abnimmt, ist es besonders schwierig, Entscheidungen mitzutragen, ohne zuvor in die Meinungs- und Willensbildungsprozesse miteinbezogen gewesen zu sein.

Vorhersagen sind schwierig . . .

... besonders wenn sie die Zukunft betreffen (*Niels Bohr*). Dieser Ausspruch leitete 2009 den Bericht „The World in 2025“ der Europäischen Kommission ein.

Autorin: Lisa Seidl
Freie Journalistin

Geht es um die Zukunftsforschung, kann man es wie **Winston Churchill** einst formulieren: „Je weiter man zurückblicken kann, desto weiter wird man vorausschauen“ oder einfach von historischer **Analogie** sprechen. Die Entwicklungen der Vergangenheit spielen auch in der Zukunftsforschung eine wichtige Rolle und stellen den Ausgangspunkt für zukünftige Szenarien dar. Doch die Kombination mit gesellschaftlichen Trends und die Einberechnung von sogenannten „Wildcards“, also unvorhersehbaren Ereignissen wie Kriegen, Pandemien oder auch Innovationen, lassen auf unsere Zukunft schließen.

Vorhersagen bieten Denkanstöße

Diese „Foresight“-Aktivitäten, die nicht nur von der Europäischen Kommission, sondern auch von einzelnen Ländern wie Schweden, Frankreich und Dänemark unternommen werden, vereinen Experteninformation mit Interessensgruppen und beziehen außerdem die direkt handelnden politischen AkteurInnen mit ein, die die Ergebnisse umzusetzen vermögen.

In Stein sind solche „Vorhersagen“ jedoch nicht gemeißelt – sie sollen lediglich neue Denksätze bieten und dazu dienen, herkömmliche Zukunftserwartungen zu hinterfragen. Daher ist es sehr fragwürdig, Berichte über die Zukunftsforschung als hysterische Prophezeiungen zu bezeichnen, da sie mehr als ein Frühwarnsystem verstanden werden sollten.

Trends und Veränderungen:

» Die EU wird überaltern und damit den höchsten Bevölkerungsanteil an über 65-Jährigen in der Welt aufweisen. 2030 werden für jede pensionierte Person zwei Menschen im Arbeitsleben stehen (im Vergleich zu 2008: vier Personen/PensionistIn). Durch den demografischen Übergang könnten aber auch neue Marktchancen aufkommen (Medizin, Soziales).

» Politische, wirtschaftliche und auch klimatische Verhältnisse sowie die Verslumung in vielen Städten der Entwicklungsländer heizen die Migration an. Ohne vermehrte Immigration in die EU wäre jedoch mit einer Bevölkerungsabnahme in den Mitgliedstaaten zu rechnen. Durch ihre Vielfalt könnte die EU auch eine wichtige Rolle in internationalen Beziehungen einnehmen.

» Durch das Aufkommen neuer Akteure in der Weltpolitik (Asien) werden die westlichen Industrienationen an Gewicht in der Weltwirtschaft verlieren (auch in Bezug auf den Technologie- und Wissensvorsprung). Es ist außerdem wahrscheinlich, dass neue politische Systeme die Nationalstaaten ablösen und ein weltumspannendes Regierungssystem entsteht.

Der Rat der Weisen – Club of Rome

Weiter in die Zukunft blickt die nichtkommerzielle und multikulturelle Organisation „**Club of Rome**“, die schon 1972 mit „Die Grenzen des Wachstums“ weltweite Beachtung fand. „2052: A Global Forecast for the Next Forty Years“, ein Bericht, der 2012

erschienen ist, beleuchtet die Möglichkeiten der zukünftigen 40 Jahre. Mitglieder des „Club of Rome“ – ForscherInnen, ÖkonomInnen und Industrielle, jedoch keine hochrangigen PolitikerInnen – haben sich „die gemeinsame Sorge und Verantwortung um bzw. für die Zukunft der Menschheit“ zum Ziel gesetzt. Wird die Welt kollabieren? Diese Frage soll nach Jørgen Randers, Professor an der BI Norwegian Business School, dem Hauptautor des Buches, nicht beantwortet, sondern erstmals gestellt werden. Er zeigt mögliche Szenarien auf, die dazu führen könnten, dass der Weltkollaps in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts auf uns zukommt.

Debatten ohne Handlungen

Besonders in der Kritik stehen die langsamen und kurzsichtigen Entscheidungsmechanismen, auf die, wie die Debatten über Nachhaltigkeit zeigten, kaum Handlungen folgten. Der „Human Short-Termism“, der besonders im Kapitalismus und der Demokratie vorherrsche, könne sich nicht den zukünftigen Herausforderungen stellen, die nur mit längerfristig angedachten Innovations- und Investitionslösungen zu meistern seien. Eine Ablösung dieser Systeme durch ein „Strong Government“ könne theoretisch dieses Dilemma lösen, jedoch praktisch sei es schwer umzusetzen. Theoretisch sollten, nach Ansicht des Autors, mehr supranationale Institutionen wie Zentralbanken über die zukünftigen Entwicklungsrichtungen entscheiden. Die EU kann nicht mehr als historische Schicksalsgemeinschaft verstanden werden und muss den Weg in eine zukunftsorientierte Erfolgsgemeinschaft antreten, so die Autoren des Szenario-

Die Entwicklungen der Vergangenheit spielen auch in der Zukunftsforschung eine wichtige Rolle und stellen den Ausgangspunkt für zukünftige Szenarien dar. Doch die Kombination mit gesellschaftlichen Trends und die Einbeziehung von sogenannten „Wildcards“, also unvorhersehbaren Ereignissen wie Kriegen, Pandemien oder auch Innovationen, lassen auf unsere Zukunft schließen.



rienkatalogs des „Centrum für angewandte Politikforschung“. Um einen besseren Blick auf die Zukunft der EU zu bieten und die Bandbreite von Möglichkeiten der Integration und der zukünftigen Entwicklung der EU zu skizzieren, hat das Autorenteam folgende Auflistung an möglichen Richtungsentwicklungen der EU veröffentlicht.

Centrum für Politikforschung

» Szenario 1: Titanic

Reformversuche schlagen fehl, weil unüberbrückbare Unterschiede der politischen und sozialen Systeme die Handlungsfähigkeit der EU weiter vorantreiben. Die Mitgliedsstaaten stoppen den Machttransfer an die EU und bemühen sich um die Rücklagerung der vergemeinschafteten Kompetenzen. Die EU verliert an Substanz, der Wettbewerb wird geschwächt und die Idee eines vereinigten Europas geht verloren. Interessenskonflikte sorgen für eine politisch instabile Lage, sicherheitspolitisch wird Europa unfähiger, was den Einfluss der USA stärkt. Durch die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und schließlich die Auflösung der Währungsunion verliert Europa seine finanzpolitische Kontinuität, monetäre Turbulenzen im Weltwirtschaftssystem sind die Folge.

» Szenario 2: Geschlossenes Kerneuropa

Die europapolitischen Vorstellungen sind sehr verschieden und lassen Reformversuche scheitern, was die Enttäuschung der BürgerInnen über das Projekt Europa verstärkt und europakritische Parteien auf Parkett ruft. Die EU-Freiheiten und die Währungsunion werden zwar geschätzt, Pragmatismus macht sich jedoch breit und

PolitikerInnen scheuen weitere Integrationschritte. Der Gedanke einer politischen Union scheidet, jedoch entschließen sich die Staaten „Kerneuropas“ außervertraglich zur intergouvernementalen Zusammenarbeit. Außerhalb der traditionellen Strukturen wird das Kerneuropa regiert, wobei Kommission und EuGH keine Rolle spielen. Die Kommission übernimmt grobe Koordinierungsaufgaben, das Ziel einer Wirtschaftsunion wird allerdings immer mehr verworfen. Die „Freihandelszone de luxe“, die restlichen Staaten der EU, die nicht zum Kern zählen, erweitert sich immer mehr, da die Beitrittskriterien nicht so streng auszulegen sind.

» Szenario 3: Methode Monnet

Die Union ist lethargisch, jedoch nicht gelähmt. Den BürgerInnen ist bewusst, dass es keine ernsthafte Alternative zur EU gibt und dass die Fehler nicht nur bei der Union, sondern auch bei den Mitgliedsstaaten zu suchen sind. Der mangelnde politische Wille und die fehlende Weitsicht der Regierungen verhindert, dass die EU weltpolitisch in einer neuen globalen Ordnung mitbestimmt. Beitrittsperspektiven rücken in die Ferne.

» Szenario 4: Offener Gravitationsraum

Regierungen, Parteien und Zivilgesellschaft befürworten eine Integrationsvertiefung. Die Herausforderungen des ökonomischen Konkurrenzdruckes verstärken den Wunsch nach Beitrittsverhandlungen. Durch Flexibilität, also schrittweise Umsetzung von einzelnen Mitgliedsstaaten, wird Reformstillstand vermieden. Der Gravitationsraum ermöglicht vertiefte Kooperation der alten und neuen Mitglieds-

staaten auf Grundlage der Verträge, aber auch verstärkte Zusammenarbeit. Die restlichen Balkanländer, EWR-Staaten und die Schweiz treten bei, während die peripheren Nicht-Mitgliedsstaaten durch verstärkte Partizipationsmöglichkeiten miteinbezogen werden.

» Szenario 5: Supermacht Europa

Reformerfolge und Transparenz wirken sich positiv auf das Image Europas aus. Die europäische Zivilgesellschaft und das Vordringen der politischen Union fördern die Staatswerdung Europas. Zentrale Kompetenzen werden an die EU abgegeben und das Ziel der Lebensverhältnisangleichung fördert ein eigenes Staats- und Regierungsverständnis der Supermacht Europa. Territorial expandiert Europa stetig, nach dem Beitritt der Türkei machen auch nichteuropäische Länder wie Marokko und Israel Druck in Bezug auf Beitrittsverhandlungen. Durch die Stärke Brüssels entsteht ein Machtgleichgewicht zwischen Europa und den USA.

Internet:

EU-Kommission:
tinyurl.com/yk66334

Club of Rome:
www.clubofrome.org/?p=703

Centrum für angewandte Politikforschung:
www.cap.uni-muenchen.de

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
h0701971@wu.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Betagte Mythen

Alte Menschen sind meistens griesgrämig; Jugendliche folgen keinen höheren Idealen – solche Klischees sind ebenso weit verbreitet wie unrealistisch.

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Die Jugend liebt heute den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt mehr vor älteren Leuten.“ Diese Aussagen fielen nicht etwa jüngst auf einem Seniorenkränzchen, sondern stammen vom griechischen Philosophen Sokrates, der 470 bis 399 vor Christus lebte. Auch Aristoteles (384–322 v. Chr.) ließ an der jüngeren Generation kaum ein gutes Haar: „Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“

Impotente Lustgreise

Aber nicht nur die Jugend ist seit Tausenden von Jahren mit Klischees behaftet, auch das Alter hatte schon immer mit Vorurteilen zu kämpfen. Einen guten Überblick über Altersmythen liefert das Werk „Das Alter. Eine Kulturgeschichte“, herausgegeben von Pat Thane. Hier erfahren wir, dass Literatur und darstellende Kunst der europäischen Antike ein widersprüchliches Bild zeigen: Während alte Männer häufig als weise präsentiert werden, sind Frauen eindeutig negativ besetzt und werden meist als bössartige und sexuell besessene Hexen oder Trinkerinnen dargestellt. Geschlechtsspezifische Vorurteile sind offensichtlich keine moderne Erfindung, wobei allerdings auch alte Männer in antiken literarischen Quellen nicht nur schmeichelhaft behan-

delt werden. So überzeichnen römische Dramen die Schattenseiten der Greise, sexuelle Fantasien impotenter alter Männer stehen im Mittelpunkt.

Im Großen und Ganzen lassen sich von der Antike bis ins Heute zwei Sichtweisen des Alters erkennen: Auf der einen Seite wohl situierte, erfahrene, gütige und weise SeniorInnen, mit sich und der Welt ins Reine gekommen, auf der anderen hilflose, schwächelnde, verbitterte GreisInnen. Bei der Beschreibung der Jugend verhält es sich ähnlich: Entweder dynamisch und heldenhaft oder naseweis und rüpelhaft. Was aber bedeuten Jugend und Alter aus philosophischer, soziologischer und kulturgeschichtlicher Sicht?

Vorbereitung auf das Ende

In der soziologischen Forschung wird das Jugendalter gerne zwischen 14 und 24, maximal aber 30 Jahren, angesetzt. Etwa ab dem 60. Lebensalter gilt man von der Antike bis zum heutigen Tag als alt. Der Beginn des Alters wird oft mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben gleichgesetzt, die Grenzen sind aber fließend. Der Philosoph **Michel de Montaigne** (1533–1592) betont, dass Geburt und Jugend ebenso zum natürlichen Kreislauf gehören wie Altern und Tod. Wobei Montaigne in seinem bis heute einflussreichen Essay „Philosophieren heißt sterben lernen“ (ein Ausspruch Ciceros) das Altern vor allem als Vorbereitung auf den Tod sieht. Er schreibt: „Warum fürchtest Du deinen letzten Tag? Er trägt keinen Deut mehr zu deinem Tode bei als jeder andere (...) Alle Tage sind zum Tode unterwegs, der letzte – er langt an.“ Der an der Humboldt-Uni-

BUCHTIPP

Héctor Wittwer
Philosophie des Todes
Reclam Verlag, 2009,
135 Seiten, € 10,20
ISBN 978-3150203262



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

versität Berlin tätige Philosoph Héctor Wittwer interpretiert das so: „Das Altern sei also eine Vorbereitung auf den Tod und in gewisser Weise auch eine Vorwegnahme desselben, weil es – wie dieser – Verluste mit sich bringt. Jeden Tag verlören wir etwas, sodass sich die Verluste addierten und schließlich durch den Tod vollendet würden.“ („Philosophie des Todes“) In seiner natürlichen Funktion könnte also das Alter die Angst des Menschen vor dem Tod lindern. Ein junger Mensch kann sich aber wiederum kaum das eigene Alter mit Krankheit und körperlichem Verfall vorstellen. Logische Reaktion: Furcht und Ablehnung. Auf der anderen Seite spielt nur scheinbar widersprüchlich Neid mit: Der alte Mensch hatte in seiner Lebenszeit zumindest die Möglichkeit, sich materielle Güter und einflussreiche Positionen zu erarbeiten. Ein steiniger Weg, der der Jugend meist noch bevorsteht. Furcht, Ablehnung und Neid sind gute Nährböden für negativ besetzte Klischees. Alte Menschen denken hingegen nicht selten mit Wehmut an ihre eigene Jugend zurück, an Gesundheit und Mobilität, wobei sie Unangenehmes oft ausblenden und Er-

freuliches erklären. Wird der Frust auf die „Jugend von heute“ projiziert, sind Vorurteile nicht weit. Vielleicht gilt: Je weniger erfüllt das eigene Leben, desto größer die Vorurteile gegenüber „dem Anderen“, wozu auch Jugend und Alter zählen können. Dass gängige Altersmythen mit der Realität nicht übereinstimmen, beweisen immer wieder empirische Studien. So zum Beispiel der Jugendmonitor, den das Institut für Strategieanalysen (ISA) für das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend seit dem Jahr 2010 regelmäßig erstellt. Der Politologe und ISA-Geschäftsführer Peter Filzmaier kommentiert: „Klischees, die Jugendliche betreffen, stellen sich als falsch beziehungsweise stark vereinfachend heraus. Etwa dass die Jugend unpolitisch ist oder mit traditionellen Werten nichts mehr anfangen kann.“

Junge Wilde sind medientauglich

Ein Beispiel: Laut Jugendmonitor bezeichnet nur einer von zehn Jugendlichen Politik als zentralen Bereich seines Lebens. Das erscheint auf den ersten Blick bedenklich, allerdings ist diese Relation nicht schlechter als bei erwachsenen Menschen. Der Mythos, die Jugend sei politikverdrossener als andere Altersgruppen, stimmt also nicht. Auch erweist sich der Mainstream der Jugendlichen als wertkonservativ: „Die Jugend strebt mehrheitlich eine fixe Partnerschaft mit Kinderwunsch an. Auch das kleine Häuschen mit Garten und Hund ist durchaus ein Ziel“, so Filzmaier. Laut dem Politologen sind die überzeichneten Rollenbilder nicht zuletzt auf die den Massenmedien eminente Logik zurückzuführen. Der konservative Durchschnittsjugendliche ist keine Schlagzeilen wert, als medientauglich weil sensationell und somit verkaufsfördernd erweisen sich hingegen die „jungen Wilden“. Politische RevoluzzerInnen oder RebellInnen aus der Kulturszene sind hierzulande eher mit der Lupe zu suchen. Dann müssen eben Sensationen des Alltags erhalten, Drogen, Gewalt und sexuelle Ausschweifungen. Schnell wird hier die Jugend zum Sündenpfuhl.

Falsche Mythen und überzogene Vorurteile zu Alt und Jung bergen soziale und politische Sprengkraft, wenn sie zur Panikmache instrumentalisiert werden. So können Mythen, dass die Jungen zu Gewalt und Drogenexzessen neigen, die Po-

litik zu übertriebenen Kontrollmaßnahmen verleiten. Wobei die breite Masse der Jugendlichen unter anderen Problemen leidet, etwa galoppierender Arbeitslosigkeit. Gewalt, Kriminalität und Drogen sind nicht von der Jugend gepachtet, den Nährboden bilden hingegen oftmals soziale Ungleichgewichte – aber solche komplexen Zusammenhänge sind natürlich nicht griffig und schwer in Schlagzeilen zu verpacken. Apropos Schlagzeilen: Nur allzu oft ist im Zusammenhang mit der steigenden Lebenserwartung in Österreich und anderen hochentwickelten Industrienationen von „Altenschwemme“, „Altenlawine“, dem „Reich der Greise“ oder Ähnlichem zu hören. Simple Botschaft: „Die Alten fressen den Jungen die Haare vom Kopf!“ Diese tendenziöse Darstellung verschweigt, dass nicht so sehr der Rückgang der Sterblichkeit, sondern die sinkende Geburtenrate ein demografisches Problem darstellt.

Zuwanderung als adäquates Mittel

Der Soziologe Anton Amann schreibt in „Die großen Alterslügen“, dass es um 1920 in Österreich mehr als 1,6 Mio. Kinder unter 14 Jahren gab, zu Beginn des dritten Jahrtausends sind es ca. 1,2 Mio., in den nächsten 30, 35 Jahren wird die Zahl vermutlich auf weniger als eine Mio. absinken. Nachdem in einem Rechtsstaat niemand Menschen dazu zwingen kann, mehr Kinder in die Welt zu setzen, wäre Zuwanderung ein adäquates Mittel, sich den demografischen Herausforderungen zu stellen. Das trauen sich nur wenige PolitikerInnen und Medien laut zu sagen – einfacher ist es, auf „die Alten“ hinzuprügeln, längere Arbeitszeiten zu fordern und nach privater Vorsorge zu schreien. Der Wahrheit und den Menschen – ob alt oder jung – ist damit nicht gedient.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.arbeitundalter.at
www.dialogdergenerationen.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
haraldkolerus@yahoo.com
 oder die Redaktion
aw@oegb.at



Ein junger Mensch kann sich aber wiederum kaum das eigene Alter mit seinen möglichen negativen Seiten wie Krankheit und körperlichem Verfall vorstellen.

Die Jugend von heute

„Erwartungen – Die Zukunft der Jugend“ – unter diesem Motto stand das Forum Alpbach 2012.

Autor: Martin Haiden
Freier Journalist

Wenn man nicht aufpasst, kommt es einem schnell über die Lippen – obwohl man sich selbst noch nicht zum alten Eisen zählt: „Die Jugend von heute“ ist eine oft strapazierte Phrase für alles, was man an den jüngeren Semestern nicht versteht oder goutiert. Und doch sind die Anliegen der Jugend nicht nur Übermut oder Leichtsinn. Sie sind „Erwartungen – Die Zukunft der Jugend“. Unter diesem Titel trafen sich beim „68. Europäischen Forum Alpbach 2012“ PolitikerInnen, Expertinnen und Experten sowie Jugendliche, um Fragen nach dem Ist-Zustand und der Zukunft der Jugend nachzugehen. Dabei wurde wieder eine soziologische Binsenweisheit bestätigt: DIE Jugend gibt es nicht. Sie ist eine extrem heterogene Masse, die zwar durch das Lebensalter einen gemeinsamen Nenner hat, sich sonst aber durch unterschiedlichste Interessen, Ausbildungen und Arbeitssituationen, familiäre Konstellationen und auch Ideen, Vorstellungen, Wünsche, Vorlieben und Abneigungen auszeichnet.

Anpassung aus Kalkül

Einer, der genauer hinter die Fassade blickt, ist Bernhard Heinzlmaier, Gründer und Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien sowie Leiter des Marktforschungsunternehmens tfactory in Hamburg. Sein Vortrag beim Forum Alpbach mit dem Titel „Keine Mission, keine Vision, keine Revolution?“ zeichnet ein nicht gerade rosiges Bild der Lebens-

situation junger Menschen. „Die Jugendlichen sagen, sie sind optimistisch und glücklich, weil sie dazu verpflichtet wurden das zu sagen. Dahinter verbirgt sich ein trauriges, unerfülltes Leben, das durch die Inszenierung überspielt wird. Es geht um Anpassung aus Kalkül.“ Denn die Jugendlichen müssen jeden Tag zu hundert Prozent für sich selbst kämpfen, sie brauchen ihre ganze Energie für den Konkurrenzkampf an der Uni, in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt. Da bleibt nicht viel, um sich für ein Gemeinwesen oder große Zukunftsutopien einzusetzen.

Tiefer kann niemand sinken

Der herrschende politische Pragmatismus, der relativ ideologiefrei Regierungsgeschäfte betreibt und Entscheidungen in erster Linie nach Maßgaben der betriebswirtschaftlichen Vernunft trifft, provoziert eine Anpassung der Jugendlichen an das Prekäre – die kostengünstigste Variante, die Hoffnungslosigkeit auf niedrigstem Niveau, so Heinzlmaier. Die Jugendlichen seien „eine Gruppe, deren Arbeitskraft für das Verwertungsinteresse des Kapitals irrelevant geworden ist, und die am untersten Ende der sozialen und Statushierarchie angelangt ist. Tiefer kann niemand sinken.“ Kein Wunder also, dass es kein Vertrauen mehr in den Markt gibt und kein Vertrauen in die Politik, dass sie diesen Markt stoppen kann. Und selber kann man es ja nicht machen, denn man ist damit beschäftigt, in der Realität zu bestehen – ein „Diktat der Selbstverwirklichung“. Heinzlmaier diagnostiziert bei vielen jungen Menschen ein „erschöpftes Selbst“, das daran ver-

BUCHTIPP

Wolfgang Kraushaar
**Der Aufruhr
der Ausgebildeten**
Vom Arabischen Frühling
zur Occupy-Bewegung.
Hamburger Edition, 2012,
255 Seiten, € 12,40
ISBN 978-3-8685-4246-2



Bestellung:
ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

zweifle, aus eigener Freiheit alles selbst gestalten zu müssen. Den politischen Vertretungen wird nicht zugetraut, dieses Dilemma zu lösen. „Wenn ich in meinem Alter als Zukunftshoffnung der Partei gehandelt werde, dann läuft etwas falsch“, so SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer, 60 Jahre alt, beim Forum Alpbach. Allerdings muss „ein Politiker, der die Interessen der Jugendlichen vertritt, nicht zwangsläufig jung sein“, wie Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, relativiert. „Unsere gewerkschaftlichen Zukunftshoffnungen sind die Betriebsrätinnen/Betriebsräte und Jugendvertrauensrätinnen/Jugendvertrauensräte, die die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen vertreten.“

Noch nie hatten Jugendliche so viele Möglichkeiten sich zu entwickeln und ihr Leben zu gestalten – oder daran zu verzweifeln. Viele Jugendliche möchten noch immer einen sicheren Job haben, das Ideal der Beamtenkarriere ist nach wie vor stark vertreten. Sie wollen die



Die österreichische Jugend glaubt sich auf einem langfristig dem Untergang geweihten Schiff, auf dem ihr aber noch genügend Zeit bleibt, das eigene Leben zufriedenstellend über die Runden zu bringen, nach dem Motto „die Welt wird untergehen, aber davor werde ich noch ein gutes Leben haben“.

Stabilität, die es nicht mehr gibt, sie stellen sich aber dem Kampf der Instabilität.

Pragmatischer Individualismus

Die Kommunikationsberaterin Elisabeth Pechmann von Ogilvy sieht diese Gestaltungsfreiheit als Bereicherung für die „Generation Y“ – gemeint sind die Jahrgänge ab 1981. Diese jungen Leute seien gut ausgebildet und vernetzt, wüssten, was sie wollen, seien aber gleichzeitig nicht länger bereit, althergebrachte (Unternehmens-)Hierarchien zu akzeptieren. Heinzlmaier sieht das nicht so positiv. In Österreich finde man derzeit eine Jugend vor, die sich verbissen an die eigenen Träume klammere, aber die gesellschaftlichen Bedingungen durchgehend negativ einschätze. Bei allem stehe der eigene Nutzen im Vordergrund. Es gebe kein Denken im gesellschaftlichen Kontext, denn alle Kraftreserven würden vom Kampf um den eigenen Vorteil aufgebraucht. Am Werk sei eine Form des „pragmatischen Individualismus“, bei der jeder zuerst an sich selbst denke. Dieses Nützlichkeitsdenken beginne bereits an den Bildungseinrichtungen, die einer zunehmenden Ökonomisierung unterworfen seien. Statt kritischer Selbstreflexion und Autonomiestreben trete verbissener und blinder Fleiß in den Vordergrund. Pragmatisch und ohne Zeit für die Reflexion über sich selbst oder größere gesellschaftliche Zusammenhänge gingen die Jugendlichen unbeirrbar ihren Weg und machten dort mit, wo sie sich persönlichen Nutzen versprechen. Somit blicke die Jugend was ihr persönliches Leben betrifft optimistisch in die Zukunft. Was die Zukunft der Ge-

sellschaft angeht glaube sie an den Untergang, oder wie Heinzlmaier verbildlicht: Die österreichische Jugend glaubt sich auf einem langfristig dem Untergang geweihten Schiff, auf dem ihr aber noch genügend Zeit bleibt, um das eigene Leben zufriedenstellend über die Runden zu bringen, nach dem Motto „die Welt wird untergehen, aber davor werde ich noch ein gutes Leben haben“. Oder anders gesagt: Nach mir die Sintflut.

„Jung, qualifiziert, perspektivlos“

Und wo bleibt die Auflehnung gegen dieses pragmatische System? Die Revolutionen finden statt, und sie werden von jungen Menschen initiiert und getragen. Der Arabische Frühling, die Indignados in Madrid oder die Occupy-Bewegung sind lautstarke Zeichen der Unzufriedenheit. Allerdings seien diese Aufstände nicht unbedingt gegen das herrschende System gerichtet und zum Wohl der Allgemeinheit initiiert. Heinzlmaier sieht hierin eher einen Kampf, der aufgrund der Sorge um den Arbeitsplatz, die Gründung einer Familie, den Statuserwerb und die eigene Zukunft geführt wird. „Der Hauptgrund dafür liegt wohl darin, dass ihnen der gerechte Lohn für Unterordnung, Selbstunterdrückung und Zurückhaltung verweigert wurde. Der pragmatische Individualist passt sich dann an, wenn er dafür persönliche Vorteile realisieren kann. Werden ihm diese Vorteile vorenthalten, steigt er auf die Barrikaden. Wir müssen also davon ausgehen, dass hier nicht die postmaterialistische, nach Freiheit und Selbstbestimmung gierende Autonomiebewegung auf der Straße war, sondern frustrierte

junge Materialisten, denen der Staat im Wort war, aber dieses Wort nicht halten konnte oder wollte“, stellt der Jugendkulturforscher fest und verweist auf eine Analyse von Wolfgang Kraushaar in dem Werk „Der Aufruhr der Ausgebildeten“. Hier sieht Heinzlmaier allerdings einen Hoffnungsschimmer aufblitzen: Aus diesen Protesten haben die Jugendlichen vielleicht gelernt, dass man auch mit horizontalen Strukturen durchaus politischen Erfolg haben, Macht demonstrieren und so etwas verändern kann. Am besten geht das jedoch in Kooperation mit mächtvollen Institutionen, so Bernhard Achitz: „Die einen wollen die Welt verändern, indem sie sich innerhalb der Institutionen einbringen, andere wollen von außen etwas verändern. Ersteren gibt der ÖGB die Möglichkeit, das innerhalb seiner Strukturen zu tun. Und bei Zweiteren muss man klar sehen, dass die Ziele in vielen Fällen identisch sind. Bei vielen Initiativen funktioniert die Arbeit am gemeinsamen Ziel hervorragend.“ Und so wünscht Bernhard Heinzlmaier „der Jugend für die Zukunft auch den Mut zum unangepassten Verhalten und den Mut, sich die Freiheit zu nehmen, die einem Bürger, einer Bürgerin in dieser Gesellschaft zusteht“.

Internet:

Institut für Jugendkulturforschung:
www.jugendkultur.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
martin.haiden@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Auf der Suche

Von „Generation Sorglos“ darf keine Rede sein, denn die 15- bis 24-Jährigen haben derzeit alles andere als rosige Zukunftsaussichten.

Autorin: **Sophia Fielhauer-Resei**
Freie Journalistin

Generationen voller Sorgen. Kevin, Nadja, Zladi, Jacqueline, Nikolas, Alexandra und Juan haben zweierlei gemein – die beneidenswerte Jugend und ihre mühselige Suche nach einem Ausbildungsplatz bzw. Job. Mehr als besorgniserregend sind die nackten Zahlen für Europa: In Spanien haben bereits 52,7 Prozent der 15- bis 24-Jährigen keine Arbeit, 52,8 Prozent sind es in Griechenland. Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Jugendarbeitslosigkeit in Europa weiter dramatisch steigen lassen, das offenbart der Report „Global Employment Trends Youth 2012“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Jugendarbeitslosigkeit gestiegen

Die UNO-Organisation mit Sitz in Genf errechnete: Im Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen in der EU von 2008 bis 2011 um 26,5 Prozent gestiegen. In keiner anderen Weltregion war der Anstieg innerhalb von drei Jahren derart hoch. Keine Entwarnung prognostiziert die ILO bis mindestens 2016 und sieht eine „verlorene Generation“ heranwachsen. Sie empfiehlt den Regierungen einen Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik – ein heftiger Wink mit dem Zaunpfahl, den Dutzende kluge Köpfe schon seit Jahren wieder und wieder einfordern. Allein, viel zu wenig ist tatsächlich passiert. Erneut haben französische Jugendliche ohne eine Chance auf Zukunft ihren Zorn auf den Straßen (diesmal in

Amiens nördlich von Paris) manifestiert – bitter, doch wenig verwunderlich. Andere Kids werden ins rechte Eck gelotst, geben MigrantInnen die Schuld an ihren trüben Aussichten. Unser Nachbar Slowakei mit 36,5 Prozent hat ebenso mit Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen wie der künftige EU-Staat Kroatien mit 41,8 Prozent – nach den jüngsten Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat hat die Quote der arbeitslosen Jugendlichen in der EU im Juni das Rekordniveau von 22,6 Prozent erreicht.

Firmen bilden weniger aus

In Österreich zählt die Angst vor Arbeitslosigkeit zu den größten Sorgen der jungen Menschen. Fest steht: Heimische Firmen bilden im Verhältnis zu deutschen Betrieben weniger Lehrlinge aus. Österreich weist laut EU-Statistikamt Eurostat für den Juni eine Jugend-Arbeitslosenrate von 8,8 Prozent (allgemein liegt sie bei 4,5 Prozent) auf, hinter Deutschland mit 7,9 Prozent ist das der zweitniedrigste EU-Wert. Noch lange kein Grund zur Entspannung, denn die Tendenz ist auch hierzulande steigend: Im Juni 2011 lag der Wert noch bei 7,9 Prozent. In Zahlen: Im Juni 2012 waren 33.419 junge Menschen arbeitslos gemeldet, 1.423 mehr als im Juni des Vorjahres und 5.116 mehr als im Juni 2007 (Daten Arbeitsmarktservice). Während die österreichischen Jugendlichen auf der Suche sind und froh, wenn endlich ein Ausbildungsplatz gefunden ist, machen sich diverse Firmen ihre Verzweiflung zunutze: Ausbeutung, Schimpftiraden, gesetzeswidrige Bezahlung sind keine Seltenheit.

BUCHTIPP

Valerie Wittenbeck
Jugendarbeitslosigkeit – Ursachen und Folgen
Grin Verlag, 2008, € 15,50
ISBN 978-3-640-15702-0



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Pamela Trajilovic hat mit ihren 17 Jahren schon reichlich dazugelernt, allerdings erst mal nichts von dem, was ihrer angestrebten Lehre entsprechen würde. Lange Zeit war Pamela auf der Suche nach einem Lehrplatz als Bürokauffrau, konnte schließlich in einer Rechtsanwaltskanzlei beginnen. „Doch die haben sich nicht um mich gekümmert, ich habe dort einfach nichts gelernt“, erzählt Pamela, die ihre gesamten Arbeitstage alleine im Büro verbringen musste. Für Fehler wurde sie freilich dennoch gerügt. Schließlich kündigte die 17-Jährige und war danach sechs Monate arbeitslos, bevor sie in eine überbetriebliche Lehrausbildung bei Jugend am Werk einsteigen konnte. Zuletzt haben u. a. auch die miserablen Zustände bei der Firma Buchbinder für Schlagzeilen gesorgt – trotz Lehrlingsförderung wurden die Lehrlinge nicht branchenüblich bezahlt, für Hilfstätigkeiten herangezogen und zu Wochenendarbeit verpflichtet.

Rudolf Kaska, Vorsitzender der ILO und Arbeitsmarktsprecher im ÖGB, ist besorgt und sagt: „Die Jugendarbeitslosigkeit hat in Teilen Europas drama-



Während die österreichischen Jugendlichen auf der Suche sind und froh, wenn endlich ein Ausbildungsplatz gefunden ist, machen sich diverse Firmen ihre Verzweiflung zunutze: Ausbeutung, Schimpftiraden, gesetzeswidrige Bezahlung sind keine Seltenheit.

tische Werte erreicht. Wir wollen Chancen für die Jugend statt einer ‚Generation hoffnungslos‘ und verlangen, dass der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit endlich dieselbe Priorität eingeräumt wird wie der Bekämpfung der Eurokrise.“ Auch die Internationale Arbeitsorganisation macht klar: „Der eingeschlagene Sparkurs behindert eine rasche Erholung der Arbeitsmärkte für Jugendliche.“ Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin weist darauf hin, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den meisten Fällen zumindest doppelt so hoch ist wie die allgemeine – das trifft nicht allein für Europa zu, sondern auch für Japan und die USA. Für Statistiker gelten Personen im Alter von 15 bis 24 Jahre als Jugendliche – und die Jugendarbeitslosigkeit umfasst besonders Menschen, die schlecht qualifiziert sind. Dieser schlechte Karrierestart ist (bisher) im Laufe eines Berufslebens kaum aufzuholen. Wer mit 18 ganz hinten ist, schafft es mit 30 selten über eine Hilfstätigkeit hinaus.

„Soft Values“ stehen an der Spitze

Dabei wünschen sich unsere Jugendlichen weitaus Schöneres, wie das Institut für Jugendkulturforschung im Auftrag der AK Wien in der Studie „Jugend-Wertestudie“ 2011 ermittelte: „Wenn es um Werte im Beruf geht, stellen die Jugendlichen durchgehend sogenannte ‚soft values‘ an die Spitze ihrer persönlichen Werteskala. Materielle Werte wie Einkommen und Karriere stehen am Ende der beruflichen Wertehierarchie. Im Zentrum der Berufswerte steht die ‚Selbstverwirklichung‘, gefolgt

vom Wunsch nach ‚netten KollegInnen‘ und dem Wunsch, den Beruf auch als positive ‚Herausforderung‘ zu erleben. Ebenfalls wichtig: ein ‚gesunder‘, nicht von Umweltgiften und Stress beeinträchtigter Arbeitsplatz.“

Von PolitikerInnen und Institutionen erwarten sich die Jungen allerdings nicht allzu viel Unterstützung: „Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner“ ist eine Jugend-Devise, die in der Studie (jugendkultur.at/publikationen/online) beschrieben wird. Die Stimmungslage der Unternehmen scheint ähnlich gelagert: Die sich stets wiederholenden Klagen rund um den postulierten Fachkräftemangel sind allseits bekannt. WKÖ-Präsident Christoph Leitl bezifferte die Lücke jüngst mit 30.000 Personen, passende BewerberInnen seien vor allem im Lehrlingsbereich nicht zu finden. Kein Wunder, denn schließlich bildet bloß ein schwaches Fünftel aller österreichischen Betriebe Lehrlinge aus. Dazu kommt die Ausbildung in überbetrieblichen Lehrwerkstätten – wie Jugend am Werk –, ohne die noch viel mehr Jugendliche keine Chance auf einen Arbeitsplatz hätten.

Rudolf Kaske: „Durch die Ausbildungs-garantie und unser duales Ausbildungssystem geht es Jugendlichen in Österreich wesentlich besser als in vielen Teilen Europas. Doch eine ‚gmahte Wiesen‘ ist der Weg ins Berufsleben auch für die jungen Menschen in Österreich nicht. Neben der gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land, bereitet die alarmierend hohe Durchfallsquote bei den Lehrabschlussprüfungen Sorge.“ Rund ein Fünftel der Lehrlinge steht am Ende der Ausbildung ohne Abschluss da, weil die Lehrlinge in manchen Be-

trieben eher als Hilfskräfte ausgenutzt statt ausgebildet werden. „Wir brauchen eine laufende Qualitätssicherung in der Ausbildung und die Ausbilderbetriebe müssen regelmäßig kontrolliert werden“, fordert der vda-Vorsitzende.

Bündnis für Ausbildung und Arbeit

Das Europäische Jugendforum und der Beirat Jugend des Europarates (Advisory Council on Youth) appellierten an internationale Organisationen und Mitgliedsstaaten, Jugendgarantien (www.youth-guarantee.eu) zu verabschieden, die jungen Menschen ein Recht auf einen neuen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung nach maximal vier Monaten Arbeitslosigkeit garantieren sollen. Das Ziel ist, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in den nächsten fünf Jahren zu halbieren. Ein Weg dazu soll ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“ speziell für junge Arbeitssuchende sein. In dessen Rahmen sollen die EU-Kommission, Gewerkschaften und europäische Unternehmen grenzüberschreitende Ausbildungs- und Jobprogramme für Jugendliche schaffen.

Internet:

Kurze Zusammenfassung der Studie der ILO:
tinyurl.com/cawlrmq

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sophia.fielhauer@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Europas Kinder

Sie sind aufgewachsen mit dem Euro, offenen Grenzen, internationalen Austauschprogrammen und ohne Ostblock.

Autorin: **Astrid Fadler**
Freier Journalistin

Mehr als 740 Mio. Menschen leben in Europa, davon über 500 Mio. EU-BürgerInnen. Vielen ÖsterreicherInnen wurde erst durch die Fußball-WM so richtig bewusst, dass die Ukraine zu Europa gehört. Christa, 51, hat als Kind mit ihren Eltern so manchen Urlaub in einem jugoslawischen Badeort verbracht: „Jetzt heißt das ja Kroatien oder eher Slowenien, keine Ahnung, das muss ich einmal auf der Karte nachschauen.“ Oder einfach im Internet checken – moderne Technologien bringen uns die Welt näher, News aus den USA erreichen uns fast genauso schnell wie Nachrichten aus Europa. Und auch wir selbst können schnell und relativ kostengünstig unterwegs sein, per Flugzeug oder mit dem Auto. Für einen Liter Benzin musste ein Industriearbeiter 1960 rund 14 Minuten arbeiten, 1980 waren es 7,5 Minuten und 2010 ca. fünf Minuten. Waren vor 50 Jahren noch Bibione oder Caorle begehrte Reiseziele, so ist heute der Radius von TouristInnen jeden Alters deutlich größer. Bei Familienfeiern tauschen sich Oma und Enkel über ihre Reiseindrücke aus.

Walz 2.0

Arbeiten im Ausland war viele Generationen hindurch fast gleichbedeutend mit Flucht vor schwierigen wirtschaftlichen oder politischen Verhältnissen und hatte oft etwas Endgültiges. Herumzureisen, um Land und Leute kennenzulernen und Erfahrungen zu sammeln, das war nur in

Ausnahmefällen möglich: in der Tourismusbranche etwa oder während der Gesellenwanderung, die beispielsweise als im Spätmittelalter eingeführte Walz (Tippel) bis zur beginnenden Industrialisierung Pflicht vor der Meisterprüfung war und während der 1980er-Jahre wiederbelebt wurde. Gesellen, die sich dafür entscheiden, müssen ihrem Heimatort mindestens drei Jahre und einen Tag fernbleiben und dürfen nicht länger als sechs Monate im selben Unternehmen arbeiten.

Unterwegs sein aus beruflichen Gründen – auch außerhalb Europas und ohne Gesellenprüfung –, das ist für immer mehr junge Menschen ganz normal. Besonders günstig sind die Bedingungen dafür natürlich innerhalb der EU, vieles ist harmonisiert (auch wenn manches dann in der Praxis nicht ganz reibungslos funktioniert), Auslandspraktika für StudentInnen und Lehrlinge werden von der EU gefördert – insgesamt ideale Voraussetzungen, um eine Identität als EuropäerIn zu entwickeln.

Unbekanntes Österreich

Mario F., 32, ist in Wien geboren und hat hier studiert, derzeit lebt er in Amsterdam: „Ich bezeichne mich als Wiener, nicht als Österreicher, denn ich kenne beispielsweise Santiago de Chile, wo ich ein Jahr lang gelebt und gearbeitet habe, sicher besser als unsere Landeshauptstädte.“ Seine Kollegin Sarah, 29, sieht das ähnlich: „Mit den Österreich-Klischees – Dirndl, Lederhosen, Berge und Schnee – kann ich sowieso wenig anfangen. Ich bin Wienerin, so richtig als Europäerin fühl ich mich vor allem dann,

BUCHTIPP

Mein Europa

Wissen – Verstehen – Mitreden

Diese und andere Publikationen sowie Broschüren, Folder, DVDs, CDs sowie Online-Publikationen und Videos finden Sie entweder zum Gratis-Download oder zur Bestellung unter: tinyurl.com/bu74k4d



wenn ich in Übersee bin. Wobei mir die Vorteile der EU, auch dass wir beim Reisen innerhalb Europas kein Visum brauchen, schon bewusst sind.“

Agron G., 29: „Für mich war die Veränderung durch die EU sehr groß. Es ist viel einfacher, frei zu reisen, die gemeinsame Währung macht vieles leichter. Und ich kann jetzt grenzüberschreitend nach dem Job suchen, den ich wirklich machen will.“

Von Facebook bis Couchsurfing

Abseits von Jobs und Ausbildung gibt es heute neben Facebook und Co. auch zahlreiche reale Möglichkeiten zum internationalen Austausch. Mit dem Gastfreundschaftsnetzwerk Couchsurfing beispielsweise kann man weltweit kostenlos in Privatwohnungen und WGs übernachten und so rasch fremde Kulturen kennenlernen. In Sachsen-Anhalt findet seit Beginn der 1990er-Jahre jeden Sommer das Eurocamp mit rund 70 Jugendlichen aus ganz Europa statt. Drei Wochen lang werden Diskussionen und Vorträge organisiert, Kurzfilme gedreht, Deklarationen

Christa, 51, hat als Kind mit ihren Eltern so manchen Urlaub in einem jugoslawischen Badeort verbracht: „Jetzt heißt das ja Kroatien oder eher Slowenien, keine Ahnung, das muss ich einmal auf der Karte nachschauen.“



verfasst – und es wird gemeinsam gearbeitet. In der nahe gelegenen Kleinstadt Zeit verschönern die Jugendlichen Schulgebäude und öffentliche Gärten, jeden Tag fünf Stunden lang, dafür ist die Teilnahme am Camp gratis. Die „Deutsche Welle“ berichtete kürzlich nicht nur über das Camp, sondern vor allem darüber, dass so gut wie alle dort befragten jungen Leute an die Idee Europa glauben und überzeugt sind, dass die Krise nur eine vorübergehende Störung ist.

Bildung ohne Grenzen

Einig waren sich die befragten Jugendlichen aus 30 Ländern vor allem darüber, dass der Austausch von StudentInnen und BerufsabsolventInnen in Europa weiter verstärkt werden muss. Bildung ohne Grenzen sollte für alle möglich sein.

Laut Jugend-Wertestudie 2011¹ gibt es hier noch einiges zu tun: So verbinden ÖsterreicherInnen zwischen 14 und 29 Jahren ohne Matura die EU deutlich seltener (rund 38 Prozent) mit kultureller Vielfalt als jene mit Reifeprüfung (circa 56 Prozent). Sie nennen auch die Assoziation „mehr Kriminalität“ fast doppelt so häufig wie ihre Altersgenossinnen und -genossen mit höherer Schulbildung. Sarah meint dazu: „Selbst wenn man davon absieht, dass etwa Englisch als Sprache schon oft etwas Verbindendes hat, findet man bei US-AmerikanerInnen mit ähnlichen Interessen und ähnlichem Background ver-

mutlich mehr Gemeinsamkeiten als mit so manchen AlbanerInnen oder UkrainerInnen, obwohl diese eigentlich EuropäerInnen sind.“

Dass es auch im vereinten Europa Grenzen zwischen Arm und Reich gibt, wird niemand leugnen, das war schon vor der griechischen Schuldenkrise so. Agron, der als Baby mit seiner Mutter vom Kosovo nach Österreich gekommen ist, kennt auch den Unterschied zwischen „Zug'rasten“ und Arrivierten: „Nicht alle Europäer sind gleich, ein Albaner ist nicht derselbe Europäer wie ein Franzose, ein Deutscher oder Belgier. Diese Erfahrung habe ich vor allem in Österreich immer wieder gemacht. Beginnend mit der Schulzeit, aber speziell beim österreichischen Bundesheer, wo ich für Österreich ‚dienend‘ durchgehend als Neo-Österreicher bezeichnet wurde. Da fällt es einem dann trotz österreichischem Pass schon schwer, sich als waschechter Österreicher zu fühlen.“

Bunt oder gefährlich?

Offene Grenzen, Niederlassungsfreiheit u. ä. gelten schließlich nicht nur für ÖsterreicherInnen, sondern für alle EU-Länder. Ob man das Resultat daraus dann als bunte Vielfalt oder eher beängstigend erlebt, hängt von vielen Faktoren ab. Emma K., 76: „Ich bin keineswegs intolerant oder kleinlich und habe schon die halbe Welt bereist, aber manchmal, wenn ich in der Straßenbahn kaum mehr ein deutsches Wort höre, dann fühle ich mich trotzdem irgendwie unwohl.“ Dieses Gefühl kennen sicher auch jüngere Menschen, manche haben vielleicht ein

schlechtes Gewissen dabei, denn schließlich ist das politisch nicht korrekt ...

Im Übrigen gibt es mittlerweile einige Studien dazu, dass Vorurteile und Stereotype auch im Informationszeitalter und selbst unter Vielgereisten, die in multikulturellen Teams arbeiten, weiterhin erhalten bleiben, ja zum Teil sogar verstärkt werden und die Basis für jede Menge Witze bilden – die kursieren dann eben in mehreren Sprachen in den Büros.

Seit 600 Jahren Idee Europa

Die Grenzen zwischen Witzeleien, Satire und handfesten Vorurteilen bis zu echter Diskriminierung sind allerdings fließend. Aber vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir alle uns als EuropäerInnen fühlen. Es bleibt nur zu hoffen, dass dieser Prozess nicht so lange dauert wie die Entstehung der EU, denn von den ersten Ideen einer europäischen Staatengemeinschaft bei **Dante** über Napoleon und **Bertha von Suttner** bis zu den Römischen Verträgen 1957 als Grundstein der EU vergingen mehr als 600 Jahre.

Internet:

EU-Förderprogramm „Jugend in Aktion“
(Int. Begegnung, Freiwilligendienst etc.):
www.jugendinaktion.at

Internationaler Fachkräfteaustausch:
www.ifa.or.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011 im Auftrag der AK Wien, durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung.

Das Leben steht still

Spaniens Arbeitslose pendeln zwischen Verzweiflung und Hoffnung – das Land leidet unter der höchsten Arbeitslosenrate der Welt.

Autorin: Barbara Kasper
GPA-djp-Jugend

Autorin: Nani Kauer
ÖGB-Kommunikation

Anfang August: Die Strände von Mallorca, Ibiza und Co. verschwinden unter Legionen von Sonnenliegen, Eisbein und Wiener Schnitzel werden am Fließband produziert. Vor dem Prado in Madrid stehen die Leute kilometerlang in der Gluthitze Schlange, die Ramblas in Barcelona bebden von den Touristenmassen, die tagtäglich dort flanieren, in Sevilla gehen Millionen von Tapas über die Laden-tische. Das ist das eine Spanien.

24,8 Prozent Arbeitslose

Und das ist das andere Spanien: Das Land ist gebeutelt von der zweiten schweren Rezession binnen weniger Jahre, die Arbeitslosigkeit erreicht mit 24,8 Prozent¹ den Spitzenwert in der EU, bei den unter 30-Jährigen liegt sie bei 52,7 Prozent – mehr als die Hälfte der jungen SpanierInnen sind also betroffen. Die Staatsschulden explodieren – und die konservative Regierung kürzt Gehälter im öffentlichen Dienst und das Arbeitslosengeld, sie streicht Sozialleistungen, erhöht die Mehrwertsteuer und empfiehlt Arbeitslosen, sich doch selbstständig zu machen. Das andere Spanien, das sind Menschen, die bis 25 bei den Eltern leben, weil alles andere nicht leistbar ist. Das andere Spanien, das sind 1.732.300 arbeitslose SpanierInnen unter 30 Jahren. 1.732.300² – eine horrenden Zahl, die für uns trotz-

dem anonym und gesichtslos bleibt. Charlie Rosa, einer der Tausenden Betroffenen, ist nicht anonym. Er lebt in Malaga und ist seit über vier Jahren arbeitslos. Nach dem Schulabschluss hat er Kommunikation studiert, das Studium jedoch nicht beendet, weil er arbeiten musste, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. „Aber alles, was ich finde, ist ohne Vertrag und ohne soziale Sicherheit.“ Im Frühjahr postete er zynisch in einer Online-Plattform: „Toll, dieses Monat drei Tage gearbeitet. Egal, das Geldbörstel ist schon wieder leer.“ In guten Monaten kann er zehn Tage arbeiten, im Sommer sogar länger, weil dann mehr angeboten wird – befristet, nicht abgesichert.

Es geht ihm wie zahlreichen anderen jungen SpanierInnen. „Die Hälfte der Leute, die ich kenne, sind seit mindestens ein oder zwei Jahren arbeitslos“, berichtet er. Viele hören zu studieren auf, weil sie arbeiten müssen, um ihr Leben zu bestreiten, oder weil sie überzeugt sind, nach der Uni ohnehin keinen Job zu finden. „Dann fangen sie wieder an zu studieren, denn wenn man keine Arbeit findet, ist das immer noch besser, als nichts zu tun.“

Lotteriespiel Bewerbung

Nach dem Sommer wird Charlie Rosa sein Glück wieder mit Kursen des Arbeitsamtes (INEM, Instituto Nacional de Empleo) und mit Bewerbungen versuchen. „Eine Bewerbung abzugeben ist wie in der Lotterie zu spielen“, sagt er. „Ein oder zwei Jobs für bis zu 3.000 BewerberInnen.“ Bei den Kursen des Arbeitsamtes ist es ähnlich: 30 Plätze für 1.000 In-

teressentInnen. „Es gibt Momente, da wünsche ich mir zu verschwinden, in ein anderes Leben, eine andere Stadt“, postet Charlie. Er beschreibt die Stimmung vieler junger SpanierInnen, die man in Österreich, dem Land mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit Europas, schwer nachvollziehen kann. „Ich habe viele Jahre verloren.“ Manchmal weicht die Verzweiflung, und Charlie versucht sich selbst Hoffnung zu machen. „Wenn ich nicht einen Schritt schneller gehe, bleibe ich immer in der gleichen Lage. Ich brauche diesen schnelleren Schritt, das Leben steht sonst still ...“

Betrug an der Demokratie

Charlie ist 31 Jahre und zählt nicht mehr zu den 1.732.300 jungen Arbeitslosen. Für ihn und für die jungen Arbeitslosen, für die PensionistInnen, für die Frauen – deren Recht auf Abtreibung die konservative Regierung en passant auch gleich wieder abschaffen will –, für die MigrantInnen, für sie alle hat sich eine breite Protestbewegung formiert, die Gewerkschaften, NGOs, Studentenorganisationen umfasst und praktisch alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert. Weil die Armut im Land steigt, die soziale Kluft größer wird, die Menschen sich das – bescheidene – Leben nicht mehr leisten können, werden die Proteste von Mal zu Mal massiver. „Betrug an der Demokratie“, „Wir werden nicht weichen“, „Der Moment ist gekommen, Nein zu sagen“ – so und ähnlich lauten die Auf-

¹ Eurostat-Zahlen, Juni 2012.

² Zahl von INEM, Instituto Nacional de Empleo, Spanien.

Charlie ist 31 Jahre und zählt nicht mehr zu den 1.732.300 jungen Arbeitslosen. Für ihn und für die jungen Arbeitslosen, für die PensionistInnen, für die Frauen – deren Recht auf Abtreibung die konservative Regierung en passant auch gleich wieder abschaffen will –, für die MigrantInnen, für sie alle hat sich eine breite Protestbewegung formiert, die Gewerkschaften, NGOs, Studentenorganisationen umfasst und praktisch alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert.



rufe der spanischen Gewerkschaften zum „Marsch nach Madrid“ am 15. September.“ „Zehntausende Bürgerinnen und Bürger werden aus allen Regionen Spaniens nach Madrid marschieren, um NEIN zu so viel Ungerechtigkeit zu sagen.“ Der Aufruf der Spanischen GewerkschafterInnen könnte klarer nicht sein: „So kann es nicht weitergehen.“

15. September: Marsch nach Madrid

Angesichts der Krise, der steigenden Arbeitslosigkeit und der Armut, die sich wie die Pest ausbreitet, haben die spanischen Gewerkschaften genug von der Politik der konservativen Regierung unter Mariano Rajoy: Kürzungen bei Gehältern im öffentlichen Dienst, bei Pensionen, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Liste der Vorwürfe gegen die Regierung Rajoy ist lang, angefangen mit Betrug an der Demokratie. „Er hat die Wahlen mit einem Programm gewonnen, regiert aber mit einem ganz anderen“, so die Kritik der Gewerkschaften. „In wenig mehr als sechs Monaten hat er die Architektur des spanischen Arbeitsrechtes zerstört, er hat die Lage der Erwerbstätigen und Pensionisten verschlimmert, er verhält sich feindselig gegenüber dem Thema Immigration, er verwehrt der Jugend die Gegenwart und die Zukunft.“

Der Marsch nach Madrid ist ein Höhepunkt in der Mobilisation, viele Aktionen gab es bereits, weitere werden folgen. Zuletzt kamen Gewerkschafter in Andalusien in die Schlagzeilen – und in die Polizeiregister – weil sie im Zuge einer Protestaktion in zwei Supermärkten

Waren gestohlen hatten. Die gestohlenen Waren wurden in einer Region mit besonders hoher Arbeitslosigkeit verteilt. Reaktion des konservativen spanischen Innenministers: Alle verhaften, alle einsperren. „Eine zivilisierte und demokratische Gesellschaft darf es nicht zulassen, dass die Leute das Recht in die eigene Hand nehmen“, sagte er der spanischen Nachrichtenagentur.

So einfallreich die Gewerkschaften sind, lokale Regierungen sind auch findig: In Girona im Nordosten Spaniens will die Stadtverwaltung die Müllcontainer von Supermärkten mit Schlössern versperren lassen. Der Grund: Immer mehr Menschen suchen darin nach entsorgten Lebensmitteln – denn kaufen können sie sich keine. Die Stadtverwaltung erklärt ihr Vorhaben mit „Gesundheitsrisiken“ durch abgelaufene Lebensmittel und „sozialer Beunruhigung“, die davon ausgehen könnte, dass man sieht, wie sich jemand aus dem Müll ernähren muss.

Start ins Arbeitsleben in Österreich

Und wie reagiert man in Europa, in Österreich? Immerhin, beim EU-Gipfel im Juni haben die Staatschefs und -chefinnen erkannt, dass man mit Sparen-Sparen-Sparen nicht aus der Krise kommen wird, sondern dass man aktiv für Beschäftigung sorgen muss und dass die Arbeitslosigkeit, besonders unter den jungen Menschen in Europa, aktiv und schnell gesenkt werden muss. 120 Mrd. Euro hat dieser Gipfel dafür frei gemacht.

In Österreich hatte die Wirtschaftskammer wohl die Idee, zwei Fliegen mit

einer Klappe zu schlagen: den Fachkräftemangel zu beheben und jungen SpanierInnen, aber auch Griechinnen und Griechen, in Österreich eine gute berufliche Zukunft zu bieten. Schöner Nebeneffekt für die Wirtschaft: Für fertig ausgebildete Fachkräfte aus anderen Ländern muss man kein Geld in Lehrlingsausbildung stecken. Auch die deutsche Arbeitsministerin kam auf diese Idee. „Die jungen Leute aus Spanien oder Griechenland könnten endlich ins Arbeitsleben starten.“

Absurdes Hin-und-her-Schicken

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend hat zu diesen Vorschlägen ganz klare Worte gefunden: „Es löst kein einziges Problem in Spanien, wenn die Wirtschaft junge Spanier nach Österreich abwirbt“, sagte ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr. „Es wäre doch absurd, die Arbeitslosen in der EU hin und her zu schicken.“ Der Wirtschaftskammerpräsident kann Charlie Rosa ja die Frage posten, ob er gerne in Wien in der Kommunikationsbranche arbeiten würde. Auf dessen Online-Antwort wären wir gespannt ...

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/8jpxq47

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorinnen
barbara.kasper@gpa-djp.at
nani.kauer@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

My Generation?

Manche versuchen aus der Euro-Krise einen großen Generationenkonflikt zu konstruieren und jammern das Pensionssystem krank.

Autor: Thomas Varkonyi
Freier Journalist

Der Liedermacher Konstantin Wecker konstatierte vor ein paar Tagen auf Facebook aufgrund eines Artikels im „Spiegel“ – „Warum die Euro-Krise ein Generationenkonflikt ist“ – den Beginn eines Generationenkonfliktes, den er vehement ablehnt. In diesem „Spiegel“-Text heißt es unter anderem, dass „eben nicht nur Politiker und Banker schuld an der Krise sind. Weite Teile der älteren Generation waren Komplizen der taumelnden Systeme. In Griechenland gab es in fast jeder Familie einen Beamten, der vom aufgeblähten Staatsapparat profitierte. In Spanien haben Babyboomer massenweise Hypotheken aufgenommen und das Land so in die Schuldenkrise gestürzt. In Italien konnte wiederholt ein Politiker wie Silvio Berlusconi an die Macht gelangen, dessen Gaunereien offenbar auf breite Sympathie stießen – Rentner gehörten zu seinen wichtigsten Wählergruppen.“ Der Text läuft darauf hinaus, dass die Jungen den Aufstand wagen müssen und werden, ganz nach dem Motto: Trau keinem über 30. Versucht man also wieder mal einen Generationenkonflikt zu inszenieren?

Europas abgehängte Generation

In einem wesentlich differenzierteren Text („Europas abgehängte Generation“), erschienen in der nicht unbedingt besonders gewerkschaftsfreundlichen „Zeit“, kann man schon mehr erfahren: „Verlieren Arbeitnehmer schon in jungen Jahren den Anschluss, braucht es viel Zeit,

Energie und Geld, um sie später wieder zu integrieren. Wer als junger Mensch lange ohne Arbeit ist, in Billigjobs schuftet und enttäuscht ist, wird zudem häufiger kriminell, krank und hat keine Lust mehr etwas zu erreichen. Die alternden Gesellschaften in Europa sind zudem auf junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen – nicht zuletzt, um die viel beschworene Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und die immer teurer werdenden Sozialsysteme zu finanzieren.“ Das Problem der Bildung ist erheblich virulenter, als wir es uns vorstellen. Knapp kann man es so zusammenfassen: Besonders schlimm wurde die Situation in und durch die Krise dort, wo die Jugend schlecht ausgebildet war. In Spanien hatte vor der Krise ein Drittel weder eine Ausbildung noch einen Schulabschluss. Als die Rezession kam, stieg die Quote nirgendwo stärker als hier. Ähnlich verlief die Entwicklung in Italien, wo 20 Prozent der Jungen ohne weiterführenden Schulabschluss sind.

Befristete Jobs

Es gibt aber unter den europäischen Jungen weitere Gemeinsamkeiten, zum Beispiel, dass ihre Jobs öfter befristet sind als die der Älteren. „Weil die Arbeitsmärkte in vielen Staaten – etwa in Spanien oder Italien – stark reguliert sind, sind viele Unternehmen zuletzt auf Zeitverträge ausgewichen. Die lassen sich schnell wieder auflösen, was für die Firmen angenehm ist, wenn die Umsätze wegbrechen. Zudem galt für viele Junge die Regel last in, first out: Wer zuletzt kommt, muss als erster gehen. Läuft es am Arbeitsmarkt rund,

BUCHTIPP

Der Neue Generationenvertrag

Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise
VSA Verlag, 2010,
262 Seiten, € 14,30
ISBN 978-3-8996-5369-4



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

mögen die vielen kurzfristigen Beschäftigungen kein Problem sein – es findet sich schon wieder eine neue Stelle. Aber in der Krise war der Arbeitsmarkt wie eine Einbahnstraße, alle Wege führten hinaus und keiner mehr hinein.“

Die Situation ist in Österreich noch nicht so schlimm, doch sollte man daraus Lehren ziehen, weil die Krise der Jungen in Madrid, Athen und Paris die Zukunft Europas auf Dauer gefährden kann. Wachstum in wissensbasierten Volkswirtschaften kann langfristig nur dort entstehen, wo es ausreichend gut ausgebildete junge Menschen gibt, erst recht in schrumpfenden Gesellschaften.

Braucht es also einen neuen Generationenvertrag? Ist das staatliche Pensionssystem überholt? Mangelt es vielleicht gar an der Solidarität zwischen den Generationen? „Wir brauchen keinen neuen Generationenvertrag, wir sollten uns lieber darum kümmern, dass der alte eingehalten wird. Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, sollten wir uns im Interesse der Jugendlichen gemeinsam

Solange der Streit andauert, ob die Jugendlichen oder die PensionistInnen weniger vom Sozialstaat bekommen sollen, wird geschickt davon abgelenkt, wo es wirklich was zu holen gäbe: bei den Reichen.



dafür einsetzen, dass es auch in Zukunft sichere Pensionen aus dem Umlagesystem gibt, denn nur das bietet sozialen Ausgleich,“ weiß Jürgen Michlmayr, Bundesvorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. „Das Gerede von der Unfinanzierbarkeit der Pensionen ist nichts als Panikmache und soll die jungen Menschen in die Arme der privaten Versicherer treiben. Die Verluste bei der zweiten und dritten Säule durch die Finanzkrise haben aber gezeigt, dass nur das staatliche Pensionssystem in der Lage ist, für eine verlässliche Alterssicherung zu sorgen.“

Wenn sich zwei streiten ...

Beschimpfen sich Alte und Junge gegenseitig als SozialschmarotzerInnen, spielen sie nur denjenigen in die Hände, die beiden Gruppen etwas wegnehmen wollen. Solange der Streit andauert, ob die Jugendlichen oder die PensionistInnen weniger vom Sozialstaat bekommen sollen, wird geschickt davon abgelenkt, wo es wirklich was zu holen gäbe: bei den Reichen.

Dabei ist doch offensichtlich: Fast alle gehören mal zu den GeberInnen und mal zu den NehmerInnen. Als Kinder, während der Ausbildung und in der Arbeitslosigkeit ist man NettoempfängerIn, im Erwerbsalter zahlt man in das Sozialsystem ein, und in der Pension gehören viele wieder zu denen, für die der Staat etwas zuschießt.

Die Einkünfte der „einfachen Menschen“ (inklusive Sozialleistungen) sind in Österreich sehr gut erfasst. Mit der Datenlage über den Reichtum im Land sieht es schon schlechter aus, Zahlen

über reiche Menschen und ihre Vermögen kennt man vor allem aus Rankings in Wirtschaftsmagazinen, wie die „Top 100 Reichen“ und ähnliche.

„Es macht keine einzige sozialstaatliche Leistung für junge Menschen sicherer, wenn man der älteren Generation die Pensionen zusammenstreicht oder Menschen, die sich krank gearbeitet haben, den Zugang zu Pensionen erschwert. Jung gegen Alt auszuspüren – von diesem inszenierten Konflikt profitieren nur diejenigen, die davon ablenken wollen, wo die eigentlichen Konfliktlinien verlaufen: zwischen Arm und Reich. Die Gesellschaft sollte sich zur Notwendigkeit von neuen Einnahmen für das Budget bekennen, also zu vermögensbezogenen Steuern und Erbschaftssteuern. Das Budgetdefizit ist nicht eine Folge von Sozialstaat und Pensionen. Erst die Wirtschaftskrise hat die Schulden explodieren lassen“, betont Jürgen Michlmayr. „Wenn wir den Jungen Sicherheit geben wollen, dann muss Schluss sein mit dem Schlechtreden der staatlichen Pensionsvorsorge. Denn die Finanzierbarkeit des Pensionssystems ist nicht nur eine Frage des politischen Willens, sondern auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit in Österreich. Da besteht eindeutig Nachholbedarf.“

Geschäftemacherei

„Kein Wunder, dass das ewige Krankjamern des öffentlichen Pensionssystems, das unter anderem auch von den Pensionskassen betrieben wird, irgendwann Auswirkungen auf die Meinung der jungen Menschen hat, die dann glauben, dass sie keine Pension mehr bekommen wer-

den“, meint auch Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, und er kritisiert „Geschäftemacherei, die auf Kosten des Vertrauens in die Altersversorgung“ gehe. Zusätzliche Steuerzuckerl für die private Vorsorge lehnt der ÖGB ab, denn davon würden nur diejenigen profitieren, die es sich leisten können, etwas anzusparen. „Staatliche Mittel müssen daher in die Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems fließen. Denn nur dieses bringt soziale Gerechtigkeit, denn man sammelt Versicherungsmonate auch dann, wenn man krank, arbeitslos oder in Karenz ist. Die Privaten verlangen dafür hohe Extraprämien“, so Achitz. Auch eine Mindestpension gebe es nur im öffentlichen System.

Lebensstandard sichern

Das Vertrauen in die Zusatzpensionen sei nicht ganz grundlos gesunken, sagt Achitz: „Die aktuellen Verluste bei der kapitalgedeckten 2. und 3. Säule zeigen deutlich, dass die gesetzliche Pensionsversicherung der einzige Garant für eine Existenzsicherung im Alter ist. Will man das Vertrauen der Menschen in die Altersvorsorge wieder herstellen, dann muss die gesetzliche Pensionsversicherung so gestaltet sein, dass sie den Lebensstandard der Menschen auf hohem Niveau sichert.“

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
dinomail@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Engagement der Erfahrenen

Wenn der Wecker nicht mehr täglich klingelt, bleibt Zeit, um sich für eine bessere Welt zu engagieren. „Global Generation“ lieferte dazu jede Menge Denkanstöße.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

So mitreißend, gefühlsbetont und spannend kann Erwachsenenbildung sein: „Das waren die besten Tage meines Lebens“, mit diesen Worten verabschiedeten sich ungarische Roma-Frauen nach einem dreitägigen Workshop des länderübergreifenden Projekts „Global Generation“. Persönliche Berichte über Südafrika hatten ihnen gezeigt, dass es sich lohnt, zusammenzuhalten, sich zu organisieren, zu fordern, politisch aktiv zu sein. Was können die Roma, die „Schwarzen Ungarns“, von den SüdafrikanerInnen lernen und umgekehrt? Über diese und ähnliche Fragen haben die Workshop-TeilnehmerInnen lange diskutiert.

Ältere sensibilisieren

Das Bildungsprojekt „Global Generation“ für und mit Menschen über 50 möchte globale Perspektiven aufzeigen, Ältere für die Prozesse der Globalisierung sensibilisieren, zum Nachdenken über Begriffe wie „Eine Welt“ und zum Handeln anregen. 2010 startete das von der EU geförderte Projekt in Zusammenarbeit mit der ungarischen BOCS Foundation, den beiden deutschen Organisationen Weltfriedensdienst und Brücke/Most-Stiftung sowie der österreichischen Südwind Agentur. Mit mehreren Workshops, Weiterbildungsmaßnahmen für MultiplikatorInnen sowie öffentlichen Veranstaltungen sollte der Begriff „Globales Lernen“ mit Leben gefüllt werden. „Natürlich stellt die Generation 50 plus

INFO & NEWS

Die beteiligten Organisationen:

BOCS Foundation, Ungarn: arbeitet seit 1975 zum Globalen Lernen, zu Gerechtigkeit, Frieden, Umweltschutz, internationaler Entwicklung, Menschen- und Frauenrechten sowie Familienplanung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

www.bocs.hu

Südwind Agentur, Österreich: setzt sich seit über 30 Jahren mit Aktionen, Kampagnen, Bildungsarbeit und dem gleichnamigen Magazin für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen ein.

www.suedwind.at

Weltfriedensdienst e.V., Deutschland: friedens- und entwicklungspolitische Organisation mit über 50 Jahren Erfahrung. Der WFD unterstützt Basisinitiativen in Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten. www.wfd.de

Brücke/Most-Stiftung, Deutschland: trägt seit 1997 zur Kooperation zwischen Deutschland und den ostmitteleuropäischen Ländern bei. Kulturelle Veranstaltungen, Bildungsangebote und Publikationen fördern die interkulturelle Verständigung.

www.bruecke-most-stiftung.de

Sinani – Programme for Survivors of Violence: Die südafrikanische NGO setzt sich in der Konfliktregion Kwa Zulu Natal für bessere Lebensbedingungen der Menschen ein. Hauptarbeitsbereiche sind Armutsbekämpfung, Aids und Friedensarbeit.

www.survivors.org.za

STEPS (Social Transformation and Empowerment Projects): südafrikanische gemeinnützige Organisation internationaler und südafrikanischer FilmemacherInnen, die Dokumentar- und Kurzfilme produzieren. Filmvorführungen, Informationsaustausch und gemeinsames Lernen über HIV/AIDS, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte sollen zur Eindämmung der HIV/AIDS-Pandemie im südlichen Afrika beitragen. www.steps.co.za

keine einheitliche Zielgruppe dar“, so die österreichische Projektverantwortliche Andrea Sommerauer von Südwind. „Auch in unseren Gruppen gab es unterschiedliche Biografieverläufe und verschiedene Ausbildungen, nicht alle waren in Pension.“ Was die meisten TeilnehmerInnen gemeinsam hatten: Sie waren bereits vor dem Projekt in verschiedenen Organisationen politisch

bzw. sozial engagiert. So wie Regina R., Hauptschullehrerin aus Bad Schallerbach, die schon im Weltladen mitgearbeitet hatte: „Ich stehe kurz vor der Pension und wollte für mich eine sinnvolle Betätigung abseits von Wellness und Babysitten finden. Tatsächlich habe ich durch Global Generation viel Neues kennengelernt.“ Zentrale Elemente des Projekts waren die dreitägigen Workshops,



Workshop 2010 in Innsbruck: Übersetzerin Katrin Miketta (Weltfriedensdienst), die südafrikanische Trainerin Kethokuhle Khuzwayo und Teilnehmerin Maria Baska.

die mehrmals pro Jahr in den jeweiligen Ländern stattfanden, sowie alljährliche Begegnungsworkshops, bei denen die TeilnehmerInnen aus Ungarn, Deutschland und Österreich gemeinsam arbeiteten. TrainerInnen der südafrikanischen Partnerorganisationen bereicherten die Module um eine weitere Perspektive. Unter dem Motto „gesellschaftliche Umbrüche“ wurden durch persönliche Berichte das Apartheid-System, dessen Auswirkungen und Ende, aber ebenso die Ereignisse rund um den Fall der Berliner Mauer (auch aus der Sicht der früheren DDR-BürgerInnen) wieder lebendig und dazu Fragen diskutiert: Was passiert nach einem gesellschaftlichen Umbruch? Wie gehen Menschen aus verschiedenen Ländern damit um? Ein anderes Mal wurden Strategien der Konfliktbearbeitung präsentiert und die TeilnehmerInnen konnten diese mit jenen ihrer Familien und ihrer Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen.

Lebenserfahrung zählt

Andrea Sommerauer: „Der Austausch zwischen den Teilnehmenden aus den verschiedenen Ländern war sehr bereichernd, obwohl sich die Sprache zum Teil als große Herausforderung erwies. Aber schließlich ist der Umgang mit Barrieren, die in der interkulturellen Dimension immer eine Rolle spielen, auch Teil des Programms.“

Susanne Loher von Südwind Oberösterreich war 2011 Kursleiterin bei den in Schloss Puchberg veranstalteten Workshops: „Alle fanden es sehr wohl-tuend, einmal in einer Runde von

Gleichaltrigen mit ähnlichen Interessen zu sein und mit diesen ihre Erfahrungen auszutauschen.“ Neue Netzwerke sind entstanden. Regina R.: „Ich habe eine Berlinerin kennengelernt, die als Au-pair-Großmutter unterwegs ist, eine andere Teilnehmerin arbeitet bei einem Hilfsprojekt in Afrika mit.“

Lebenslinien

In den Workshops wurde nicht nur geredet und diskutiert, sondern auch gemeinsam gekocht, gelesen oder Theater gespielt. Externe Referentinnen konnten im Rahmen der Workshop-Reihen aufgrund begrenzter Ressourcen nur sparsam eingesetzt werden: 2011 sprach Attac-Mitarbeiter und Buchautor Christian Felber zum Thema „Gemeinwohlökonomie“, 2012 referierte Simon Burtscher von der Anlaufstelle für MigrantInnen „okay“ über das Einwanderungsland Vorarlberg.

Ergänzend zu den Workshops wurde das Weiterbildungsprogramm „Globale Perspektiven. Veränderungen für das Land!“ speziell für MultiplikatorInnen, die mit älteren Menschen arbeiten, angeboten. In fünf dreitägigen Seminaren konnten die KursteilnehmerInnen lernen, Themen wie Entwicklungszusammenarbeit oder Verteilungsgerechtigkeit in ihren Arbeitsalltag zu integrieren und Veränderungsprozesse anzustoßen.

Das von der UNESCO im Jahr 2010 als „Dekadeprojekt Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnete Projekt wird Ende des Jahres abgeschlossen. Die im Rahmen von „Global Generation“ entstandene Wanderausstellung „Lebenslinien. Menschen

in Afrika und Europa“ kann auch danach noch gebucht werden. Die Ausstellung besteht aus 16 Kurzporträts von Workshop-TeilnehmerInnen im Alter von 51 bis 73 Jahren, die aus Deutschland, Österreich, Südafrika, Burkina Faso, Guinea, Senegal und Ungarn kommen.

Sie erzählen, was ihnen wichtig ist im Leben, wie sie mit gesellschaftlichen Veränderungen umgegangen sind und was sie sich für die Zukunft wünschen. Die Ausstellung wandert durch die teilnehmenden Länder (in Südafrika in englischer Sprache) und war unter anderem schon in Linz und Götztis zu sehen. Von 6. Oktober bis 16. Dezember 2012 macht sie Station im Museum Arbeitswelt in Steyr. Ab 2013 kann die Wanderausstellung für 80 Euro pro Woche noch gebucht werden.

Außerdem ist das umfangreiche Trainingsmaterial weiterhin erhältlich. Eine ausführliche Literatur- und Linkliste zu Themen der Entwicklungszusammenarbeit, Afrika, Globalisierung, Kultur, Krieg, gesellschaftlichem Umbruch, Geschichte und Alter finden sich auf der Website www.global-generation.org.

Internet:

Infos und Bestellung der Wanderausstellung:
andrea.sommerauer@suedwind.at
www.oneworld.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
afadler@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Pensionsdebatte neu denken

*Gerade in Krisenzeiten
ist ein stabiles und solidarisches Pensionssystem notwendig.*

Autor: John Evers

Historiker und Erwachsenenbildner

Über zwei Jahrzehnte ging die Pensionsdebatte nur in eine Richtung – nämlich die neoliberale. In der Medienlandschaft dominierten „Experten“, welche Reformen forderten und das staatliche Pensionssystem schlechtredeten. Vor allem von dieser Seite wurde bisher jeder auch noch so tiefe Einschnitt in unser gewachsenes Vorsorgesystem als unzureichend abgetan. Global betrachtet forcierten viele Länder sogenannte „Mischsysteme“ (Mehrsäulenmodelle). In manchen Staaten ging man einen Schritt weiter: Dort wurde die Pensionsvorsorge vollständig privatisiert, also auf private Pensionsfonds umgestellt. Auch in Österreich protegierte der Staat (vor allem unter Schwarz-Blau) zunehmend Modelle zur privaten Vorsorge durch Prämien bzw. steuerliche Begünstigungen. Doch dieser Trend entpuppte sich inzwischen als fataler Irrweg.

„Durch die Bank nicht positiv“

Eine aktuelle – von der AK Tirol beim VKI (Verein für Konsumenteninformation) in Auftrag gegebene – Studie wirft ein grelles Schlaglicht auf die Welt der privaten Vorsorgemodelle. Während die AnbieterInnen von der Prämiensumme neun Prozent an Provisionen kassieren (!), wird die Performance der Produkte bei utopischen sieben bis acht Prozent angenommen.¹ Nur 40 Minuten dauert durchschnittlich ein Beratungsgespräch über diese komplexe Materie. In 60 Prozent der Fälle wird dabei nicht einmal

thematisiert, ob sich der/die zu Versichernde die monatliche Prämie überhaupt leisten kann. Der Tiroler AK-Präsident Erwin Zangerl fällt in dieser Causa ein vernichtendes Gesamturteil: „Die Studie hat gezeigt, dass sich unsere Vorbehalte gegenüber privaten Pensionsvorsorgeprodukten leider bewahrheitet haben. In Wirklichkeit haben daran einige private Anbieter massiv verdient. Es wurde den ArbeitnehmerInnen permanent eingeredet, dass das staatliche Pensionssystem nicht ausreicht und private Zusatzpensionen als dritte Säule nötig sind. Das Fazit der Studie: Profitiert haben die Versicherer und nicht die Versicherten.“ Auch Studienautor Walter Hager stellt letztlich fest, dass sämtliche getestete Produkte als „durch die Bank nicht positiv“ einzustufen sind.

Alterssicherung und Finanzmarkt

Die Experten David Mum (GPA-djp) und Erik Türk (AK Wien) betrachten den Trend, die Alterssicherung den Finanzmärkten auszuliefern, generell als Fiasko.² Allein 2008 haben – laut OECD-Bericht – Pensionsfonds weltweit 23 Prozent ihres Werts verloren. In Schweden betrug dieser Verlust bei der kapitalgedeckten Säule des Pensionssystems sogar 34 Prozent. Während die unmittelbaren Verluste durch Leistungskürzungen oder hohe finanzielle Nachschüsse ausgeglichen werden müssen, setzt nur langsam ein Umdenken ein. So wurden in Ungarn oder in Argentinien Pensionsprivatisierungen zwar de facto zurückgenommen, vor allem auf internationaler Ebene haben aber laut

BUCHTIPP

Susanne Spreitzer

Gut versichert

VKI Verein für Konsumenteninformation, 2012,
132 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-99013-016-2



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Mum und Türk die „Proponenten einer Kapitaldeckung keine Lehren gezogen“. Weiter forciert zum Beispiel namentlich die OECD Modelle, bei welchen (private) Pensionsbeiträge auf dem Kapitalmarkt angelegt werden.

Keine Lehren gezogen

Besonders bemerkenswert erscheint, dass die OECD in der zitierten Studie („Pensions at a Glance“) zwar selbst einräumt, dass die Krise „umso größere Auswirkungen auf die Pensionen hat, je stärker auf Kapitaldeckung gesetzt wurde“. Gleichzeitig meint die Organisation an anderer Stelle jedoch, dass zumindest an Mischsystemen (Mehrsäulenmodellen) festzuhalten ist, um allgemeine Risiken besser zu verteilen, also – angeblich – zu mindern. Mum und Türk widersprechen vor allem dieser Annahme vehement: Jede Aufweichung des vergleichsweise stabilen Umlagesystems, also auch die nur teilweise Verlagerung auf die Märkte, erhöh(t)e die Instabilität. Umgekehrt begünstigt die Bindung



Es wurde den ArbeitnehmerInnen permanent eingeredet, dass das staatliche Pensionssystem nicht ausreicht und private Zusatzpensionen als dritte Säule nötig sind. Das Fazit der Studie: Profitiert haben die Versicherer und nicht die Versicherten.

von Sicherungssystemen an die Dynamik der Märkte sogar allgemein die Bildung von Finanzblasen bzw. verstärke sie die Wirkung von Krisen.

Mehr Risiko, mehr Entsolidarisierung?

Aber auch aus der unmittelbaren Perspektive durchschnittlicher BeitragszahlerInnen/PensionsbezieherInnen sind neben dem höheren Risiko noch weitere Aspekte zu beachten. So ist die Annahme höherer Renditen der kapitalgedeckten gegenüber (in der Regel staatlichen) Umlageverfahren empirisch nicht haltbar. In Österreich beispielsweise lag der Ertrag bei den (privaten) Pensionskassen zwischen 2001 und 2011 im Schnitt bei 2,1 Prozent pro Jahr. Die durchschnittliche Aufwertungszahl der Sozialversicherung befand sich in diesem Zeitraum allerdings bei 2,4 Prozent p. a., also über diesem Wert! Ebenso ist nicht jede/r in der Position, sich überhaupt eine zweite oder dritte Säule in der Pensionsvorsorge leisten zu dürfen bzw. zu können. Betriebliche Pensionskassen („zweite Säule“), welche durch Arbeitgeberbeiträge gespeist werden, betreffen nur bestimmte (Bruch-) Teile der Beschäftigten. So erhalten von 100 PensionistInnen nicht einmal vier Personen eine Zusatzpension aus der Pensionskasse. Gleichzeitig entfallen hier auf die obersten acht Prozent 49 Prozent des eingesetzten Kapitals. Private Zusatzpensionen müssen demgegenüber ohnehin von den ArbeitnehmerInnen selbst finan-

ziert werden. Die „dritte Säule“ steht daher real nur Menschen offen, die über ein entsprechendes monatliches Einkommen verfügen.

„Denn eines ist sicher: Für das Ziel, Ihren Lebensstandard im Alter zu erhalten, wird die staatliche Pension allein in Zukunft nicht mehr ausreichen.“ Trotz aller Erschütterungen der Pensionsfonds bewerben die großen privaten Anbieter noch immer derart ihre Produkte und profitieren weiter von real existierenden Ängsten in der Gesellschaft. Wenngleich die oft geäußerten Befürchtungen, „gar keine Pension mehr zu bekommen“, sicher übertrieben sind, weisen schließlich gerade gewerkschaftsnahe Expertinnen und Experten auf sinkende Lohnersatzraten hin. Daher machen sich auch die Interessenvertretungen zu Recht nicht nur Gedanken über die Risiken der Privatisierung, sondern auch über finanzielle Lücken im staatlichen Umlagesystem. Natürlich ist dieses – wie jedes andere Pensionssystem – von der Frage der Demografie/Alterung bzw. eigentlich der Erwerbsquote abhängig.

Früher in Pension, weniger Geld

Man solle in diesem Zusammenhang aber nicht so tun, als ob frühe Pensionsantritte einfach auf einer freien Entscheidung der/des Einzelnen beruhen, meint David Mum auf Nachfrage. Drei Jahre früher in Pension zu gehen könne inzwischen immerhin bis zu 23 Prozent weniger Geld bedeuten. Ebenso grotesk seien Behauptungen, dass sich „länger Arbeiten“ nicht auf den Arbeitsmarkt auswirke. Natürlich habe das Sinken des faktischen Pensions-

antrittsalters in den 1970er- und 1980er-Jahren den Arbeitsmarkt entlastet; es reiche ein Blick über unsere Grenzen, um das zu erkennen.

Letztlich geht es demnach auch um die gesellschaftspolitische Entscheidung, welcher Anteil am BIP insgesamt für Transferleistungen zur Verfügung gestellt wird. Ein Umlageverfahren verteilt nämlich nicht nur gerechter als private Systeme, sondern kann ebenfalls auf mehreren Säulen ruhen.

Soziale Sicherheit darf etwas kosten

In Österreich ist ein Bundesbeitrag aus Steuermitteln ein fester Systembestandteil. Genau hier setzen auch Mum und Türk an. Der Bundesbeitrag müsse nicht als Zuschuss zu einem defizitären System, sondern als bewusste Verbreiterung der Finanzierungsbasis betrachtet werden. Gerade in der Pensionsversicherung der Unselbstständigen bewege sich dieser zudem auf besonders niedrigem Niveau. Umgekehrt haben Gewerkschaften und AK gerade zum Thema Vermögenssteuern eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, deren Erlöse u. a. für einen höheren Bundesbeitrag verwendet werden könnten. Die Sicherung der Pensionen beruht demnach nicht nur auf einem Generationenvertrag oder der Erwerbsquote. Sie ist eben auch eine Verteilungsfrage.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
johnevers@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Vgl.: AK-Tirol/VKI: Studie zur privaten Pensionsvorsorge, 02/2012. tinyurl.com/czraycp

² David Mum, Erik Türk: Alterssicherung und Finanzmarktunruhen. Erscheint im Herbst 2012.

Kein Grund zur Panik

Die Perspektiven der öffentlichen Alterssicherung sind wesentlich besser, als uns viele weismachen wollen.

Autor: Josef Wöss

Leiter der Abteilung Sozialpolitik
der AK Wien

Können wir uns die Pensionen noch leisten? Wie wird das sein, wenn die Zahl der Älteren in Zukunft kräftig steigt? Leben die Älteren auf Kosten der Jugend? Derartige Fragen werden nicht nur von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, sondern auch an den Stammtischen heftig diskutiert. Da und dort gehen die Meinungen weit auseinander. Im Folgenden wird zuerst die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung seit 1970 beleuchtet. Beim Blick nach vorn steht anschließend kurz der bevorstehende demografische Wandel im Fokus. Abschließend werden die Finanzierungsperspektiven der öffentlichen Alterssicherung erörtert.

Pensionsausgaben 1970–2010

Zwischen 1970 und 2010 ist die Zahl der Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung ganz enorm in die Höhe gegangen, von 1,28 Mio. auf 2,22 Mio. Der Blick in die Statistik zeigt, dass es ganz gut gelungen ist, die dafür erforderlichen Ausgaben in Grenzen zu halten. Seit Mitte der 1980er-Jahre sind die Pensionsausgaben über lange Zeit nicht stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Erst mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen BIP-Einbruch 2009 war wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Auch der Bundesbeitrag ging mit der Krise deutlich in die Höhe. In der Krise nahm die gesetzliche Pensionsversicherung ihre Funktion

Vorausschätzung der öffentlichen Pensionsausgaben in Österreich					
	BIP real*	Pensionsaufwand Pensionsversicherung	Pensionsaufwand Beamte	Pensionsaufwand gesamt	Bundesmittel (PV + Beamte)
relativ zu BIP					
2010	284 Mrd. €	10,6 %	3,5 %	14,1 %	5,7 %
2020	339 Mrd. €	11,7 %	3,4 %	15,1 %	6,6 %
2030	387 Mrd. €	13,4 %	3,3 %	16,7 %	8,2 %
2040	444 Mrd. €	14,1 %	2,4 %	16,5 %	7,9 %
2050	509 Mrd. €	14,8 %	1,6 %	16,4 %	7,8 %
2060	579 Mrd. €	14,7 %	1,4 %	16,1 %	7,5 %

Quelle: EU Ageing Report 2012; BMF

* Geldwert 2010 / Annahme: BIP-Steigerung um durchschnittlich 1,43 % p. a.

als „automatischer Stabilisator“ wahr und trug damit ganz wesentlich dazu bei, einen noch schlimmeren Wirtschaftseinbruch zu verhindern. Die Tatsache, dass damit zwangsläufig (vorübergehend) auch ein höherer BIP-Anteil und ein höherer Bundesbeitrag einhergehen, wird in der „Spardiskussion“ im aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Umfeld oft übersehen. Erreicht wurde die weitgehende Stabilisierung der Ausgaben (relativ zum BIP) ab Mitte der 1980er-Jahre nicht zuletzt durch die zahlreichen seit damals durchgeführten Pensionsreformen. Viele dieser Reformen waren ganz klar darauf ausgerichtet, die Pensionen langfristig finanzierbar zu halten.

Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2000 kam ein weiteres Ziel ins Spiel. Vor allem mit der Reform 2003 wurde ein Systemwechsel angestrebt. „Weniger Staat, mehr privat“ war damals eine zentrale Losung, die die schwarz-blau-orangefarbene Regierung auch im Bereich der Pen-

sionen umzusetzen versuchte. Spätestens durch die Börseneinbrüche 2008/2009 wurde deutlich, dass die Gewerkschaften, die AK und die damaligen Oppositionsparteien gut beraten waren, sich dagegen mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist ohne Zweifel eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Nach den aktuellen Bevölkerungsvorausschätzungen der Statistik Austria wird in Österreich die Zahl der über 65-jährigen Menschen bis zum Jahr 2050 von derzeit 1,48 auf 2,64 Mio. ansteigen. Diese Änderung ist gewaltig und erfordert Anpassungen in vielen Bereichen. Leider verstellen irreführende Darstellungen oft den Blick auf angemessene Antworten in der Alterssicherung.

Sehr häufig wird z. B. aus dem steigenden Altenanteil abgeleitet, dass sich das Verhältnis zwischen PensionistInnen

und BeitragszahlerInnen im gleichen Ausmaß verschlechtern wird (müssen). Hier werden aber Äpfel mit Birnen vermengt, was sich mit dem in der AK Wien entwickelten „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ sehr gut darstellen lässt (siehe Türk/Wöss in A&W 10/2011).

Einer der verbreitetsten Fehler ist die Gleichsetzung von „im Erwerbsalter“ und „erwerbstätig“. Circa ein Drittel der Menschen im Erwerbsalter sind derzeit in Österreich nicht in Erwerbsarbeit. Das allein macht schon klar, dass der Anstieg der Pensionsquote (Verhältnis PensionistInnen/BeitragszahlerInnen) mit mehr und besseren Arbeitsplätzen massiv gedämpft und damit ein Gutteil des demografisch bedingten Kostenanstiegs abgefangen werden könnte.

Perspektiven der Alterssicherung

Wie alle anderen sozialstaatlichen Regelungen muss selbstverständlich auch die gesetzliche Pensionsversicherung den neuen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Sehr vieles ist bereits geschehen, anderes ist noch zu tun, z. B. die bessere soziale Abfederung unterbrochener Erwerbsverläufe zur Verbesserung des Leistungsniveaus vor allem bei vielen Frauen. Hauptsächlich muss aber auf den wirtschaftlichen Rahmen für eine gute Alterssicherung geachtet werden. Es geht dabei um Abbau der Arbeitslosigkeit, bessere Arbeitschancen für die Jugend, leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, besseren Gesundheitsschutz und wirksamere Invaliditäts-Prävention, Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze, faire Verteilung des erarbeiteten Wohlstands etc.

Deutlich besser als oft behauptet sind die Finanzierungsperspektiven der öffentlichen Alterssicherung. Die Langzeitprojektionen machen deutlich, wie überzogen viele Darstellungen sind. In der Tabelle „Vorausschätzung der öffentlichen Pensionsausgaben in Österreich“ finden sich die aktuellsten Gesamtrechnungen.

Die Werte zeigen, dass in der gesetzlichen Pensionsversicherung mit einem beträchtlichen Anstieg, parallel dazu aber bei den Beamtenpensionen mit einem deutlichen Rückgang des erforderlichen BIP-Anteils gerechnet wird. Die Kostenverschiebung zwischen Pensionsversicherung und Beamtenversorgung ergibt sich

vor allem aus den vielen Ausgliederungen aus dem öffentlichen Dienst und aus der reduzierten Zahl der Pragmatisierungen. Eine beträchtliche Kostensenkung bei der Beamtenversorgung entsteht darüber hinaus durch die langfristige Absenkung des Niveaus der Beamtenpensionen auf ASVG-Niveau.

Zu beachten ist, dass diese Prognoserechnungen unter der Annahme erstellt wurden, dass in den kommenden Jahren und Jahrzehnten keine Rechtsänderungen vorgenommen werden (Leistungsrecht, gesetzliches Pensionsalter, Beitragsätze etc. unverändert). Einkalkuliert ist lediglich das Wirksamwerden bereits beschlossener Rechtsänderungen wie z. B. Anhebung des „Regelpensionsalters“ der Frauen von 60 auf 65 ab dem Jahr 2023.

Weiters zu berücksichtigen ist, dass die Abschätzung der Kostenentwicklung auf Basis sehr vorsichtiger (pessimistischer) Wirtschafts- und Arbeitsmarktannahmen durchgeführt wurde. So liegt z. B. die von der österreichischen Regierung für das Jahr 2020 angepeilte Beschäftigungsquote höher als die in den Ausgabenprognosen angenommene Beschäftigungsquote für das Jahr 2050!

Pensionsansprüche finanzierbar

Eine nüchterne und unvoreingenommene Betrachtung zeigt, dass die immer wieder auftauchende Behauptung der künftigen Unfinanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsansprüche keine sachliche Fundierung aufweist.

Klar ist, dass eine hochwertige Alterssicherung viel Geld kostet und dass bei einem massiv steigenden Altenanteil an der Gesamtbevölkerung in Zukunft mit einem etwas höheren BIP-Anteil gerechnet werden muss. Wer die neuerdings in Mode geratene „Generationengerechtigkeit“ ernst nimmt, wird zu keinem anderen Ergebnis kommen können. Die Perspektiven der öffentlichen Alterssicherung in Österreich sind jedenfalls deutlich besser, als uns viele weismachen wollen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
josef.woess@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Sehr häufig wird aus dem steigenden Altenanteil abgeleitet, dass sich das Verhältnis zwischen PensionistInnen und BeitragszahlerInnen im gleichen Ausmaß verschlechtern wird (müssen). Hier werden aber Äpfel mit Birnen vermengt, was sich mit dem in der AK Wien entwickelten „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ sehr gut darstellen lässt.

Wachstum als Problemlöser?

Stetig auf Steigerungen des Bruttoinlandsprodukts zu schielen kann nicht die einzige Antwort auf die Krise sein.

Autor: Robert Stöger

Mitarbeiter im Bundeskanzleramt,
Sektion Koordination

Die betroffenen Reaktionen auf den Konjunkturreinbruch des heurigen Jahres und die immer lauter werdenden Rufe nach Wachstumsankurbelung zeigen es. Noch immer gilt ein einziger Indikator, nämlich das BIP-Wachstum, also die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts, als Zielgröße (wirtschafts-)politischen Handelns und als Ausweis für dessen Erfolg. Wenn auch mittlerweile mit Adjektiven wie „intelligent, nachhaltig und integrativ“ („Europa 2020“) versehen, ist dies eine sehr undifferenzierte Maßzahl, die nicht zwischen Wünschenswertem und Abzulehnendem unterscheidet. Mit dem kategorischen „Mehr Wachstum!“ wird jede Diskussion über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Wirtschaftswachstum ebenso wie die Frage nach seinem überhaupt noch erreichbaren Ausmaß in den Hintergrund gedrängt.

Dabei soll nicht behauptet werden, dass kein oder nur schwaches Wirtschaftswachstum nicht eine Reihe von Problemen mit sich bringt. Augenscheinlichstes Beispiel ist die zurzeit in ganz Europa steigende Arbeitslosigkeit. Natürlich sind auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Herausforderungen des demografischen Wandels in Zeiten einer boomenden Konjunktur leichter zu bewältigen als in der aktuellen Flaute. Dass global gesehen in vielen Ländern die Volkswirtschaften zu wenig leistungsfähig sind, um elementare Bedürfnisse der gesamten Bevölke-

rung befriedigen zu können, und daher wachsen müssen, soll ebenfalls außer Zweifel gestellt werden.

Dennoch wäre es schon allein aus Gründen der offensichtlich schrumpfenden Wachstumspotenziale hochentwickelter Volkswirtschaften angebracht, ihre Orientierung an und ihre Abhängigkeit von hohem BIP-Wachstum zu hinterfragen. Die WirtschaftsforscherInnen gehen zwar von einer leichten Erholung der Konjunktur ab 2013 aus, die angestrebte und als notwendig erachtete Dynamik lässt sich jedoch nicht erkennen. Das Institut für Höhere Studien (IHS) beispielsweise erwartet in seiner jüngsten mittelfristigen Prognose für die Jahre 2012 bis 2016, dass in diesem Zeitraum das österreichische BIP pro Jahr um nicht mehr als 1,7 Prozent und damit um ein Drittel langsamer als im Durchschnitt der drei Jahrzehnte vor 2009 wachsen wird. Berücksichtigt man zusätzlich die in der Finanz- und Wirtschaftskrise entstandenen Verluste an Wirtschaftsleistung, wird zwischen 2008 und 2016 die durchschnittliche Wachstumsrate nur halb so hoch wie in der Vergangenheit sein.

Bescheidene Wachstumsaussichten

Österreich steht damit in der industrialisierten Welt nicht allein. Aufgrund der bekannten Probleme sind die Wachstumsaussichten des gesamten Euro-raumes zumindest auf einige Jahre hinaus bescheiden, und Österreich wird hier in Zukunft sogar zu den überdurchschnittlich wachsenden Ländern zählen. Die japanische Wirtschaft ist schon in

den letzten zwanzig Jahren nur noch um weniger als ein Prozent pro Jahr gewachsen und hat keine besseren Perspektiven als Europa. Auch die Dynamik der US-Ökonomie hat nachgelassen. Es wäre also Zeit für einen Plan B, der nicht allein auf Wachstum setzt und zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung als Beiträge zur Lösung der Beschäftigungs- bzw. Verschuldungsfrage ernsthaft ins Spiel bringt.

Generation Praktikum

Selbst ein hohes und rasch wachsendes BIP löst nicht automatisch soziale Probleme. Die „Generation Praktikum“ etwa ist bereits in Zeiten der Hochkonjunktur entstanden. Bei der Armut in reichen Gesellschaften handelt es sich nicht um die Folge eines absoluten Mangels an Gütern und Dienstleistungen. Sie ist ebenso wie die sinkende Lohnquote eine Verteilungsfrage. Daher nützt es beispielsweise einem US-Amerikaner der untersten Einkommensgruppe nichts, in einem Land mit einem doppelt so hohen Pro-Kopf-BIP zu leben wie ein vergleichbarer Bürger Tschechiens. Er verfügt absolut über kein höheres Einkommen als dieser.

Spätestens seit dem ersten Bericht des „Club of Rome“ aus den 1970er-Jahren wissen wir auch, dass in einer begrenzten Welt mit endlichen Vorräten an natürlichen Ressourcen dem Wirtschaftswachstum Grenzen gesetzt sind. Diese können zwar über **Substituierung** nicht erneuerbarer durch erneuerbare Rohstoffe und Energieträger, Effizienzsteigerungen bei ihrer Nutzung und

Vor allem seit dem Erdölshock der 1970er-Jahre konnte mit technologischen und nicht-technologischen Innovationen eine relative Entkoppelung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum erzielt werden, absolut ist jener aber gestiegen.



Umweltschutzmaßnahmen hinausgeschoben, aber nicht gänzlich aufgehoben werden. Vor allem seit dem Erdölshock der 1970er-Jahre konnte mit technologischen und nichttechnologischen Innovationen eine relative Entkoppelung des Energie- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum erzielt werden, absolut ist jener aber gestiegen. Auch beißt sich die Katze in den Schwanz: Die Verteuerung des Erdöls war eine der wichtigsten Ursachen für die in den 1970er-Jahren langfristig geringer gewordenen Wachstumsraten. Steigende Nachfrage durch Wachstum führt aber tendenziell zu höheren Preisen und alternative Energieformen sind in der Regel teurer als konventionelle. Insofern harren auch die von den **ProponentInnen** der „Green Economy“ für die gesamte Volkswirtschaft in Aussicht gestellten Wachstumsimpulse durch Umweltinvestitionen der praktischen Erprobung. Zu bedenken ist dabei außerdem, dass die österreichische Volkswirtschaft heute doppelt so leistungsfähig ist wie zu Beginn der 1980er-Jahre, daher auch der doppelte zusätzliche Output an Gütern und Dienstleistungen zur Erzielung der gleichen Wachstumsrate notwendig ist.

Nachhaltige Entwicklung

Fragen des Wirtschaftswachstums und seiner Ausgestaltung waren von Anfang an Teil globalen Diskurses über nachhaltige Entwicklung. Er erlebte 1987 mit dem Bericht der „**Brundtland-Kommission**“, der die bisher wohl am weitesten

verbreitete und akzeptierte Definition enthält, einen ersten Höhepunkt. Danach ist eine Entwicklung nachhaltig, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heute lebenden Generationen befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen. Damit wurde die Nachhaltigkeitsdiskussion aus der ökologischen Ecke herausgeführt und die soziale (gesellschaftlicher Ausgleich und Zusammenhalt) und ökonomische (Funktionsfähigkeit der Wirtschaft) Dimension einbezogen, aber auch die Verträglichkeit von Wirtschaftswachstum oder Nicht-Wachstum mit anderen Zielsetzungen zum Thema gemacht. Gleichzeitig drückt diese Formel aus, dass nachhaltige Politik auch immer auf die Interessen der jeweils jüngeren Generationen Rücksicht zu nehmen hat. Darauf gründet die Nachhaltigkeitsstrategie der EU aus dem Jahr 2006, die allerdings in der Praxis gegenüber der Wachstums- und Wettbewerbsstrategie „Europa 2020“ klar zweitrangig ist, ebenso wie jene der österreichischen Bundesregierung aus dem Jahr 2002, deren aktualisierte und überarbeitete Fassung noch heuer vom Ministerrat beschlossen werden soll.

Der Wachstumdiskurs hat im Jahr 2007 durch die vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy installierte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ der Ökonomen **Stiglitz, Sen** und **Fitoussi** und die darauf aufbauenden Initiativen von EU und OECD – zuletzt auch von der Statistik Austria – ent-

scheidende Impulse erhalten. Ihnen ist das Ziel gemeinsam, über das BIP hinausgehend wirtschaftliche, soziale und ökologische Indikatoren zur Messung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt zu entwickeln.

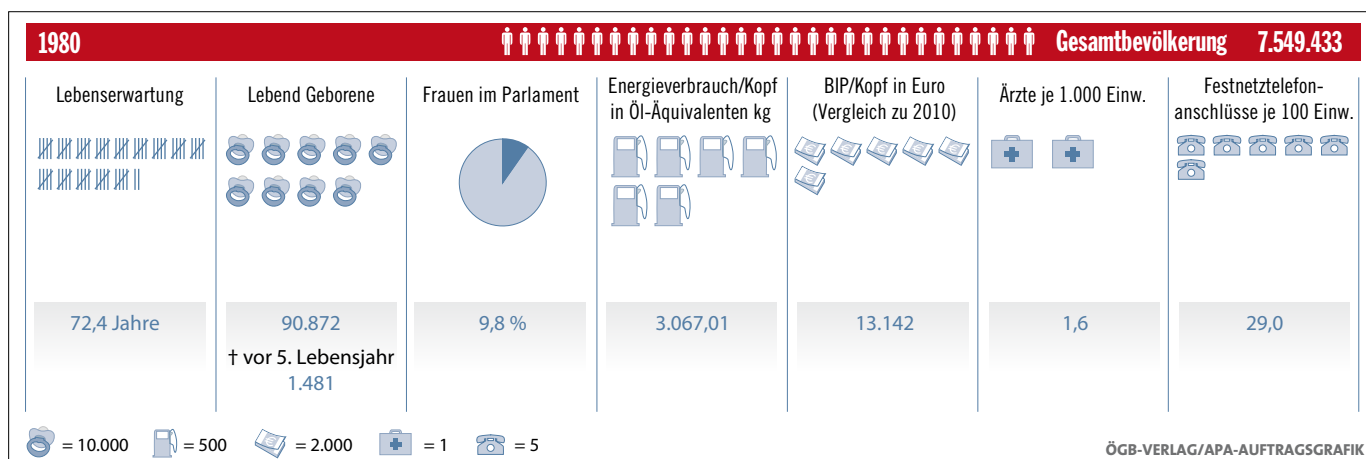
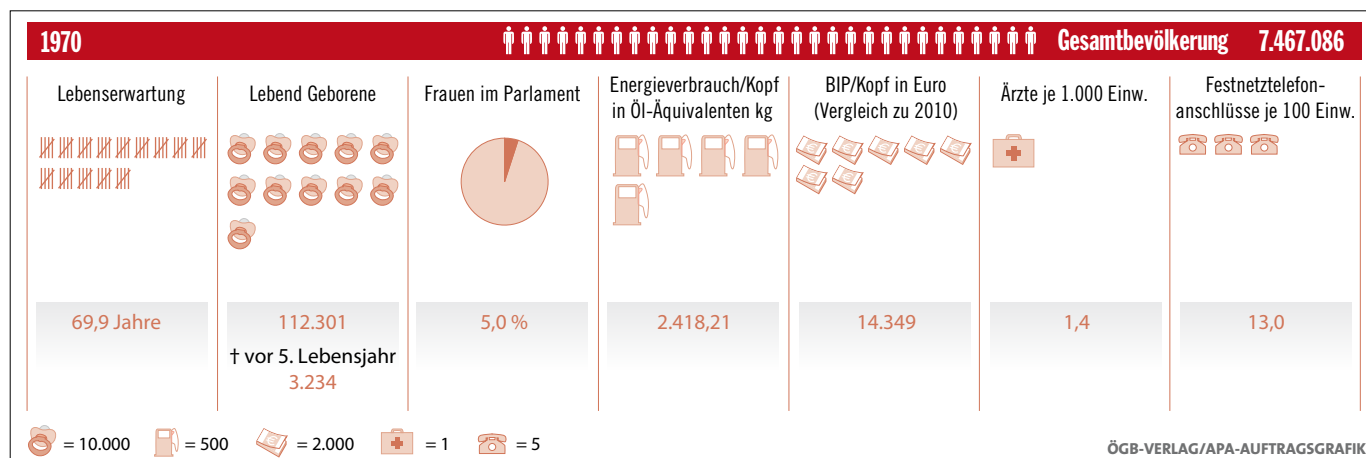
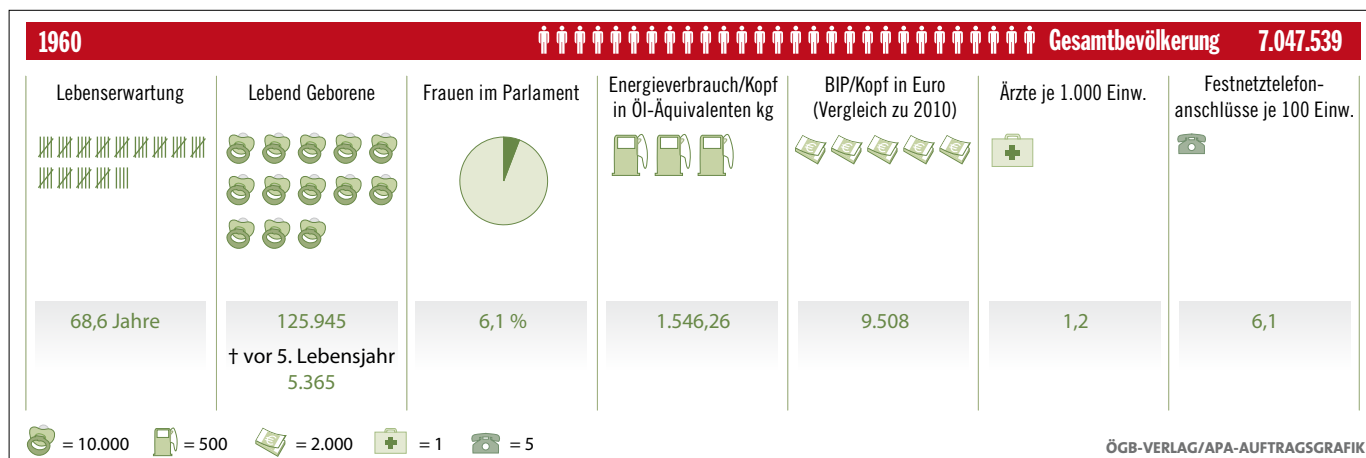
Paradigmenwechsel notwendig

Diese Projekte und der Nachhaltigkeitsdiskurs könnten auch zu einer rationaleren Haltung gegenüber dem Wirtschaftswachstum beitragen. Es sollte weder verdammt und regulativ einzudämmen versucht werden, wie es radikale VertreterInnen der „Steady State Economy“ fordern, noch als unverzichtbares Instrument zur Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme oder gar als prioritäres Ziel der Wirtschaftspolitik betrachtet werden. Notwendig ist vor allem ein differenzierterer Wachstumsbegriff, der nicht allein von den Marktkräften bestimmt werden kann, und seine Einbettung in eine ganzheitliche Sicht menschlicher Entwicklung. Voraussetzung dafür ist ein Paradigmenwechsel auf Basis eines gesellschaftlichen Dialogs. Dieser wird nicht nur auf österreichischer, sondern auch auf europäischer Ebene geführt werden müssen.

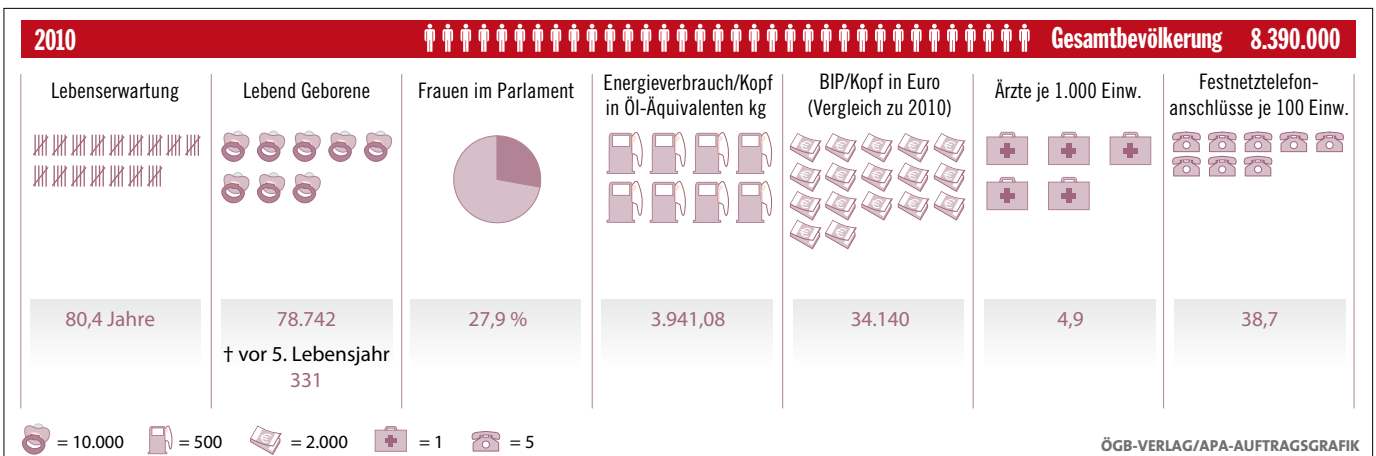
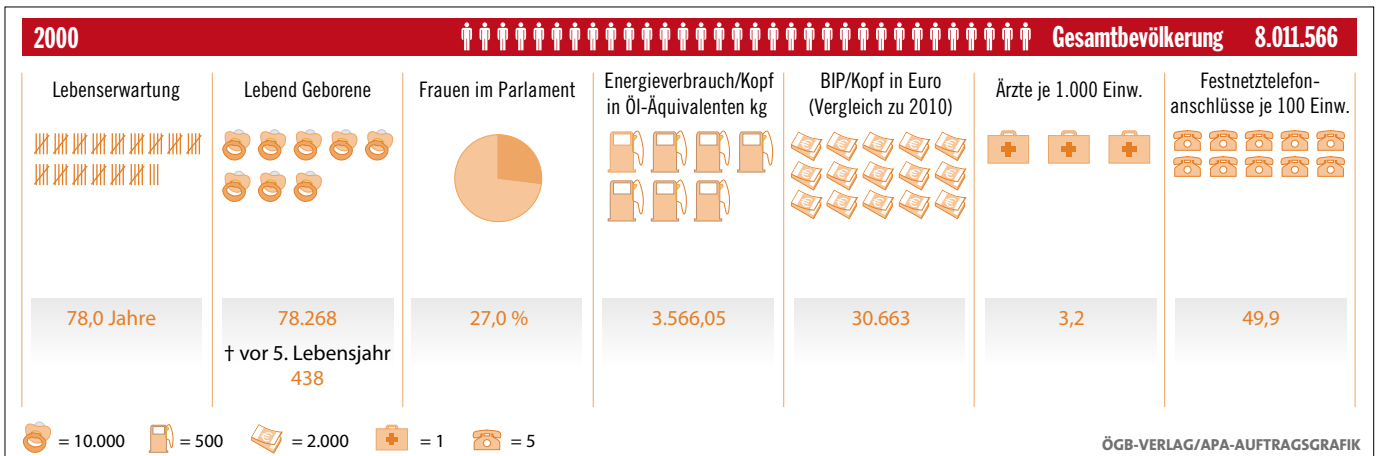
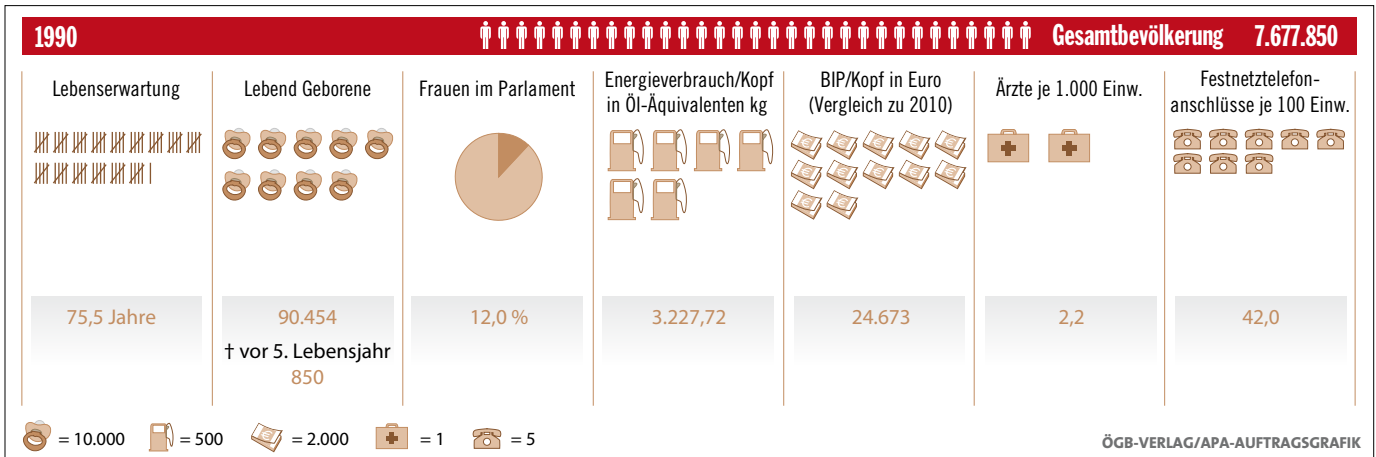
Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
robert.stoeger@bka.gv.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

In den letzten 50 Jahren hat sich in unserem Heimatland viel verändert. Nicht nur, dass Österreich um mehr als eine Million mehr EinwohnerInnen hat, die Lebens-



erwartung ist um mehr als zehn Jahre gestiegen. Allerdings kommen weniger Kinder zur Welt – die Zahl der Neugeborenen ist von fast 126.000 im Jahr 1960 auf nur mehr rund 78.000 im dritten Jahrtausend gesunken. Und während es vor 50 Jahren nur einen Arzt pro Tausend EinwohnerInnen gab, sind es heute fünf. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht.



Geschichte ist nicht nur Vergangenheit, sondern Zukunft

Theodor Körner Fonds und „Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten“.

Autor: Klaus-Dieter Mulley

Geschäftsstelle des Theodor Körner Fonds

Ich habe mir diesen Tag gewünscht“, mit diesen Worten begrüßte Bundespräsident Heinz Fischer am 2. Mai 2012 rund 200 SchülerInnen, LehrerInnen und Ehrengäste zur feierlichen Preisverleihung des „Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten“ in der Wiener Hofburg. Der Bundespräsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass zum Verständnis der Gegenwart und zukünftiger Entwicklungen ein kritischer Blick auf die Vergangenheit unumgänglich sei. Und Bundesministerin Dr. Claudia Schmied unterstrich dies mit dem bekannten Zitat „Wer nicht bereit ist, aus der Vergangenheit zu lernen, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

SchülerInnenwettbewerb 2011

Der 2011 erstmals durchgeführte Geschichtswettbewerb wurde von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb vom Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien, mit Unterstützung des BMUKK und des ORF, ins Leben gerufen und wird nunmehr jährlich ausgeschrieben. Meinrad Rauchensteiner hat im Auftrag des Herrn Bundespräsidenten gemeinsam mit Oliver Rathkolb angeregt, die Geschäftsstelle des Theodor Körner Fonds (TKF) mit der Abwicklung des „Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten“ zu betrauen.

SchülerInnen von Berufsbildenden und Polytechnischen Schulen, AHS und BMHS sollten sich bei dem 2011 zum

ersten Mal ausgeschriebenem Wettbewerb unter der Mitwirkung von Begleit-lehrerInnen mit dem Thema „Zwischen Gewalt und Hoffnung: Kriegsende und Wiederaufbau der II. Republik 1945“ kritisch forschend beschäftigen und im regionalen, lokalen und familiären Umfeld recherchieren. Gefragt waren bebilderte Dokumentationen sowie Videos oder Radioreportagen.

Es winkten Preisgelder in der Höhe von bis zu 2.500 Euro sowie zwei Spezialpreise des ORF (Einführung in die Film- und Reportagetechnik). Darüber hinaus: Im Juni 2012 erhielten die PreisträgerInnen eine Einladung zur Teilnahme an einem Workshop der von der deutschen **Koerber-Stiftung** organisierten „EUSTORY Youth Academies 2012“ (www.eustory.eu).

Es war ein unerwartet großer Erfolg, dass bereits beim Start des Geschichtswettbewerbs 35 ausgezeichnete Arbeiten eingingen, sodass der Fachjury aus WissenschaftlerInnen, LehrerInnen sowie Medienexpertinnen und -experten unter dem Vorsitz von Oliver Rathkolb die Beurteilung nicht leicht fiel. Alle Arbeiten konnten den von BM Dr. Claudia Schmied formulierten Anspruch, einen „Anstoß zu historisch-forschendem, intergenerationellem Lernen“ zu geben, erfüllen. In den letztlich preisgekrönten Arbeiten näherten sich die SchülerInnen auf vielschichtige und ungemein kreative Weise mit höchster wissenschaftlicher Akribie der Besatzungsrealität, wobei sie von ihrem unmittelbaren Umfeld ausgehend in gedruckten und ungedruckten Quellen forschten, Museen und Archive be-

INFO & NEWS

Der **Theodor Körner Fonds** wurde im Jahr 1953 anlässlich des 80. Geburtstages des damaligen Bundespräsidenten Theodor Körner gestiftet. Seitdem werden jährlich herausragende Arbeiten aus Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Damit werden junge WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen gefördert, die schon jetzt exzellente Arbeit leisten und von denen noch weitere innovative Arbeiten erwartet werden können.

Online-Bewerbung:
www.theodorkoernerfonds.at

suchten sowie Zeitzeuginnen und -zeugen befragten.

Preisgekrönte Arbeiten 2011

SchülerInnen einer Berufsschule in Wien Meidling beschäftigten sich mit der Zuckerbäckerei 1945–1948, studierten Quellen, backten Rezepte nach und erstellten einen packenden 15-minütigen Audio-Beitrag. Die polytechnische Schule in Ried/Innkreis befasste sich im Rahmen professionell durchgeführter Oral History mit Kriegsende und Wiederaufbau im Innviertel und spielte in dem hervorragenden Videobeitrag „The life of Ida and her mother“ einzelne Szenen nach. Die Versorgungslage der Wiener Bevölkerung 1945 – recherchiert in einem Wiener SeniorInnenheim – stand im Mittelpunkt eines Textbeitrages der Berufsschule Wien 15. In Kirchdorf/Krems konnten auf Grundlage bislang unerschlossener Quellen und Interviews bis heute unbe-



Die stolzen jungen PreisträgerInnen mit Bundesministerin Claudia Schmied, Bundespräsident Heinz Fischer und dem Beiratsvorsitzenden des Theodor Körner Fonds, Oliver Rathkolb.

kannte „Fluchtgeschichten“ recherchiert werden. In einer klassenübergreifenden Projektarbeit erstellten Oberwarter SchülerInnen einen literarisch anspruchsvollen zwei- bzw. dreisprachigen Textbeitrag in Briefform. Kremser AHS-SchülerInnen stellten sich die Frage, ob die „Mär vom bösen Russen“ der Realität entsprach. Der noch immer tabuisierten Rolle der Partisanen in Südkärnten gingen SchülerInnen der Caritas Fachschule für Sozialberufe in Klagenfurt nach, indem sie jene Menschen befragten, die sie täglich betreuen. Sie lernten dadurch auch ihre Pflegelinge weit besser zu verstehen. Ein umfangreicher Textbeitrag über die Nachkriegszeit im Murtal von Fohnsdorfer SchülerInnen und ein ausgezeichnete Videobeitrag von Wiener GymnasiastInnen dokumentieren eindrucksvoll, wie spannend und lehrreich Geschichte dargestellt werden kann.

Geschichtswettbewerb 2012

Das Thema des „Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 2012“ wird Fragen zur österreichischen Identität nach 1945 im europäischen Kontext zum Inhalt haben. Mit „Identität einer Gruppe“ bezeichnet man die Summe von Vorstellungen und Werten, die eine Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit einer Gruppe stärken, aber auch eine Abgrenzung von anderen Gruppen vornehmen. Welche kulturellen Wurzeln verbinden die ÖsterreicherInnen? Sind es Kultur, Geschichte, sogenannte „gemeinsame Werte“, die Neutralität oder der gemeinsame Staat? Wie wurden und werden Minderheiten, (frühere) „GastarbeiterInnen“, MigrantInnen und Asy-

lantInnen integriert? Können, dürfen Sie sich als ÖsterreicherInnen fühlen, die stolz auf ihr Land sind? Welche Rollen spielen neben der österreichischen die regionalen Identitäten in den Bundesländern (z. B. „Ich bin TirolerIn“), welche Bedeutung hat insbesondere aber auch das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa?

Wie kann diese Entwicklung einer österreichischen Identität im Wiederaufbau nach 1945 erklärt werden? Mit welchen Mitteln und Methoden wurde die österreichische Identität konstruiert? Welche Bedeutung kommt dabei der nationalen bzw. regionalen Identität von Minderheiten, MigrantInnen oder AsylantInnen zu? Welchen Stellenwert hat eine „europäische Identität“ in unserem Land? Solche Fragestellungen sollen helfen, ein schwer fassbares Phänomen zu erklären, das die Entwicklung von nationaler Identität, sogenanntem „Heimatgefühl“ und europäischem Bewusstsein umfasst.

Grabe, wo du stehst

Diesen und ähnlichen Fragen gilt es in einer Gruppenarbeit mit BegleitlehrerInnen im familiären, lokalen oder regionalen Umfeld nachzugehen. Familien- oder Einzelschicksale, SchulfreundInnen mit Migrationshintergrund, aber auch Orts- oder Bezirksgeschichten bieten Stoff für Antworten. „Grabe, wo Du stehst“, meinte bereits 1978 Sven Lindquist und löste damit die Bewegung der „Geschichtswerkstätten“ aus. Im September 2012 wird die offizielle Ausschreibung per Erlass des BMUKK erfolgen. Die Einreichungen

erfolgen online über das Portal des Theodor Körner Fonds („SchülerInnenwettbewerb“). Einsendeschluss ist der 15. März 2013. Die Verleihung wird am 27. April 2013 – dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Provisorischen Staatsregierung Renner 1945 – in der Hofburg von Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesministerin Claudia Schmied vorgenommen werden.

Alle Familien mit SchülerInnen in den angegebenen Schultypen sind aufgefordert, die Lehrpersonen bezüglich einer Teilnahme am SchülerInnenwettbewerb 2013 zu kontaktieren. Denn: Gerade in (Wahl-)Zeiten, in denen populistische Parolen die Runde machen und SchülerInnen mit 16 Jahren bereits zur Wahlurne schreiten, ist die kritische Beschäftigung mit Fragen des „Wirkgefühls“ und seiner oft fatalen Verkehrung nicht nur ein Beitrag zur politischen Bildung, sondern entscheidend für die zukünftige Entwicklung. TKF-Kuratoriumspräsident Herbert Tumpel betont denn auch: „Die intensive Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer sozial gerechteren Zukunft.“

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/bvh27mv

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
klaus.mulley@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Quo vadis, Italia?

*Der italienische Sozialpakt regelte die Arbeitsbeziehungen seit 1993.
Während der Wirtschaftskrise hat sich viel verändert.*

Autor: Michael Mesch

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, Geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“

Italien ist wie die anderen südeuropäischen Mitglieder des Euroraums besonders von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Dort erfolgten Reformen, welche das bestehende Kollektivvertragssystem in gewissem Maße veränderten. Nach wie vor gehen wichtige institutionelle Merkmale der italienischen Arbeitsbeziehungen aber auf den dreiseitigen Sozialpakt vom Juli 1993 zurück. Manche BeobachterInnen bezeichnen dieses Abkommen, welches die Regierung sowie die großen Gewerkschaftsbünde (CGIL, CISL, UIL) und Arbeitgeberdachverbände unterzeichneten, als eine durch Selbstregulierung zustande gekommene Art von „Arbeitsverfassung“.

Der Sozialpakt 1993

Im Kern beinhaltet dieser Sozialpakt eine wettbewerbsorientierte Einkommenspolitik, eine grundlegende Neuordnung des KV-Systems und die Anerkennung der RSU als betriebliche Vertretung der Beschäftigten. Die Paktparteien vereinbarten, zweimal im Jahr über Einkommens- und Wirtschaftspolitik zu beraten, vor allem über die angestrebte Inflationsrate als wichtigste Richtlinie für die zweijährliche Anhebung der Mindestlöhne in den Branchenkollektivverträgen.

Das KV-System bestand fortan aus zwei Verhandlungsebenen mit klar defi-

nierten Kompetenzen: den nationalen Branchen-KV-Verhandlungen und den Verhandlungen in den Betrieben bzw. – in den Branchen, wo KMU dominierten – auf regionaler Ebene.

Die Aufgabe der Branchen-KVs bestand darin, landesweit geltende Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen sowie jene Inhalte zu bestimmen, die an die dezentralen Kollektivverträge delegiert werden sollten, v. a. effizienz- und ertragsabhängige Lohnzuschläge.

Eine Einheitliche Gewerkschaftsvertretung (RSU) kann in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten eingerichtet werden. Die Initiative zur Errichtung geht von den Gewerkschaften aus. Im privaten Sektor werden zwei Drittel der Mitglieder von der gesamten Belegschaft gewählt, ein Drittel wird von den Gewerkschaften ernannt. Die RSU handeln im Rahmen des zweistufigen KV-Systems die Betriebskollektivverträge aus und sind Träger von Informations- und Konsultationsrechten.

Es herrscht in Italien breite Übereinstimmung darüber, dass der Sozialpakt von 1993 wesentlich dazu beigetragen hat, dass das Land die Kriterien für die Teilnahme an der dritten Stufe der Währungsunion ab 1999 erfüllen konnte.

Reformbedarf

Die Diskussionen über Reformen des 1993 etablierten KV-Systems intensivierten sich 2008, nicht zuletzt angesichts der globalen Rezession.

Aus Gewerkschaftssicht bestand Anpassungsbedarf v. a. in drei Bereichen:

- 1.** Für große Teile der Beschäftigten blieb die Tariflohnentwicklung immer wieder hinter der Teuerung zurück.
- 2.** Die schwache Lohnentwicklung war unter anderem eine Folge des geringen Deckungsgrades dezentraler Kollektivverträge.
- 3.** Rechtsunsicherheiten bestanden in Bezug auf Branchen-KVs, die nicht von allen relevanten Gewerkschaftsverbänden unterzeichnet wurden, und in Bezug auf die Allgemeinverbindlichkeit von Betriebs-KVs (auch für Mitglieder von Minderheitengewerkschaften, die dem Betriebs-KV nicht zugestimmt hatten).

Die Arbeitgeberseite forderte weitere kollektivvertraglich vereinbarte Arbeitsmarktflexibilisierung, zumindest in der Form von Öffnungsklauseln in den Branchen-KVs.

Rahmenabkommen 2009

2009 schlossen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsbünde ein auf vier Jahre befristetes, experimentelles „Rahmenabkommen über die Reform der KV-Struktur“ ab, das den Pakt von 1993 modifizierte. Die Regierung unterzeichnete in ihrer Funktion als Arbeitgeberin. Der größte Gewerkschaftsbund CGIL lehnte das Abkommen allerdings ab.

Angesichts der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und des Leistungsbilanzdefizits wurde darin weiterhin eine moderate Lohnentwicklung angestrebt: Richtlinie für die Erhöhung der Mindestlöhne in den Bran-

Italien ist wie die anderen südeuropäischen Mitglieder des Euroraums besonders von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. Dort erfolgten Reformen, welche das bestehende Kollektivvertragssystem in gewissem Maße veränderten.



chen-KVs war nun die prognostizierte Veränderung des Preisindex der EU, abzüglich der Preiseffekte von Energieeinführen. Sollte die tatsächliche die prognostizierte Inflation übertreffen, würde am Ende der Laufzeit (nun drei Jahre) automatisch (d. h. ohne zusätzliche Verhandlungen) ein Lohnausgleich erfolgen. Abgestimmte Einkommenspolitik, von den Berlusconi-Regierungen ohnehin nicht praktiziert, fand nicht mehr statt. Für Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebs-KV sollten die Branchen-KVs Kompensationszahlungen vorsehen. Die VerhandlerInnen auf Branchenebene erhielten die Möglichkeit, Öffnungsklauseln zu vereinbaren, welche unter bestimmten Umständen dezentralen Kollektivverträgen Abweichungen nach unten erlaubten. Derartige Regelungen waren den Parteien des Branchen-KV zur Zustimmung vorzulegen, es handelt sich also immer noch um eine kontrollierte Form der Dezentralisierung.

Die KV-Verhandlungen 2009–2011 belegen die Wirksamkeit des Rahmenabkommens. Trotz der Ablehnung durch die CGIL wurden fast alle Branchen-KVs von allen Gewerkschaften, also auch den betreffenden CGIL-Verbänden, unterzeichnet.

Sozialpartnerpakt 2011

Im Juni 2011 einigten sich die drei großen Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL sowie der Arbeitgeberdachverband Confindustria auf ein interkonföderales Abkommen über Reformen des KV-Systems: Die größten Sozialpartner-

verbände zogen es vor, die lange unbefriedigend gelöste Frage der Tariffähigkeit von Gewerkschaften selbst zu regeln. Zum Abschluss von Branchen-KVs berechtigt sind demgemäß nur repräsentative Gewerkschaften, solche, die in der jeweiligen Branche landesweit mehr als fünf Prozent der Beschäftigten organisieren. Betriebs-KVs sind dann für alle Beschäftigten gültig, wenn sie von einer Mitglieder Mehrheit der betreffenden RSU unterzeichnet wurden.

Sie können vom Branchen-KV nach unten abweichen, sofern dieser eine Öffnungsklausel enthält. Falls nicht, können in Bezug auf Arbeitsorganisation, -leistung und -zeit nach unten abweichende Regelungen getroffen werden, wenn es darum geht, Krisensituationen zu meistern oder signifikante Investitionen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigung des Unternehmens zu tätigen. Voraussetzung dafür ist die Herstellung des Einvernehmens zwischen der betreffenden RSU und den zuständigen regionalen Verbänden der Konföderationen. Die Sozialpartner appellierten an die Regierung, die steuer- und abgaberechtlichen Vergünstigungen für die auf Betriebs-KVs beruhenden Zusatzlöhne, die von der Erreichung betrieblicher Ziele hinsichtlich Produktivität usw. abhängen, beizubehalten oder auszubauen.

Das Gesetz 148/2011, das Mitte September 2011 noch auf Initiative der Berlusconi-Regierung beschlossen wurde, ermöglicht Betriebs-KVs unter bestimmten Bedingungen noch breitere Abweichungen nach unten vom Bran-

chen-KV und vom Arbeitsgesetz (!). Die Bedeutung dieser gesetzlichen Bestimmung wird freilich erst durch die folgende Rechtsprechung geklärt werden müssen. Der Bundessekretär der UIL wies darauf hin, dass das Erfordernis der Zustimmung vonseiten der repräsentativen Gewerkschaften eine Garantie gegen die missbräuchliche Verwendung der Öffnungsklauseln sei.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes bewiesen die Sozialpartner mit dem Abkommen ihre Handlungsfähigkeit und ihren Willen, an der Problemlösung konstruktiv mitzuwirken.

Die Zukunft wird sich weisen

Der Abschluss kam zu einem Zeitpunkt, als die Regierung Berlusconi unter dem Druck internationaler Finanzakteure und der EU drastische budgetäre Kürzungen durchsetzte, ohne vorher die Sozialpartner zu konsultieren. Ob die Fachleute- und Übergangsregierung Monti (bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 2013) die Kooperation der Sozialpartner suchen wird, um die Fülle der anstehenden Probleme anzugehen, wird sich weisen.

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/9kt2urk

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
michael.mesch@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Roter Ahorn

Bei den kanadischen Parlamentswahlen 2011 erlebte die Sozialdemokratie ihren größten Erfolg in der Geschichte des Landes.

Autor: Martin Bolkovac

GPA-djp Grundlagenabteilung

Selten findet man innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung so viele OptimistInnen wie in Kanada. Die Genossinnen und Genossen auf der anderen Seite des Teichs haben auch allen Grund, euphorisch zu sein: Zum einen war kaum ein westliches Land von der Finanzkrise so wenig betroffen wie Kanada, zum anderen erlebte die kanadische Sozialdemokratie bei den Parlamentswahlen von 2011 ihren größten Erfolg in der Geschichte des Landes: Mit 30,6 Prozent der Stimmen (ein Plus von 12,5 Prozent gegenüber den vorigen Wahlen) wurden sie zur „official opposition“ im kanadischen House of Commons. Und das, obwohl sie einen sehr prononcierten und kompromisslosen antirassistischen und ökologischen Kurs fuhr, vor dem sich viele europäische SozialdemokratInnen leider aus Angst vor den WählerInnen immer noch fürchten.

Erfolge in den Provinzen

Ähnlich erfolgreich die Situation in den Provinzen: Im ostkanadischen Nova Scotia erreichte die NDP (New Democratic Party) unter ihrem Vorsitzenden **Darrell Dexter** beispielsweise gar 45,2 Prozent, ebenfalls ein neuer Rekordwert. Damit erhielten die SozialdemokratInnen zum ersten Mal in Ostkanada eine Mehrheit und konnten so ab 2009 die Regierung stellen. Dem Wahlsieg lag eine schrittweise Ausdehnung der traditionell eher städtischen WählerInnenbasis auf die besonders stark von Arbeitslosigkeit

INFO & NEWS

Kanada ist ein in zehn Provinzen und drei Territorien gegliederter Bundesstaat. Diese subnationalen Einheiten können in geografische Regionen gegliedert werden. Westkanada besteht aus British Columbia und den drei Prärieprovinzen Alberta, Saskatchewan und Manitoba. Zentralkanada umfasst die zwei bevölkerungsreichsten Provinzen Ontario und Québec. Als Seeprovinzen werden New Brunswick, Prince Edward Island und Nova Scotia bezeichnet; zusammen mit Neufundland und Labrador bilden sie die Atlantischen Provinzen. Die drei Territorien Yukon, Nordwest-Territorien und Nunavut umfassen sämtliche Gebiete nördlich des 60. Breitengrades und westlich der Hudson Bay.

Die Provinzen verfügen über einen hohen Grad an Autonomie, wogegen in den Territorien die Bundesregierung zahlreiche Verwaltungsaufgaben selbst übernimmt. Alle Provinzen und Territorien besitzen ein Einkammerparlament und einen Premierminister als Regierungschef. Der kanadische Monarch wird in allen Provinzen durch einen Vizegouverneur vertreten.

betreffenden ländlichen Regionen zugrunde. Der konservativen Vorgängerregierung war es nicht gelungen, der massiven Landflucht Einhalt zu gebieten. Dörfer, in denen jedes fünfte Haus leer steht oder verfallen ist, sind keine Seltenheit mehr. Vor allem junge Leute im Erwerbsalter ziehen in die Hauptstadt oder überhaupt in eine andere Provinz. Premier Dexter ist ein Arbeiterkind und war das erste Mitglied seiner Familie, das eine Universität von innen sah. Er scheint den BürgerInnen seiner Provinz das Gefühl zu vermitteln, ihre Sorgen zu verstehen.

Zu den ersten Reformen der SozialdemokratInnen gehörten die Erhöhung des Budgets für Frauenhäuser, ein Schuldendeckel für StudentInnen und die Einrichtung von acht neuen „emergency rooms“ (ER). Die Gesundheitsversorgung in abgelegenen ländlichen Regionen war immer schwieriger geworden und die Entfernungen zur nächsten medizinischen Versorgungseinrichtung

zum Teil lebensbedrohlich groß. Deshalb wurden in acht besonders betroffenen Gebieten ERs eingerichtet. Auch wenn dort nicht rund um die Uhr ein Arzt/eine Ärztin zur Verfügung steht, so ist diese/r zumindest telefonisch jederzeit für den diensthabenden Sanitäter bzw. die Sanitäterin erreichbar.

Gewerkschaftsrechte gestärkt

Auch die Gewerkschaftsrechte wurden gegen den Widerstand beider Oppositionsparteien gestärkt. Wenn die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen in einem Betrieb fortan für die Einrichtung gewerkschaftlicher Vertretung im Betrieb votiert, aber keine Einigung mit dem/der ArbeitgeberIn erzielen kann, so wird verpflichtend ein staatlicher Vermittler bzw. eine Vermittlerin eingesetzt.

In Ottawa regiert unterdessen nach wie vor eine konservative Regierung unter Premierminister **Stephen Harper**. Rick Williams, Regierungsmitglied in Nova

Die UreinwohnerInnen der Provinz leiden wie in den anderen Provinzen Kanadas unter „hohen Drop-out-Raten in der Schule, hohem Drogenmissbrauch, hoher Arbeitslosigkeit, und sie leben in Regionen, wo es keine leichten Lösungen für diese Probleme gibt“.



Scotia, den ich in seinem Büro in Downtown Halifax treffe, sieht darin einen fast ironischen Widerspruch: „Die kanadische Öffentlichkeit ist im Schnitt ein bisschen links von der Mitte eingestellt.“ Die KanadierInnen würden eine starke Regierung wollen, sowie Unabhängigkeit gegenüber den USA, größere Gleichheit und eine ausreichende Bereitstellung von öffentlichen Leistungen. Dem habe aber das relative Mehrheitswahlrecht einen Strich durch die Rechnung gemacht. 60 Prozent der KanadierInnen haben gegen die jetzige Regierung gestimmt, dennoch hält diese mit 39,6 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit.

Das soll sich laut Williams bald ändern: „Jetzt nimmt die NDP als nationale Alternative Gestalt an!“ Williams streckt mir seine beiden Hände entgegen, eine steht für die Konservative Partei und die andere für die Liberalen. Er legt sie teilweise übereinander. Drei Finger jeder Hand überlappen sich, womit er die große Übereinstimmung der beiden traditionellen Parteien in vielen Belangen darstellen möchte. Da käme jetzt die NDP ins Spiel.

Konservative in Bedrängnis

Die Konservativen scheinen tatsächlich in Bedrängnis zu geraten, sind doch bereits acht der zehn kanadischen Provinzen in oppositioneller Hand. In einem Land mit derart stark ausgebautem Föderalismus wie in Kanada ist das ein sehr ernstzunehmender Faktor.

Einen großen Konfliktpunkt mit Ottawa stellt der Bereich der Pensionen dar.

Die von der Harper-Regierung geplante Anhebung des Regelpensionsalters von 65 auf 67 Jahre hätte problematische Auswirkungen auf Nova Scotia. Das Argument der Bundesregierung, dass Personen die Möglichkeit bekommen sollten, länger in ihrem Job zu verbleiben, wenn sie ihn gerne ausüben und fit genug dafür sind, läuft im Falle Nova Scotias völlig ins Leere, legt Williams dar. „Ein hoher Prozentsatz unserer ArbeitnehmerInnen sind Working Poor. ... Sie sind weniger gesund, ihre Jobs sind weniger erfüllend, die Bezahlung ist schlecht.“ Sie wollen so bald wie möglich in den Ruhestand. „Das heißt, sie werden ein bis zwei Jahre ohne Einkommen sein und beantragen Sozialhilfe.“

Sozialprogramme in Planung

Unabhängig davon, wie der Konflikt um die Pensionen ausgeht, plant die Provinzregierung in Halifax bereits die nächsten Sozialprogramme: Uni-Stipendien sollen erhöht, Leistungen für Behinderte ausgeweitet und die finanziellen Unterstützungen für die Ärmsten angehoben werden. Und das, obwohl gut 40 Prozent des Budgets der Provinz aus Bundeszuschüssen kommen.

Zu den Ärmsten gehören auch die „First Nations“, die UreinwohnerInnen der Provinz. Wie in den anderen Provinzen Kanadas leiden sie unter „hohen Drop-out-Raten in der Schule, hohem Drogenmissbrauch, hoher Arbeitslosigkeit, und sie leben in Regionen, wo es keine leichten Lösungen für diese Probleme gibt“. Rick Williams war allerdings fast 40 Jahre lang in der regionalen

Entwicklung tätig und kommt nach seiner jahrzehntelangen Arbeit zu einem leicht optimistischen Schluss: „Trotzdem ist die Situation heute besser als sie je war. Wir sind heute in einer Situation schwindenden Arbeitskräfteangebotes. Die Geburtenrate der First Nations ist aber drei- bis viermal höher als die der anderen Kanadier. Das heißt, es gibt mehr und mehr junge Aborigines, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Wir haben viele Unternehmen, die jetzt zu uns kommen und sagen, wir benötigen Arbeitskräfte, wir würden auch First Nations nehmen, sofern ihr uns bei deren Ausbildung helft. Und die Regierung von Nova Scotia tut genau das!“

Was würde eigentlich passieren, wenn die kanadischen Sozialdemokraten nicht nur in den Provinzen Erfolge feiern könnten, sondern tatsächlich die nächsten nationalen Wahlen zum Bundesparlament gewinnen würden? Wären europäische „Erfolgs“modelle à la Tony Blair und Gerhard Schröder für Kanada nachahmenswert? Wohl kaum, winkt Rick Williams ab. „Ich glaube, wir wissen über die Limitationen dieser Politik heute alle Bescheid!“ Das wäre zu hoffen.

Internet:

Mehr Infos:

de.wikipedia.org/wiki/Kanada

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
martin.bolkovac@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Analogie: Entsprechung, Ähnlichkeit (Seite 16)

Bohr, Niels: dänischer Physiker (1885–1962), entwarf mithilfe der Quantentheorie das Bohrsche Atommodell und setzte damit einen wichtigen Schritt zur Entwicklung der Quantenmechanik, 1922 Nobelpreis für Physik. Bohr emigrierte 1943 in die USA und war dort am Atombombenprojekt beteiligt. (Seite 16)

Brundtland-Kommission: 1983 von der UNO gegründete Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Vorsitzende: die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland), die 1987 einen Bericht mit dem Titel „Our Common Future“ verfasste. Wegen dieses Brundtland-Berichts, der den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ prägte, berief die UNO-Generalversammlung die Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) ein. Dieser Erdgipfel fand im Juni 1992 in Rio de Janeiro statt. (Seite 37)

Churchill, Winston: britischer Politiker und Militär (1874–1965), ab 1900 konservativer Unterhaus-Abgeordneter bis er 1904 zur liberalen Partei wechselte. Er bekleidete mehrere Ministerämter bis er – auch wegen des Zerfalls der Liberalen – zu den Konservativen zurückkehrte. 1939 erster Lord der Admiralität und 1940 bis 1945 Premier- sowie Verteidigungsminister. Churchill wurde zum Motor des britischen Widerstands gegen Hitler, von 1951–55 erneut Premierminister, ab 1953 Sir. In diesem Jahr erhielt er auch den Literatur-Nobelpreis für seine historischen Werke. (Seite 16)

Club of Rome: 1968 gegründeter internationaler Thinktank, der erstmals 1972 mit dem Buch „Die Grenzen des Wachstums“ an die Öffentlichkeit trat. Darin wurden computerberechnete Szenarien ausgearbeitet, welche die weitere Entwicklung bei gleichbleibendem Ressourcenverbrauch und bei nachhaltigem Konsum skizzierten. Bisher hat der Club of Rome 33 Reports zu wichtigen Themen der Menschheit veröffentlicht. Das Europabüro des Club of Rome befindet sich in Wien. (Seite 16 u. 36)

Dante Alighieri: italienischer Dichter und Philosoph (1265–1321). Sein Werk spiegelt auf einzigartige Weise individuelles Leiden sowie Bildungshorizont und geistige Ordnung des späten Mittelalters. Dante hatte den hohen ethischen Anspruch, dem Leser, der politischen Gesellschaft und sogar der Kirche einen Spiegel zur Selbsterkenntnis und ein Leitbild auf dem Weg zur Besserung zu bieten. Sein dreiteiliges Hauptwerk, das Epos „Göttliche Komödie“ (Divina Commedia) schildert die visionäre Wanderung des Dichters als sündiger Mensch durch die drei Reiche des Jenseits (Inferno, Purgatorio, Paradiso). (Seite 25)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: größtes deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Berlin, gegründet 1925 als Institut für Konjunkturforschung. Derzeit sind dort rund 180 fest angestellte MitarbeiterInnen beschäftigt, davon ca. 100 WissenschaftlerInnen. (Seite 13)

Dexter, Darrell: kanadischer Politiker, geb. 1957, Vorsitzender der sozialdemokratischen Nova Scotia

New Democratic Party (NDP), seit Juni 2009 Premierminister der Provinz Nova Scotia. (Seite 44)

First Nations: Sammelbezeichnung für die indigenen Völker in Kanada, ausgenommen die Inuit und Métis (Nachkommen von Cree und Europäern). Alle gemeinsam werden als First Peoples oder Aboriginal Peoples bezeichnet. Zu den First Nations zählen sich rund 700.000 Menschen, von denen allerdings fast 20 Prozent zu keinem der mehr als 600 anerkannten Stämme gehören. Insgesamt haben mehr als 1,3 Millionen KanadierInnen indianische Vorfahren. (Seite 45)

Fitoussi, Jean-Paul: französischer Ökonom mit tunesischer Herkunft, geb. 1942; arbeitete an Theorien über Arbeitslosigkeit, offene Volkswirtschaften und Inflation. Seine jüngsten Arbeiten beschäftigen sich mit der Beziehung zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung. Anfang 2008 wurde er mit Joseph E. Stiglitz und Amartya Sen von Präsident Sarkozy in die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission berufen und übernahm dort die Koordination. (Seite 37)

Harper, Stephen: kanadischer Politiker, geb. 1959; seit März 2004 Vorsitzender der Konservativen Partei, die 2003 aus der Fusion der Kanadischen Allianz und der Progressiv-Konservativen Partei entstanden ist. Seit 2006 ist Harper, der als konservativer Hardliner gilt, kanadischer Premierminister. 2008 erregte er weltweit Aufsehen mit seiner Entschuldigung bei den First Nations. (Seite 44)

Körper-Stiftung: Nach dem Unternehmer Kurt A. Körper benannte, 1959 gegründete Stiftung. Sie ist in vielen Bereichen aktiv und will „Menschen verschiedener politischer, sozialer und kultureller Herkunft zusammenführen“. Stiftungsvermögen: rund 500 Millionen Euro. Die Stiftung ist heute Alleinaktionärin der Körper AG. (Seite 40)

Monnet, Jean: französischer Unternehmer und Wegbereiter der europäischen Einigung (1888–1979), Koordinator für Rüstungskoperationen in beiden Weltkriegen und stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Auf Monnet geht das EG/EU-Integrationskonzept „der Dynamik in kleinen Schritten von nachhaltiger Bedeutung“ zurück. Er setzte dabei unter anderem auf eine begrenzte Übertragung realer Kompetenzen, ökonomische Instrumente als Mittel der politischen Integration sowie den französisch-deutschen Kern als Zentrum der EU-Politik. (Seite 17)

Montaigne, Michel de: französischer Politiker und Philosoph (1533–1592), begründete die literarische Kunstform des Essays („Versuche“). Auch als Philosoph lehnte er dogmatisches Denken und Autoritäten ab und plädierte für eine „gesunde Skepsis“. (Seite 18)

Monti, Mario: italienischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker (parteilos), geb. 1943; 1995–1999 EU-Kommissar für Binnenmarkt, danach bis 2004 Kommissar für Wettbewerb, seit 2011 Ministerpräsident Italiens. Angesichts der Krise verordnete er den ItalienerInnen einen harten Sparkurs. Sein Kabinett wurde immer wieder als „Technokraten-

Regierung“ bezeichnet, Monti selbst wegen seiner früheren Beratertätigkeit für Goldman Sachs kritisiert. (Seite 43)

Polis: altgriechischer Stadtstaat (Seite 15)

Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D): Diese Fraktion des Europäischen Parlaments besteht aus den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), der italienischen Partito Democratico (PD) sowie weiteren Mitgliedern, die keiner Partei auf europäischer Ebene angehören, aber der Sozialdemokratie nahestehen. Mit rund 190 Europaabgeordneten ist sie derzeit zweitstärkste Fraktion. (Seite 14)

Proponent: Antragsteller (Seite 37)

Sen, Amartya: indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933; beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Auf Sens Vorschläge geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 1990 regelmäßig herausgibt. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Werke: Die Idee der Gerechtigkeit, Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Development as Freedom etc. (Seite 37)

Sixpack: Bündel von sechs europäischen Gesetzgebungsmaßnahmen, um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und das neue gesamtwirtschaftliche Überwachungsverfahren auf den Weg zu bringen. Der Sixpack trat am 13. Dezember 2011 in Kraft. Darin wurden u. a. Referenzwerte für das jährliche öffentliche Defizit (drei Prozent des BIP) und für die Bruttoschuldenquote (60 Prozent des BIP) festgelegt. (Seite 12)

Sophisten: Gruppe von Gelehrten im alten Griechenland, die als eine Art Wanderlehrer ihr vielfältiges Wissen gegen (teils sehr hohe) Bezahlung an Bürger weitergaben, die durch Bildung ihre Stellung in der Gesellschaft stärken wollten. Platon und sein Schüler Aristoteles kritisierten die Sophisten als „Lehrer der Scheinweisheit“. Davon ausgehend werden rhetorische Figuren, die nicht wahrheitshaltend verfahren, sondern Fehlschlüsse veranlassen sollen, noch heute oft als Sophismen bezeichnet. (Seite 14)

Stiglitz, Joseph: US-Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1943, erhielt 2001 den Wirtschaftsnobelpreis, Wirtschaftsberater von Bill Clinton, Globalisierungskritiker. Mitinitiator des 2009 gegründeten Institute for New Economic Thinking (INET), um neue Denksätze für die Volkswirtschaftslehre zu entwickeln. (Seite 37)

substituieren: austauschen, ersetzen (Seite 36)

Suttner, Bertha von: österreichische Pazifistin und Schriftstellerin (1843–1914), stammte aus adeliger Familie, schrieb als Journalistin unter einem Pseudonym. 1889 veröffentlichte sie ihren Roman „Die Waffen nieder“ und wurde dadurch zu einer wichtigen Figur der Friedensbewegung, 1905 Friedensnobelpreis. (Seite 25)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

garantiert gut informiert

LOHN- UND SOZIALDUMPING-BEKÄMPFUNGSGESETZ

Schriften zum Arbeitsrecht und Sozialrecht



Reinhard Resch (Hg.)

2012 || 128 Seiten || EUR 29,90

ISBN: 978-3-7035-1548-4

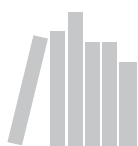
Das Buch untersucht einleitend die in der Praxis auftretenden Erscheinungsformen von Lohndumping, wofür mit Mag. Walter Gagawczuk von der Bundesarbeitskammer ein ausgewiesener Experte und erfahrener Praktiker gewonnen werden konnte. In der Folge werden einerseits die privatrechtlichen Instrumentarien gegen Lohndumping untersucht (Ass.-Prof. Dr. Barbara Födermayr, Universität Linz) und andererseits die im LSDB-G vorgesehenen öffentlichrechtlichen Instrumentarien gegen Lohndumping (Univ.-Prof. Dr. Klaus Firlei, Universität Salzburg). Damit wird eine gründliche und kritische Analyse der neuen Rechtslage vorgelegt, die Grundlage einer weiterführenden Diskussion der Problematik bildet.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF: ARBEIT WIRD HOCH BESTEUERT, VERMÖGEN KAUM.



WIR SIND ÜBER
3 MILLIONEN
STIMMEN
FÜR MEHR
VERTEILUNGS-
GERECHTIGKEIT.

Für gerechte Steuern auf Vermögen
und Gewinne. www.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW